



Flucht: Forschung und Transfer

State-of-Research Papier 05

Grenze und Flucht

Martin Geiger

Januar 2019

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien

IMIS

Institute for Migration Research
and Intercultural Studies

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

Martin Geiger (2019), Grenze und Flucht. State-of-Research Papier 05, Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück/Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC), Januar 2019,

Redaktion: J. Olaf Kleist, Marcel Berlinghoff
Lektorat: Kristina Mauer, Anke Riss, Philipp Sonnack
Design: Concept Design (Bonn), Philipp Sonnack
Layout: Philipp Sonnack

Dieses State-of-Research Papier entstand im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekt „Flucht: Forschung und Transfer“, welches vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) durchgeführt wird.

Projektleitung: Prof. Dr. Andreas Pott (IMIS), Apl. Prof. Dr. Jochen Oltmer (IMIS), Prof. Dr. Conrad Schetter (BICC)

Projektkoordination: Dr. J. Olaf Kleist (IMIS)

Projektmitarbeiter*innen: Dr. Marcel Berlinghoff (IMIS), Dr. Benjamin Etzold (BICC), Verena Schulze Palstring, M.A. (IMIS), Dr. Elke Grawert (BICC), Lars Wirkus (BICC), Rolf Alberth (BICC)

Projektunterstützung: Anke Riss (IMIS)

Hilfskräfte: Ina Göken (IMIS), Stephanie Hamm (IMIS), Kristina Mauer (IMIS), Hannah Niedenführ (IMIS), Hannah Schimpl (BICC), Philipp Sonnack (IMIS), Vera Wollschläger (IMIS)

Beiratsmitglieder des Verbundprojektes:

Dr. Steffen Angenendt, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dr. Roland Bank, UNHCR Deutschland

Prof. Dr. Petra Bendel, Friedrich-Alexander Institut Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Franck Düvell, Universität Oxford

Dr. Thomas Held, Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)

Dr. Axel Kreienbrink, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Marei Pelzer, Pro Asyl Frankfurt

Prof. Dr. Ludger Pries, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Werner Schiffauer, Europa Universität Viadrina Frankfurt, Oder

Prof. Dr. Annette Treibel-Illian, Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Inhalt

Zusammenfassung	4
1. Einleitung und methodische Vorbemerkungen	5
2. Entwicklung des Forschungsfeldes	6
2.1 Bis 1990: Vernachlässigung der Themen Grenze und Flucht	6
2.2 1990er Jahre: Europäische Integration als Startpunkt einer ersten Diskussion	7
2.3 2000-2005: Nischenforschung trotz Kontinuität und Intensivierung der Forschungsarbeit	9
2.4 Nach 2005: Aus der Nischenforschung entwickelt sich langsam ein Forschungsbereich	10
3. Hauptlinien, Perspektiven und Stand bisheriger Forschung	11
3.1 Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht	11
3.2 Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes	14
3.3 Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik	18
3.4 Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik	20
3.5 Technologisierung von Grenzen und Flucht	22
3.6 Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen	24
4. Forschungsbedarfe	26
4.1 Übergeordnete Forschungsbedarfe zu Grenze und Flucht	26
4.1.1 International vergleichende und Mehrebenen-Forschung	26
4.1.2 Historisierende und methodisch reflektierende Forschung	27
4.2 Spezifische Forschungsbedarfe zu bisherigen Schwerpunktthemen	29
4.2.1 Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht	29
4.2.2 Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes	31
4.2.3 Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik	33
4.2.4 Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik	34
4.2.5 Technologisierung von Grenzen und Flucht	35
4.2.6 Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen	36
5. Ausblick und forschungspolitische Konsequenzen	37
Literaturverzeichnis	40

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie dient der Erhebung des bisherigen Forschungsstandes zu Grenze und Flucht in Deutschland. Obwohl es naheliegt, die beiden Themen gemeinsam zu diskutieren und zu untersuchen, hat sich im deutschsprachigen Raum erst seit kurzem ein Forschungsbereich zu Grenze und Flucht herausgebildet. Aufgrund des Umstands, dass die Forschung zum Wechselverhältnis Grenze und Flucht und insgesamt die Grenzforschung im deutschsprachigen Raum noch kaum institutionalisiert und im Wesentlichen noch in ihren Anfängen begriffen sind, wird der Begriff Forschungsbereich in diesem Bericht daher vornehmlich programmatisch verwendet.

Wie dieser Bericht verdeutlicht, setzte eine tatsächliche wissenschaftliche Diskussion über den Zusammenhang von Grenze und Flucht erst in den 1990er Jahren und im Zuge des europäischen Integrationsprozesses ein. In den darauffolgenden Jahren besaß die Auseinandersetzung mit Grenze und Flucht allerdings noch weiterhin stark den Charakter einer Nischenforschung. Erst nach 2005 kann von einem sich langsam entwickelnden und tatsächlichen Forschungsbereich gesprochen werden.

Auf der Basis von umfangreichen Literaturrecherchen des Verfassers dieses Berichts konnten für die deutschsprachige Forschung sechs thematische Hauptlinien der bisherigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit Grenze und Flucht identifiziert werden: (1) Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht; (2) Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes; (3) Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik; (4) Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik; (5) Technologisierung von Grenzen und Flucht; und (6) Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen.

Diese sechs Hauptlinien und damit in Zusammenhang stehenden Schwerpunkte der bisherigen Forschung zeichnen sich durch einen stark differierenden Forschungsstand aus. Zu den Hauptlinien (1) - (4) ist bereits intensiv geforscht worden und zahlreiche Veröffentlichungen liegen vor, die teilweise auch in der internationalen englischsprachigen Forschung rezipiert wurden oder sogar wesentliche Beiträge zur internationalen Forschung liefern konnten. Zusätzlich werden (5) die Technologisierung von Grenzen, ihre Konsequenzen für Flucht und Flüchtlinge sowie (6) die Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen und deren Protest und Widerstand gegen Grenzen bereits als weitere Hauptlinien der deutschsprachigen Forschung erkennbar. Im Unterschied zu den vorgenannten zeichnet sich die Forschung zu letzteren Themen allerdings noch durch einen sehr geringen internationalen Rezeptionsgrad aus. Bei den Themenbereichen Technologisierung und Handlungsfähigkeit handelt es sich allerdings auch auf der Ebene der englischsprachigen Forschung noch um sehr junge Forschungsthemen, die zu untersuchen noch am Beginn steht.

Für die deutschsprachige Forschung besteht gleich in mehreren Teilbereichen ein größerer Bedarf, Forschungslücken in den kommenden Jahren zu schließen und sich zugleich gegenüber neu entwickelnden Forschungsthemen zu öffnen. Eine zugleich breiter als auch intensiver angelegte Forschung, die auch flexibel auf neue Fragen zeitnah reagieren kann, lässt sich allerdings vermutlich nur dadurch erreichen, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Themenkomplex Grenze und Flucht eine stärkere Institutionalisierung sowie finanzielle und personelle Unterstützung seitens der Wissenschaftspolitik und von öffentlichen wie privaten Förderern erfährt. Eine gezielte Förderung der Forschung zu Grenze und Flucht ist notwendig, sie ist eine wesentliche Bedingung dafür, dass die deutschsprachige Wissenschaft in den kommenden Jahren in besserem und stärkerem Maße in die Lage versetzt wird, der Komplexität und der hohen gesellschaftlichen Relevanz des Zusammenhangs Grenze und Flucht gerecht werden zu können und ihren Kenntnisstand effektiv mit Politik, Praxis und Öffentlichkeit teilen zu können.

1. Einleitung und methodische Vorbemerkungen

Flucht ist in vielen Fällen eine Folge von Konflikten um Territorien und gewaltsam durchgesetzten Grenzziehungen. Auch stellen Fluchtbewegungen oft selbst bislang bestehende Grenzen und Grenzziehungen in Frage (Bach 2010; Gärditz 2016; Offe 1998), beispielsweise, wenn Schutzsuchende gezielt die Grenzen anderer Staaten übertreten, um hinter diesen Schutz und Aufnahme zu finden, und dann häufig auf Widerstände und Gegenmaßnahmen der betreffenden Regierungen (u.a. intensivierete Grenzschutzmaßnahmen) und Zielgesellschaften treffen (Gärditz 2016: 105-111).

Die Themen Grenze und Flucht standen seit dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges wiederholt im Mittelpunkt der öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Die Bürgerkriege in Jugoslawien (frühe 1990er Jahre) und viele aktuellere Konflikte, wie derzeit in der Ukraine oder die Verfolgung von Rohingya, verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen politischen und sozialen (insbesondere inter-ethnischen) Grenzziehungen, gewaltsam erzwungenen Grenzverschiebungen und Fluchtbewegungen. Die Reaktion der dominanten Staaten des „globalen Nordens“, die seit den 1980er Jahren auf Fluchtbewegungen überwiegend mit verschärften Grenzschutzmaßnahmen, restriktiveren Interpretationen und Neukonzeptionen ihrer Flüchtlings- und Asylpolitik reagieren, ist ebenfalls ein deutlicher Beleg für den engen, durch die Politik der Zielstaaten hergestellten Zusammenhang zwischen Grenze und Flucht. Vor diesen Hintergründen erscheint es sinnvoll, Grenze und Flucht als Forschungsbereich zu begreifen und dieses im Folgenden in den Blick zu nehmen, zu untersuchen und zu diskutieren.

Der vorliegende Bericht zeichnet zunächst nach, wie sich in der deutschsprachigen¹ Forschung erst nach und nach ein Forschungsbereich zu Grenze und Flucht herausgebildet hat (Kapitel 2). Für diesen Überblick wurden wissenschaftliche Beiträge gesucht und ausgewertet, die sich sowohl mit Grenze und grenzbezogenen Aspekten als auch mit Flucht, Vertreibung, Asylsuche und anderen eng verwandten Themen befassen. Ein wesentliches Problem lag darin, dass Veröffentlichungen zu Flucht und Grenze in vielen Bibliotheks- und anderen wissenschaftlichen Literaturkatalogen (u.a. Zeitschriftendatenbanken) nur selten mit spezifischen Schlagworten wie Flucht und Vertreibung zu finden und oft ausschließlich mit Migration verschlagwortet sind. Allerdings wird selbst in der Flüchtlings- und Migrationsforschung Migration oft als Oberbegriff für alle Wanderungsformen verwendet, unter anderem begründet durch die Kritik, dass in der Realität meist überhaupt nicht trennungsscharf zwischen Flucht und Migration unterschieden werden könne (siehe unter anderem Treibel 1999: 21). Um mit diesen Problemen umgehen zu können, waren für den vorliegenden Bericht daher komplexere Suchprozesse unter Zuhilfenahme verschiedener Schlag- und Titelworte, bzw. Themen- und Volltextsuchen entlang eng verwandter Suchbegriffe (u.a. Asyl, Vertreibung) und Boolescher Suchformeln notwendig. Bei der Suche wurde in Ergänzung zu den Katalogen der Deutschen Nationalbibliothek, dem stark auf Flucht und Migrationsthemen spezialisierten Osnabrücker Universitätskatalog und mehreren anderen, thematisch spezifischen Katalogen auch auf die *Primo*-Datenbank der Freien Universität Berlin zurückgegriffen, die Volltextsuchen sogar in Zeitschriftenartikeln ermöglicht. Ergänzend wurden auch die umfangreichen Online-Kataloge von *JSTOR*, *Google Scholar* und *Springer Link* herangezogen.

¹ Eine eindeutige Unterscheidung von österreichischen, schweizerischen oder anderen WissenschaftlerInnen, die auf Deutsch veröffentlichen, von deutschen WissenschaftlerInnen erschien allerdings kaum möglich und angemessen, daher wurde allgemein nach deutschsprachigen Beiträgen gesucht.

Obwohl mittlerweile viele Beiträge zu den Themen Flucht und Grenze vorliegen, setzen sich nur wenige davon spezifisch und eingehend sowohl mit Grenze als auch Flucht auseinander. In Kapitel 3 werden zunächst die bestimmenden Hauptlinien und Perspektiven sowie der aktuelle Stand deutschsprachiger Forschung vorgestellt, während dann in Kapitel 4 ein Abgleich der bisher bestehenden deutschsprachigen mit der (englischsprachigen) Forschung vorgenommen wird, der dazu dient, für die deutschsprachige Wissenschaft künftige Forschungsbedarfe herauszustellen. Am Ende dieses Berichts werden in Kapitel 5 die wichtigsten förderungspolitischen Konsequenzen und Anforderungen an die künftige Forschungsarbeit abgeleitet und begründet.

2. Entwicklung des Forschungsbereichs

Für sich alleine betrachtet, bildet sich die deutschsprachige Flucht- und Flüchtlingsforschung momentan erst noch heraus, sie ist sehr fragmentarisch, es fehlt ihr an Institutionalisierung und den ForscherInnen an langfristiger Finanzierung und teilweise oft auch dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen (Kleist 2017). Auch die Beschäftigung der deutschsprachigen Wissenschaft mit politisch-territorialen Grenzen, Grenzpolitik und Grenzschutzmaßnahmen noch durch starke Fragmentierung, geringe finanzielle Förderung und eine noch kaum vorhandene Institutionalisierung der Forschungsarbeit gekennzeichnet. Auf Basis der ausgewerteten deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur lassen sich hinsichtlich des Forschungsbereichs Grenze und Flucht insgesamt vier Zeiträume unterscheiden, die im Folgenden zunächst nachgezeichnet werden, bevor danach auf die Hauptlinien, jeweils verfolgten Perspektiven und den Bestand der bisherigen Forschung eingegangen wird (Kapitel 3).

2.1 Bis 1990: Vernachlässigung der Themen Grenze und Flucht

Die aktuelle deutschsprachige Grenzforschung und insbesondere die deutsche Grenzsoziologie gehen vor allem auf Georg Simmel und dessen Arbeiten zur „Soziologie des Raumes“ und dem territorialen und gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss des „Fremden“ zurück (Simmel 1903/1908). Für die frühe Thematisierung von Grenzen (u.a. als „Haut“ von Staaten, im Sinne lebender Organismen) waren auch die Arbeiten des Geographen Friedrich Ratzels bedeutsam (unter anderem Ratzel 1897), auf denen sich erste Arbeiten stützten, die sich neben Grenzthemen zugleich auch mit Flucht oder anderen Wanderungsformen befassten (u.a. Meyer 1893; Sievers 1903; Penck 1937). Für die meisten dieser Arbeiten ist anzumerken, dass diese im Kontext kolonialwissenschaftlicher Forschung entstanden, völkisch-rassistisches Gedankengut enthielten und sich ab den frühen 1930er Jahren stark an der nationalsozialistischen „Geopolitik“ (u.a. Haushofer 1935) orientierten, diese teils direkt argumentativ unterstützten (zur Kritik der NS-Geopolitik, siehe u.a. Kost 1988).

Dass sich bis zum Ende des Kalten Kriegs (1989/1990) nur sehr wenige deutschsprachige WissenschaftlerInnen mit dem Zusammenhang Grenze und Flucht beschäftigten, kann auf das Vermächtnis der nationalsozialistischen „Geopolitik“ zurückgeführt werden. Nach dem Ende des NS-Regimes versuchten sich die Geographie und andere Wissenschaftszweige neu aufzustellen, indem sie sich insbesondere von den bisherigen „Raumargumentationen“ lossagten. Raumbezogene, territoriale Diskussionen blieben auch deshalb außen vor, da die neu in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen politisch als gesetzt und unabänderlich galten (vgl. u.a. Schöller 1957 und Kost 1988), und auch deshalb beispielsweise die Geographie kaum auf das Thema Grenzen einging. Insgesamt gesehen liegen aus der

deutschsprachigen Forschung bis weit in die 1990er Jahre hinein kaum Abhandlungen vor, die sich mit Grenze oder Flucht befassten. Ausnahmen bildeten Beiträge zum Mauerbau, der Flucht und beispielsweise auch der Fluchthilfe über die scharf bewachte innerdeutsche Grenze (siehe u.a. Richter 1961; Kimminich 1974; Rühle 1981; Haupt 1981; Bethlehem 1982; Gerig 1989).

Erstaunt zeigte sich der Soziologe Niklas Luhmann 1970, „wie wenig“ bislang überhaupt die „Grenze beachtet und bearbeitet worden“ sei (Luhmann 1970: 142). Ein ganzes Jahrzehnt später hatte sich allem Anschein nichts geändert, denn Anfang der 1980er Jahre urteilte Raimondo Strassoldo sogar für die internationale Soziologie insgesamt vernichtend über das Forschungs- und Theoriedefizit zu Grenzen und grenzbezogenen Aspekten (Strassoldo 1982: 245ff).

Auch im Hinblick auf die anderen europäischen Staaten, den außereuropäischen und weltweiten Kontext, befassten sich nur sehr wenige deutschsprachige WissenschaftlerInnen mit Grenze und Flucht (vgl. u.a. Scholz 1972 zu Pakistan oder Röll/Lehmann 1982 zu Indonesien), wobei zumeist Umsiedlungen und Fluchtbewegungen im Vordergrund standen und Grenzen dabei nur selten thematisiert wurden.

Die im deutschsprachigen Raum stark durch die Geographie und Soziologie getragene allgemeine Migrations- und Integrationsforschung begann sich erst allmählich, im Zuge der ‚Gastarbeiterzuwanderung‘ und schwerpunktmäßig nach dem Anwerbestopp und den sich nun stellenden Fragen des Verbleibs und der sozialen Integration der MigrantInnen zu etablieren (vgl. u.a. Bartels 1968; Hoffmann-Nowotny 1970; Lienau 1976/1977; Hermanns et al. 1979; Heckmann 1981; Lichtenberger 1982). Das Thema der staatlichen Grenzen, Grenzschutzmaßnahmen oder der Politik im Hinblick auf Grenzen wurde allerdings erst nach 1990 allmählich zu einem Neben- und schließlich ab 2005/2010 auch zu einem gleichrangigen Thema. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis von Peter Weber, einem frühen Vertreter geographischer Migrationsforschung, der 1982 in einem ersten Lehrbuch zur geographischen Mobilitätsforschung auf eine bislang noch sehr unvollständig erfolgte Diskussion des Zusammenhangs zwischen verschiedenen Wanderungsformen (damit also auch Fluchtbewegungen) und politischen Einflussnahmen (somit also auch Grenzpolitik und Grenzschutzmaßnahmen) hinwies. Weber zeigte sich darüber erstaunt, da seiner Meinung nach eine starke wechselseitige Beeinflussung und Abhängigkeit räumlicher Mobilitätsformen von politischen Regelungen und Maßnahmen besteht (Weber 1982: 56).

2.2 1990er Jahre: Europäische Integration als Startpunkt einer ersten Diskussion

Im Hinblick auf einige, in der deutschsprachigen Politikwissenschaft stark rezipierte Beiträge fällt anfangs der 1990er Jahre auf, wie wenig, ungeachtet der Öffnung des Eisernen Vorhangs und neuen Fluchtbewegungen, den Themen Flucht (oder auch ganz allgemein Migration) und Grenzen überhaupt Aufmerksamkeit zuteil wurde. So versäumte es beispielsweise Klaus-Dieter Wolf (1991) in seinem Vorschlag für eine erweiterte Konzeption der Felder deutscher Außenpolitik den Themen Flucht, Migration und Grenzen eine Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Auch in einer wegweisenden ersten Arbeit zur Notwendigkeit und dem möglichen Prozess einer internationalen „Verregelung“ und Regimebildung zu *grenz*-überschreitenden (sic!) Politikherausforderungen, blieben Flucht, Migration und Grenzen erstaunlicherweise komplett unerwähnt (Bühl 1990). In einem Artikel von Franco Algieri, der sich mit den Problemen und Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigte, fand sich selbst im Jahre 1992 keine Diskussion der Themen Flucht, Migration

oder Grenzen obwohl im gleichen Jahr im EG-Vertrag von Maastricht die Politikbereiche Flucht, Migration und Grenzschutz erstmals vergemeinschaftet und zu einem gemeinsamen Politikfeld aller EG-Mitgliedsstaaten geworden waren (Algieri 1992).

In der Geographie und einigen historischen Arbeiten wurde Anfang der 1990er Jahre das Thema der innerdeutschen Fluchtbewegungen (beispielsweise über die Mauer) thematisiert und aufgearbeitet. Auch die Aufnahme von Über- und AussiedlerInnen bildete den Gegenstand verschiedener Forschungsarbeiten (vgl. u.a. Wendt 1991; Ackermann 1995; Bürkner et al. 1997; Wille 1997; Heidemeyer 1994). Bei genauerer Sicht mehrerer, zur Mitte und dem Ende der 1990er Jahre entstandenen Beiträge (darunter auch ersten Lehrbüchern zu Migration und Flucht) wird allerdings deutlich, dass das Thema Grenze eigentlich nur am Rande oder überhaupt nicht thematisiert wird, der Fokus im Wesentlichen ausschließlich auf den Aspekten Flüchtlinge, deren Flucht und Aufnahme etc. lag (siehe beispielsweise Bade 1992/1994; Nuscheler 1995; Opitz 1997).

Interessanterweise waren für die Herausbildung einer tatsächlich vertieften und wissenschaftsübergreifenden Diskussion des Zusammenhangs zu Grenze und Flucht in der deutschsprachigen Forschungsliteratur also nicht etwa die vor 1990 bestandene deutsche Teilung und Fluchtbewegungen von Ost- nach Westdeutschland, oder die 1989/1990 erfolgte Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes und des Aufbrechens des „Eisernen Vorhangs“ ausschlaggebend. Es waren vielmehr die Schritte auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft (EG) und späteren Europäischen Union (EU) die dazu führten, dass sich in der deutschsprachigen Wissenschaft eine erste tatsächlich ernst zu nehmende Diskussion zu Grenzen und Flucht ergab, bei der beide Aspekte auch in einem Zusammenhang gesehen und so diskutiert wurden. Den Anlass für eine verstärkte wissenschaftliche Diskussion bildeten dabei die durch die EG und ihre Mitgliedsstaaten vorgenommenen politischen und rechtlichen Entwicklungen und Beschlussfassungen, auf die WissenschaftlerInnen zu reagieren begannen.

Den Hauptanlass für eine sich nun erstmals abzuzeichnen beginnende Thematisierung des Zusammenhangs Grenze und Flucht bildete das 1990 in Kraft getretene Schengener Abkommen. Viele Beiträge aus den deutschsprachigen Rechts- und Politikwissenschaften befassten sich nach 1990 mit den Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Kompensation der durch das Schengener Abkommen nun entfallenden Personenkontrollen durch neue rechtlich-politische und polizeiliche Maßnahmen (vgl. u.a. Knoche 1990; Taschner 1990; Nanz 1992/1994; Weber 1993). Nahezu zeitgleich setzte auch eine vertiefte Diskussion der Europäisierung der nationalen (darunter deutschen) Regelungen zu Asyl, Flüchtlingsaufnahme und auch der Rückübernahme (Abschiebung) von Flüchtlingen ein (vgl. u.a. Hailbronner 1989/1993; Rittstieg 1997; Lehnguth 1998). Neben Einzelerörterungen entstanden auch erste umfassendere politik- und sozialwissenschaftliche Studien zum Gesamtprozess der europäischen Integration auf dem Gebiet Flucht und Migration, in denen ebenfalls auf den Wegfall von Binnenkontrollen und den Ausbau der europäischen „Außengrenze“ eingegangen und ein enger Zusammenhang zwischen Grenze und Flucht hergestellt wurde (vgl. u.a. Santel 1995; Tomei 1997/2001).

Eine eher theoretisch-konzeptionell angelegte, und nicht vornehmlich durch politisch-juridische Entwicklungen initiierte Diskussion zu Grenze und Flucht erfolgte in der deutschsprachigen Wissenschaft tatsächlich erst ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. In Reaktion auf die Thesen eines vermeintlichen Verlusts der Staaten an Kontrolle über Wanderungs- einschließlich Fluchtbewegungen in der internationalen englischsprachigen Forschung (siehe unter anderem Sassen 1996, oder sogar eines „Endes des Nationalstaates“ (Ohmae 1995) nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Wegfall des Eisernen Vorhangs, befassten sich auch deutschsprachige

ForscherInnen mit dem vermeintlichen Steuerungsverlust von Nationalstaaten und der De- und Transnationalisierung von Staaten in Folge von Migration und Flucht (vgl. u.a. Joppke 1997/1998; Bös 1997; Bauböck 1997; Bommes/Halfmann 1998; Mackert 1999). Diese teilweise stark durch Theorieangebote begleiteten Thematisierungen fokussierten vor allem auf den Aspekt der politischen und gesellschaftlichen Exklusion und Inklusion von AusländerInnen und den Charakter sowie die bestehende Notwendigkeit und Legitimität von Grenzkontrollen und anderen Instrumenten (beispielsweise Staatsbürgerschaft) zur Regulierung von Aufnahme, Teilhabe und Integration.

Die wichtigsten ersten Thematisierungen und Ansätze einer Etablierung eines Forschungsbereichs zu Grenze und Flucht erfolgten allerdings jenseits des „Mainstreams“ der akademischen Forschung. Die meisten der im Folgenden genannten Arbeiten erschienen auch nicht in begutachteten wissenschaftlichen Formaten, sondern eher in Form grauer Literatur. Ausgehend von der Kritik an staatlichen und polizeilichen Maßnahmen und Eingriffen in die Privatsphäre von BürgerInnen begann sich in den 1990er Jahren nämlich parallel, und weitestgehend unverbunden mit den beschriebenen rechts-, politik- und sozialwissenschaftlichen Diskussionen auch eine stark (herrschafts-)kritische und sich für die Belange von Flüchtlingen, Vertriebenen und MigrantInnen engagierende (teilweise aktivistische) Flucht-, Migrations- und Grenzforschung im deutschsprachigen Raum zu etablieren. Diese Forschungsrichtung reagierte zwar ebenfalls auf die Entwicklungen der deutschen und europäischen Politik. Sie unterschied sich allerdings von der rein europa- und integrationszentrierten und oft nur lediglich an Gesetzesinterpretationen interessierten Forschung dadurch, dass sie durch AktivistInnen und kritische SozialwissenschaftlerInnen (unter anderem der „Kritischen Polizeiwissenschaft“, kritischen Rechtswissenschaften, der Kapitalismuskritik und der Aufarbeitung des Nationalsozialismus) initiiert und verfolgt wurde.

Die für diese erste Phase einer kritischen Wissenschaftspraxis zu Grenze und Flucht bedeutsamen Institutionen der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) in Berlin und des Berliner Instituts für Vergleichende Sozialforschung (BIVS) entstanden interessanterweise sogar vor den ersten universitären und sich auf Migrations- und Integrationsfragen spezialisierenden Forschungseinrichtungen. Viele Beiträge vonseiten dieser kritischen Forschungsrichtung (vgl. u.a. Busch 1991; FFM 1995) befassten sich dabei neben Deutschland und der EG auch mit den Herkunfts- und Transitstaaten von Flüchtlingen und MigrantInnen, den zahlreichen AkteurInnen der Exterritorialisierung von Grenz- und Migrationskontrollen (vgl. Busch 1990; Diederich 1991) sowie bereits frühzeitig auch mit dem steigenden Technologieeinsatz auf dem Gebiet der Grenzsicherung und der Flüchtlings- und Migrationspolitik (vgl. u.a. Gössner 1990; Busch 1998a/1998b).

2.3 2000-2005: Nischenforschung trotz Kontinuität und Intensivierung der Forschungsarbeit

Anfang der 2000er Jahre bildete erneut die Politik, nämlich wiederum der fortschreitende europäische Integrationsprozess und vor allem die bevorstehenden Osterweiterungen der EU, den wesentlichen Anlass für die wissenschaftliche Beschäftigung mit grenz- und fluchtbezogenen Themen. Insgesamt blieb der Forschungsbereich Grenze und Flucht weiterhin eher eine Forschungsnische. Es entstanden insgesamt relativ wenige Veröffentlichungen, die sich zugleich sowohl mit grenz- als auch mit fluchtbezogenen Aspekten auseinandersetzten und tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Grenze und Flucht herstellten bzw. thematisierten.

Unter den wenigen Arbeiten, die das Thema Grenzen zumindest ansatzweise im Hinblick auf Flucht bzw. umgekehrt Flucht in Wechselbezug zum Grenzthema thematisierten, fanden sich einige erste konzeptionelle, theorie-geleitete und theorie-generierende Arbeiten (u.a. Seifert 2000; Bauböck 2004) zur allgemeinen Migrationsforschung, die sich auch in Hinblick auf Fluchtbewegungen mit der Notwendigkeit der Schließung von Aufnahmegesellschaften, u.a. auch durch grenzpolitische Maßnahmen befassten. Es erschienen auch erste internationale Vergleichsdarstellungen, beispielsweise zur Kontrolle von Migration und Fluchtbewegungen im Fall der USA und Deutschland (Vogel 2000), oder dem Ausbau des Grenzschutzes und der Integration südeuropäischer Staaten in die europäische Migrations- und Asyl-/Flüchtlings- wie auch Grenzschutzpolitik (vgl. u.a. Santel 2001; Kreienbrink 2004). Die detailreiche rechtswissenschaftliche Studie von Weinzierl (2005) stellt eine erste kritische und wesentliche Besprechung der Abwehrstrategien der EU und der Aushöhlung internationaler Schutzstandards für Asylsuchende und Flüchtlinge dar. Es lässt sich in der Tat erst ab 2005 eine Zunahme der Zahl wissenschaftlicher Arbeiten feststellen, die einen ernstzunehmenden Forschungsbereich zu Grenze und Flucht zu begründen begannen.

2.4 Nach 2005: Aus der Nischenforschung entwickelt sich langsam ein Forschungsbereich

Es waren im Wesentlichen vier Entwicklungen, die dazu beitrugen, dass sich ab 2005 in der deutschsprachigen Wissenschaft aus der bisherigen Nischenforschung tatsächlich ein ernst zu nehmender Forschungsbereich zu Grenze und Flucht zu entwickeln begann. Entscheidend für diese Entwicklung, die auch von einer stärkeren Diversifizierung der beteiligten Disziplinen und ersten Tendenzen einer Internationalisierung der deutschen Forschung begleitet war, ergaben sich wesentliche Impulse durch:

1) den theoretisch fundierten Vorschlag und die sich abzeichnende Etablierung einer Subdisziplin oder Forschungskonzentration der „Grenzsoziologie“, die zwar bereits historisch (u.a. Simmel 1908) und in früheren Jahren (u.a. Vobruba 1995) schon angelegt war, nun aber konzeptionell wiederbelebt und stärker verfolgt wurde (u.a. Eigmüller/Vobruba 2006a/b; Eigmüller 2006/2007). Begleitet war diese Entwicklung durch eine neue und intensiver als zuvor geführte Diskussion zur sozialen Konstruktion von Räumen und damit auch von Grenzen, und der sozialen Funktion von Raum im gesellschaftlichen und politischen Diskurs in der (Raum-) Soziologie und Sozialgeographie (u.a. Pott 2007; Löw 2010), die auch die Diskussion von Grenzen und Raumkonstrukten in der deutschsprachigen Migrations- und Fluchtforschung beförderte (siehe unter anderem Pott 2005; Geiger 2010).

2) die Herausbildung einer zunächst eher locker vernetzten kritischen sozialen und wissenschaftlichen Bewegung zur kritischen Grenz- und Migrationsregimeforschung, zunächst unter der Bezeichnung „Transit Migration Forschungsgruppe“ und später „Kritnet“, die unter starker Beteiligung von KünstlerInnen, JournalistInnen, NGO-AktivistInnen, AkademikerInnen und nicht zuletzt auch MigrantInnen und Flüchtlingen schnell zu einer festen Größe in der deutschsprachigen Forschung zu Flucht, Migration und Grenze wurde (siehe u.a. Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Die VertreterInnen dieses Netzwerks sind bis heute maßgeblich an der Erforschung und Diskussion der Exterritorialisierung von Grenz-, Flüchtlings- und Migrationspolitiken (vgl. u.a. Römhild 2007; Hess/Kasperek 2010; Heck 2010; Cuttitta 2010; Hess/Tsianos 2010) beteiligt. Sie sind es auch im Wesentlichen, die die Thematisierung und kritische Reflexion der Aktivitäten europäischer, nichtstaatlicher und zwischenstaatlicher Akteure auf dem Gebiet der Flüchtlings-, Migrations- und Grenzpolitik (vgl. u.a. Baumann 2006; Georgi 2007; Hess 2010; Geiger 2011) und der Autonomie und Handlungsfähigkeit von MigrantInnen und Flüchtlingen (vgl. u.a. Hess 2005; Tsianos/Karakayali 2008/2010) im deutschsprachigen Raum bisher vorangetrieben und verfolgt haben;

3) einen tiefgreifenden strukturellen Wandel in den wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen, in denen zu Grenze und Flucht geforscht wurde, insbesondere in der Soziologie, der Geographie, der Politikwissenschaft, Jura und der Geschichtswissenschaft. Dies hatte einerseits für den Forschungsbereich förderliche Konsequenzen, wie die Entstehen von Professuren mit dezidiertem Forschungsfokus zu flucht-, migrations- und/oder grenzbezogenen Themen und ein zunehmendes Interesse von Stiftungen und anderen Mittelgebern an Flucht, Migration und Grenzen. Andererseits ergaben sich daraus auch negative Folgen wie einen Generationswechsel der mit dem Wegfall vieler Professuren und sicherer Mittelbaustellen einherging und stattdessen Zunahme befristeter Stellen mit sich brachte; und schließlich auch

4) eine weitaus stärkere Beachtung der Themen Grenze und Flucht und der vielfältigen Wechselbezüge dieser Themen im Kontext der aktuellen „Flüchtlings- und Migrationskrise“ (2012-2016), die in einer starken Zunahme wissenschaftlicher Veröffentlichungen resultierte (siehe unter anderem Bogumil 2016; Hess et al. 2016).

3. Hauptlinien, Perspektiven und Bestand bisheriger Forschung

Insgesamt lassen sich sechs thematische Hauptlinien der bisherigen Beschäftigung mit Grenze und Flucht identifizieren. Diese befassen und beziehen sich auf die: (1) Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht; (2) Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes; (3) Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik; (4) Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik; (5) Technologisierung von Grenzen und Flucht; und (6) die Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen. Entlang dieser Linien werden im Folgenden der Forschungsstand diskutiert und Erkenntnisse zusammengefasst.

3.1 Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht

Zur Konstruktion von Grenzen und der Relevanz unterschiedlichster Formen sozialer, rechtlicher und politischer Grenzziehungen für Flüchtlinge und Flucht, einschließlich der Konsequenzen territorialer Grenzen und von Maßnahmen zu ihrer Aufrechterhaltung auf Schutzsuchende/Flüchtende und Fluchtwanderungen, liegen bislang vornehmlich Beiträge aus der Soziologie und Sozialgeographie vor. Viele der neueren Beiträge verfolgen eine sozialkonstruktivistische Perspektive. Dominant sind theoriegeleitete und theoriegenerierende Beiträge, während nur wenige Veröffentlichungen bislang auf empirischer Forschung beruhen.

Mehrere wesentliche Arbeiten zur Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen und der Notwendigkeit und Legitimität bestimmter, unter anderem auch grenzpolitischer Maßnahmen sind bereits Ende der 1990er Jahre entstanden. Unter anderem ist die Arbeit von Bös (1997) zu erwähnen, die bis heute eine grundlegende Arbeit aus der deutschen Soziologie darstellt. Bös setzt sich mit territorialen und sozialen Schließungsprozessen auseinander und weist auf die in jedem modernen Staatswesen bestehende Notwendigkeit und Legitimität sozialer, oft typischerweise territorial umgesetzter Schließung hin. Die Notwendigkeit einer Öffnung und die prinzipielle Offenheit von modernen Gesellschaften bei gleichzeitig fortgesetzter „legitimierter Schließung“ nach außen (beispielsweise durch Grenzkontrollen) oder nach innen (Differenzierung verschiedener Aufenthaltsformen mit spezifischen Rechten; Instrument der Staatsbürgerschaft) wird Ende der 1990er Jahre auch in zwei anderen wesentlichen Beiträgen der Soziologie (darunter Bauböck 1997; Seifert 2000)

thematisiert und theoretisch begründet. In den genannten Arbeiten und zusätzlich in einem 2004 erschienenen Aufsatz von Bauböck werden Grenzkontrollen in ihrer Funktion des Ausschlusses von „Anderen“ als eines der wichtigsten Instrumente oder Strategien des „territorialen Containments von Sicherheitsrisiken“ (Bauböck 2004) angesprochen. Dieser Hinweis lässt sich auf Grenzkontrollen anwenden, die die EU-Staaten außerhalb bzw. im Vorfeld der EU-Außengrenze, also auf dem Territorium von Drittstaaten und entlang der Außengrenzen dieser Staaten, forciert, um das Risiko unkontrollierter Fluchtbewegungen bereits außerhalb der EU zu vermindern. Der Beitrag von Bauböck (1997) weist darauf hin, dass restriktive Asylpraktiken und Grenzschutzmaßnahmen und deren Verschärfung in aller Regel die Konsequenz einer weiteren Zunahme irregulärer Migration mit sich bringen, da stärker praktizierter Ausschluss dazu führt, dass weniger Zufluchtsuchende Asyl finden, stattdessen als Folge sich oft zu irregulärer Migration entschließen bzw. als illegale MigrantInnen kategorisiert werden.

Mackert konzipiert in einer wegweisenden Arbeit gesellschaftliche Inklusion und Exklusion als einen typischerweise mit Konflikten verbundenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess (Mackert 1999), der im Wesentlichen darauf beruht, wie viel Handlungsfähigkeit und Macht bestimmten gesellschaftlichen Akteuren zukommt. Seine Arbeit bietet gute Ausgangspunkte für Diskussionen bezüglich der Handlungsfähigkeit und Autonomie von Flüchtlingen und Migrantinnen – Aspekte, die in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur erst in jüngster Zeit eine eingehendere Besprechung erfahren haben – seine Arbeit beschäftigt sich allerdings nicht schwerpunktmäßig mit Flucht bzw. Asylsuchenden und Flüchtlingen, sondern thematisiert allgemein den Konflikt um Teilhabe von ZuwandererInnen (im Allgemeinen/als Oberbegriff).

Während Mackert (1999) den Anspruch von MigrantInnen auf Inklusion als einen Aushandlungsprozess und Konflikt um Teilhabechancen beschreibt, begreifen einige in den 1990er Jahren erschienene Beiträge (siehe vor allem Bommers/Halfmann 1998) Zuwanderung aus Perspektive der Systemtheorie weitaus neutraler und abstrakter betrachtet als „Reaktion“ auf die in modernen Wohlfahrtsstaaten bestehenden Chancen auf Inklusion. In ihrer theoretischen Herleitung und Diskussion beziehen sich Bommers und Halfmann allerdings einseitig auf (ökonomisch motivierte) Migrationsformen, obgleich in ihrem Beitrag eigentlich gute und naheliegende Anschlussmöglichkeiten auch zur Thematisierung und Theoretisierung von Flucht (beispielsweise als Reaktion auf Exklusionsverhältnisse) und der Funktion von territorialen Grenzen angelegt sind.

In Eigmüller/Vobruba (2006a/b) (mittlerweile in zweiter Auflage: Eigmüller/Vobruba 2016a/b) wird programmatisch das Ziel der Etablierung einer modernen Grenzsoziologie verfolgt. Der Sammelband bietet eine umfassende Einführung in die Entstehung, Funktion und die sozialen Konsequenzen von Grenzen. Die Beiträge illustrieren anhand unterschiedlicher Fallbeispiele, wie sich Grenzen transformieren und welcher Bedeutungsgehalt mit ihnen verbunden ist. Staatsgrenzen sind als räumliche Grenzen keine (vergegenständlicht) gegebenen Fakten, sondern soziale Konstruktionen. Eigmüller (2006) enthält den für die Diskussion von Grenz- und Flüchtlingsregimen und den Zusammenhang von Grenze und Flucht wichtigen Hinweis, dass die Erforschung und Thematisierung von Grenzen und grenz-bezogenen Aktivitäten nicht exklusiv auf den Staat und lediglich staatliche Akteure fokussieren sollte (Eigmüller 2006: 4128-4129). Oft sind es andere Institutionen und auch MigrantInnen, Flüchtlinge und Vertriebene selbst, durch die die Grenze als Institution sichtbar wird, beispielsweise in ihren Versuchen, bestehende Grenzen zu überwinden oder entlang dieser aufgegriffen zu werden. In Eigmüller (2007) wird dieser Umstand am Beispiel der EU-Außengrenze verdeutlicht. Deren Funktionen und Konsequenzen werden allerdings am Beispiel der Arbeitsmigration und nicht in Bezug

auf Flucht besprochen. Gleichwohl sind gerade die grundlegende Unterscheidung zwischen a) einer Politik der Grenze, b) einer Praxis der Grenze, (re-)produziert durch unterschiedliche, darunter eben nicht nur staatliche Akteure, und c) die Konzeption von Grenzen als komplexe Institutionen relevant für die Diskussion von Flucht und Grenzen.

Die Besonderheiten der EU-Außengrenze, die durch den europäischen Einigungsprozess geschaffen worden ist und eine neue Qualität einer übergeordneten („supranationalen“) Grenze besitzt, steht ab etwa 2010 zunehmend im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion während nun weniger oft die nationalstaatlichen Grenzen der Mitgliedsstaaten (u.a. Deutschland) thematisiert werden.

Auf die Unterschiede nationalstaatlicher und EU-europäischer Grenzen weist u.a. Bach hin, der die neue Qualität und Funktion der EU-Außengrenze wie folgt umschreibt:

„Der Vergleich zwischen den herkömmlichen staatlichen und den neuen supranationalen Schließungsformen offenbart eine grundlegende Differenz in der Qualität und Funktion der beiden Typen von Grenzen: Während erstere prinzipiell als nicht verhandelbare Grenzen gelten, sind letztere im Gegenteil Objekte und Ergebnisse von zwischenstaatlichen Verhandlungsprozessen.“ (Bach 2010: 156)

Die „Verbandsgrenzen des Mitgliedschaftsraumes der Europäischen Union“ sind seiner Meinung nach durch grundlegend neue politische Institutionen und „deren Strukturprinzipien und soziale Schließungsbestrebungen“ begründet und von diesen abhängig. Die EU stellt seiner Überzeugung nach ein prinzipiell offenes und expansiv angelegtes Projekt dar, dessen geographische Grenzen bewusst nicht definiert worden sind und sich erst „durch die Herausbildung eines eigenen europäischen Grenzverwaltungssystems“ als handlungsrelevante „Institutionen mit europäisch überlagerten Schließungsfunktionen“ darstellen (Bach 2010: 165-178). In gleicher Weise äußern sich die ebenfalls mit der EU-Grenze, deren Schließungsfunktion und Relevanz befassenden Veröffentlichungen von Löw (2010) und Tohidipur/Fischer-Lescano (2009).

Grenzen materialisieren sich allerdings weiterhin grundsätzlich auch im Binnenverhältnis von Staaten. Grenzen und Grenzziehungen sind jeweils konstruiert und können auch zeitlich beschränkt oder je nach Anlass und teilweise sogar nur für bestimmte Personengruppen relevant in Erscheinung treten bzw. durchgesetzt werden. Mehrere Beiträge, darunter Belina (2014), Carstensen-Egwuom (2014) und Schammann (2015) sprechen den Umstand an, dass Grenzen prinzipiell überall in Erscheinung treten können und das EU-Grenzregime sogar bewusst darauf angelegt sei, Kontrolle jederzeit und überall ausüben zu können, beispielsweise durch verdachtsunabhängige Kontrollen im Staatsinnern, die Etablierung von spezifischen Zonen (unter anderem Tran-sitzonen in Flughäfen) und die Durchsetzung von Kontrollen innerhalb dieser Binnenräume, die damit faktische Außengrenzen werden. Grenzen sind heute noch selektiver als zuvor und betreffen oft nur noch bestimmte Personengruppen, für die sie sichtbar oder relevant werden. Personen sind oft in besonderem Maße von bestimmten Grenzen betroffen, wenn sie zuvor als Asylsuchende, Flüchtlinge, Geduldete oder als eine andere Grenzfigur konstruiert worden sind. Gerade für AsylbewerberInnen und Flüchtling manifestiert sich die EU- oder nationalstaatliche Grenze häufig im Staatsinnern. Carstensen-Egwuom (2014) verdeutlicht dies im Fall der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und damit den Grenzen territorialer Mobilität, denen Asylsuchende (und auch Geduldete) in Deutschland im Rahmen der sogenannten Residenzpflicht unterworfen sind. Interessant ist auch der Hinweis von Schammann (2015), dass sogar lokale Unterschiede im Verwaltungshandeln, beispielsweise ob und wie Asylsuchenden bestimmte Leistungen gewährt werden, zur Entstehung oder Verschärfung von Grenzen führen, die für bestimmte Asylsuchende dann

eine höhere Relevanz einnehmen, während sie für andere Asylsuchende bzw. andere Gruppen von ZuwanderInnen weitaus weniger relevant, eventuell sogar irrelevant und überhaupt nicht sichtbar und bemerkbar sind.

3.2 Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes

Die überwiegende Zahl der Beiträge, die bisher dezidiert zum rechtlichen und politischen Verlauf des europäischen Integrationsprozesses und der Entwicklung eines EU-Grenz-, Flucht- und Asylregimes entstanden sind, erörtern ab den 1990er Jahren die Möglichkeiten der Kompensation der im Zuge des Schengener Abkommens wegfallenden Personenkontrollen durch neue rechtlich-politische und polizeiliche Ausgleichsmaßnahmen an der Außengrenze und die Vorbereitung der EG-/EU-Mitgliedsstaaten auf den weiteren Wegfall von Grenzkontrollen im Zuge künftiger EU- und Schengen-Erweiterungen. Auch der Maastrichter Vertrag (1992) und die Schritte zum Amsterdamer Vertrag (1999) stehen im Fokus (siehe unter anderem Hailbronner 1993; Weber 1993/1999), da diese Verträge aus EG- bzw. EU-Sicht wesentliche Schritte hin zu einer vergemeinschafteten Asyl-, Flüchtlings-, Grenz- und Migrationspolitik darstellen.

Die Sichtung der bis in die späten 2000er Jahre erschienenen Beiträge zu Grenze und Flucht durch den Verfasser dieser Studie ergab, dass bis in die späten 2000er Jahre rechtswissenschaftliche Betrachtungen und Diskussionen (hauptsächlich zur Umsetzung von EU Gesetzestexten in nationales Recht) die deutschsprachige Forschungsliteratur eindeutig dominierten. In Beiträgen, wie die von Knoche (1990) und Taschner (1990) wird die Entwicklung des Schengener Abkommens nachgezeichnet und diskutiert. Für Grenze und Flucht stellen diese Veröffentlichungen erste tatsächliche Thematisierungen eines Zusammenhangs zwischen diesen beiden Aspekten dar. In beiden Darstellungen wird erläutert, wie die innere Sicherheit des Binnenraumes durch Ausgleichsmaßnahmen zu flankieren sind, und warum und wie die Schengener Staaten versuchen, durch einen Ausbau der Grenzschutzmaßnahmen an der nun entstandenen gemeinsamen Schengener Außengrenze einem unkontrollierten Zustrom von MigrantInnen und Flüchtlingen vorzubeugen. Es wird auch thematisiert, wie die Schengener Staaten versuchen, sogenannte „Drittstaaten“ außerhalb bzw. im Vorfeld der Schengener Außengrenze in Grenzschutzmaßnahmen einzubinden und ihnen Aufgaben zu übertragen, die darin bestehen, die Asylanträge von Zufluchtsuchenden entgegen zu nehmen, diese zu prüfen und gegebenenfalls die Rückführung von abgelehnten AsylbewerberInnen in deren Herkunftsländer zu übernehmen.

In den Beiträgen von Nanz (1992/1994), Cremer (1998), Hailbronner/Martin/Motomura (1998) und Hailbronner/Weil (1999) wird aus rechtswissenschaftlicher Perspektive, ausgehend von der These, die Schengener Staaten müssten unweigerlich restriktive Ausgleichsmaßnahmen ergreifen, ausführlich auf die künftige Konzeption von Visa- und Grenzkontrollen eingegangen. Hailbronner (1989) warnt davor, dass der Wegfall oder Abbau von Grenzschutzmaßnahmen unzweifelhaft zu einer direkten Zunahme illegaler Aufenthalte führen werde und daher die Einreisevorschriften und Grenzkontrollen entlang der Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft in Zukunft effektiv abzustimmen und zu koordinieren seien (Hailbronner 1989: 84-86). Sein Beitrag betont die Notwendigkeit künftiger gemeinsamer Visaregeln und Beförderungsvorschriften und, dass Sanktionen gegen Transportunternehmen auch umzusetzen und diese Unternehmen direkt in Kontrollmaßnahmen einzubeziehen seien (Hailbronner 1989: 95-96). Auffällig ist, dass solche Maßnahmen in diesem und in den meisten anderen vorliegenden Beiträgen vor allem in Bezug auf irreguläre Migration und im Hinblick auf Asylsuche bzw. Fluchtwanderungen diskutiert werden, nicht ganz allgemein im Hinblick

auf Wanderungsströme. Vielen rechtswissenschaftlichen Darstellungen der frühen 1990er Jahre liegt außerdem, auch wenn dies in aller Regel nicht offengelegt wird, die Annahme zugrunde, dass es sich bei den meisten Fluchtbewegungen mehrheitlich nicht um „genuin“ asylberechtigte Flüchtlinge handeln könnte und die Mehrzahl der Zufluchtsuchenden daher eigentlich generell abzulehnen, an der Grenze abzuweisen und in ihre Heimatländer zurückzuführen sei.

Ein Hauptaugenmerk liegt in den rechtswissenschaftlichen Darstellungen der 1990er Jahre auf der Schengener Liste der Staaten mit Visaerfordernissen, die als notwendig und weiter zu entwickeln dargestellt wird, zusammen mit dem Hinweis, eine strikte Anwendung der Visapolitiken zur Unterbindung von Asylzuwanderungen in die Schengener Vertragsstaaten und die EG sei einzuhalten. Es gibt nur wenige Hinweise, darunter unter anderem Hailbronner/Martin/Motomura 1998, in denen zumindest anklingt und betont wird, dass die europäischen Staaten auch weiterhin vorsichtig zu eruiieren hätten, welche Maßnahmen sie gegen Asylsuchende ergreifen, da unter diesen immer genuin Schutzbedürftige sein könnten. Neun Jahre zuvor hatte sich Hailbronner allerdings in einem anderen Beitrag noch dagegen verwehrt, dass durch die Harmonisierung asyl- und flüchtlingspolitischer Regelungen, eine Ausweitung von Grenz- und Einreisekontrollen und eine restriktive Handhabung von Visa- und Beförderungsbestimmungen das internationale Gebot des *non-refoulements* missachtet oder unterminiert werden könnte (Hailbronner 1989: 95-96).

In den meisten rechtswissenschaftlichen Beiträgen stehen strikt die Interessen der europäischen Staaten und ihrer Rechtssysteme im Vordergrund. Strengere bzw. konsequent angewandte Visaregeln werden als die unproblematischste Form der Kontrolle angesehen, im Gegensatz zu Grenzschutzmaßnahmen und Grenzkontrollen oder der Überwachung von Flüchtlingen und anderer MigrantInnen im Landesinnern, oder noch restriktiveren Maßnahmen, wie beispielsweise der Abschiebehaft und zwangsweisen Zurückführung/Abschiebung von abgelehnten Flüchtlingen oder irregulären MigrantInnen. Auf die Rechte von Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und MigrantInnen wird in den gesichteten Beiträgen entweder überhaupt nicht oder nur in höchst unzureichender Weise eingegangen. Stattdessen liegt das Hauptaugenmerk in den meisten Veröffentlichungen (darunter Hailbronner 1995a/1995b/1996; Rittstieg 1997; Lehnguth 1998) darauf, in detaillierter und geradezu akribischer Weise tatsächlich auch die kleinsten Einzelbestimmungen beispielsweise zur Ausweisung, Abschiebung und Rückübernahme von abgelehnten Asylbewerbern und irregulären MigrantInnen zu diskutieren. So setzt sich beispielsweise Dutta (1997) detailliert mit den Beförderungspflichten und Sanktionen gegenüber Luftverkehrsunternehmen auseinander, während ein anderer Beitrag beispielsweise die Frage der „Kostentragung für die Unterbringung von Asylbewerbern im Flughafenverfahren“ aus rechtswissenschaftlicher Perspektive diskutiert (Hain 1998). Peters (2004) stellt einen relativ spät erschienenen Beitrag zu anlassunabhängigen Kontrollen innerhalb Deutschlands bzw. des Schengener Raumes dar. Allgemein liegt den rechtswissenschaftlichen Darstellungen, Gesetzkommentaren und sonstigen juristischen Abhandlungen der 1990er Jahre ein rein auf die Interessen des europäischen und deutschen „Gesetzgebers“ und das notwendige Verwaltungshandeln, die rechtsgebende und Amtspraxis im Umgang mit Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und (irregulären) MigrantInnen ausgerichteter Fokus zugrunde.

Unter den sehr wenigen rechtswissenschaftlichen Beiträgen, die sich bereits in den 1990er Jahren kritisch etwa mit dem Schengener Abkommen und dessen direkten Folgen für Flüchtlinge auseinandersetzen, findet sich unter anderem Weber (1999) – ein Beitrag, der zunächst auf die sich bereits zu dieser Zeit abzeichnende hohe Komplexität des Schengener Regelwerks hinweist und die Probleme, die sich gerade aus dieser Komplexität für die Praxis der Kontrolle

an den Grenzen und unweigerlich auch für Asylverfahren ergeben werden. Weber zeigt sich bezüglich der Vorstellung, dass Asylverfahren tatsächlich überall einheitlich verlaufen und überhaupt vollumfänglich in allen Schengener und Drittstaaten implementiert werden können, äußerst skeptisch. Dabei verweist er auf die möglichen negativen Konsequenzen, die aus einer Nichteinhaltung von europäischen Standards drohen und sowohl die Aufnahmestaaten als auch Flüchtlinge betreffen. In gleicher Weise äußern sich auch die Beiträge Classen (1995) und Ulmer (1996).

Ein weiterer, bis in die Gegenwart relevanter Argumentationsstrang entwickelte sich in den 1990er Jahren außerhalb der Rechtswissenschaften in den Politikwissenschaften. Er nimmt Bezug auf die vermeintlich, in Folge von Globalisierung und zunehmender Transnationalisierung der sozialen Welt geschwächte Kapazität von Staaten, Wanderungen einschließlich Fluchtbewegungen überhaupt noch steuern oder kontrollieren zu können. Joppke (1997/1998) argumentieren gegen eine pauschale These des Kontroll- und Steuerungsverlustes: Unter anderem das Beispiel der in Deutschland Anfang der 1990er Jahre erfolgten asylrechtlichen Änderungen (Restriktionen) zeige, dass Staaten sehr wohl, unter anderem durch verstärkte internationale Zusammenarbeit und Vereinbarungen (u.a. Drittstaatregelung) fähig seien, Flucht- und andere Wanderungsbewegungen zu steuern. Die Herausforderung bestehe darin, ein Gleichgewicht zwischen Volkssouveränität/dem Willen des Volkes und den durch liberale Staaten eingegangenen humanitär-menschenrechtlichen Verpflichtungen zu finden und dieses aufrechtzuerhalten (Joppke 1997/1998). Für die Analyse der rechtlich-politischen Steuerungsfähigkeit von Staaten im Hinblick auf Flucht und Migration bleibt auch der politikwissenschaftliche Beitrag von Bühl (1995) wichtig. Der in diesem Beitrag gegebene Hinweis, dass die Vergemeinschaftung, die bislang durch die EU erreicht worden ist (und Bühls Diskussion bezieht sich auf die frühen 1990er Jahre), bisher eine eher rein verfahrensrechtliche und wenig substanziell-materielle Vergemeinschaftung sei, ist sicher bis in die Gegenwart noch zutreffend und relevant geblieben.

Die zunächst rein durch die Politikwissenschaften dominierte Diskussion zur Fähigkeit des Staates, Wanderungen und Fluchtbewegungen zu kontrollieren und zu steuern, mündete anfangs der 2000er Jahre schließlich in eine auch durch die Sozialwissenschaften mitgetragene allgemeinere Diskussion ein. Ein Beitrag von Vogel (2000) vergleicht die Fähigkeit von Staaten zur Kontrolle von Wanderungen einschließlich Fluchtbewegungen am Beispiel der USA und Deutschland. In ihrer Arbeit wird klar herausgestellt, dass sowohl die USA als auch Deutschland aufgrund unterschiedlicher Maßnahmen (im Fall Deutschlands u.a. verdachtsunabhängige Kontrollen im Innern und finanzielle Unterstützung der Grenzschutzmaßnahmen von benachbarten Staaten), keinen wesentlichen Kontrollverlust erlitten haben. Der später erneut zu den USA, nun aber nicht zu Deutschland, sondern zum EU-Grenzregime angestellte Vergleich in Dittgen (2009) kommt zum gleichen Schluss wie Vogel und weist dabei unter anderem auch auf den erheblich gestiegenen Technologieeinsatz sowohl entlang der EU-Außengrenze wie auch im Fall der Grenze der USA zu Mexiko hin. Auch Mau et al. (2008) und Laube (2010) argumentieren gegen die Thesen eines allgemeinen Bedeutungsverlusts von Grenzen und des Verlusts staatlicher Steuerungs- bzw. Kontrollfähigkeit. Ihrer Meinung nach haben Staaten sowohl in der EU als auch weltweit ihre Kontrollfähigkeit gerade dadurch demonstriert und weiter dadurch gewährleisten können, dass sie klassische Kontrollen (an der eigentlichen Staatsgrenze) in zunehmendem Maße durch vor- bzw. ausgelagerte Maßnahmen (in Drittstaaten) und nachgelagerte Kontrollmaßnahmen (verdachtsunabhängige Binnenkontrollen) ergänzt und teilweise sogar ersetzt haben.

Wie bereits deutlich wird, beschäftigen sich ab den 2000er Jahren deutschsprachige Veröffentlichungen zunehmend weniger mit Deutschland, sondern nahmen nach und nach die EU und andere, auch außereuropäische und Nicht-EU-Staaten in den Blick. Besonders

wichtige Diskussionen stellen die Beiträge von Santel (2001) und Kreienbrink (2004) bereit, die klar den Zwang zur Harmonisierung und zum Ausbau des Grenzschutzes durch die EU herausstellen, dem Spanien und Italien in den 1990er Jahren in besonderem Maße ausgesetzt waren. Obwohl beide Staaten daraufhin ihren Grenzschutz erheblich ausweiteten, lag es schlichtweg an deren geographischer Grenzlage, dass sie trotz aller Restriktion dennoch zu Hauptzielstaaten neuer Flucht- und Wanderungsbewegungen wurden. Für beide Autoren stellt dies einen wichtigen Beleg dafür dar, dass der Ausbau von Grenzen und die Bemühungen von Staaten, Kontrollen entlang ihrer Grenzen durchzusetzen, zwar aufzeigen, dass diese Staaten ihre Kontrollfähigkeit nicht verloren haben, dies aber im Umkehrschluss nicht automatisch bedeutet, dass sie tatsächlich dadurch den Umfang der Zuwanderung vollumfänglich bestimmen und steuern könnten.

Im Widerspruch zu diesen Forschungsergebnissen stehen seit jüngster Zeit mehrere Publikationen, die eher den Charakter von pauschalen Meinungsdarstellungen besitzen und von WissenschaftlerInnen stammen, die sich bislang nicht oder kaum mit Wanderungen, Flucht oder Grenzen befasst haben (siehe unter anderem Schwartz 2017). Diese Beiträge sprechen von der Notwendigkeit, Grenzkontrollen und Abschiebeverfahren konsequent(er) durchzuführen (siehe auch Michl 2016), ohne allerdings dabei zu berücksichtigen, dass die EU mit ihren Mitgliedstaaten – wie viele andere Staaten weltweit – in den vergangenen Jahrzehnten bereits erheblich ihre Grenzschutz- und Abschiebemaßnahmen verschärft haben und die Möglichkeiten des legalen Zuzugs und der Gewährung von Asyl stark eingeschränkt haben. Andererseits wird argumentiert (unter anderem Joppke 1997/1998; Vogel 2000; Santel 2001; Kreienbrink 2004; Dittgen 2009), dass eigentlich keine Rede davon sein kann, dass Staaten ihre Kontrollfähigkeit tatsächlich verloren hätten. Stattdessen könne argumentiert werden, dass es die Beschränkung von Zugangsmöglichkeiten und die erhebliche Restriktivierung von Fluchtbewegungen und Asylgewährungen waren, die dazu beigetragen haben, dass es mehr „irreguläre“ Wanderungsbewegungen gab (siehe u.a. Vogel 2000; Santel 2001). Auch hat es den Anschein, dass die europäische und Weltgemeinschaft es schlichtweg versäumt oder bewusst unterlassen hat, wirksamere Instrumente zu entwickeln, mit denen Fluchtbewegungen erst gar nicht entstehen oder MigrantInnen tatsächlich eine Wahl haben, in ihren Heimatländern oder in Erstzufluchtsländern zu verbleiben. Stattdessen wurde weiterhin vorwiegend in Grenzschutzmaßnahmen und andere restriktive Gegenmaßnahmen investiert (siehe dazu unter anderem Angenendt 2000; Bendel 2006; Angenendt/Parkes 2009).

Während in den 1990er und frühen 2000er Jahren der Fokus deutschsprachiger Veröffentlichungen häufig eher auf einem „Nachzeichnen“ des Prozesses europäischer Vergemeinschaftung auf den Gebieten der Flüchtlings-, Asyl-, Migrations- und Grenzschutzpolitik lag und der Zusammenhang von Grenze und Flucht oft rein entlang von Gesetzesnovellen oder politischen Dokumenten thematisiert wurde, fällt ab 2005 die deutliche Zunahme von auf empirischen Befunden (unter anderem Interviews mit ExpertInnen oder Flüchtlingen/Asylsuchenden) basierenden Diskussionen auf. Die Arbeit von Baumann (2006) und einige weitere Beiträge stehen exemplarisch für eine steigende empirische Grundlegung politik- und rechtswissenschaftlicher Forschungsarbeit, die zunehmend die zuvor dominierenden rein textbasierten Rechtsvergleiche und Norminterpretationen ergänzt (siehe unter anderem auch Buckel 2013).

Baumann (2006) bietet bislang eine der wenigen detaillierten, auf Interviews mit leitenden Beamten und sogar Regierungsmitgliedern und unveröffentlichten Regierungsdokumenten basierenden Analysen. Sie geht in ihrer Arbeit auf die maßgebliche Rolle der deutschen Bundesregierung beim Ausbau des EU-Grenz- und Asylregimes ein. Im Mittelpunkt steht die bereits angeführte Diskussion, ob die Regierung ihre Souveränität und Kontrolle über Grenzen insgesamt betrachtet verloren habe, oder ob der Verlust durch den Wegfall von

Grenzkontrollen und Supranationalisierung (Verlagerung von Kompetenzen an die europäische Ebene) durch die angeführten, maßgeblich selbst initiierten EU-Ausgleichsmaßnahmen kompensiert worden ist. Wie in dieser Arbeit gezeigt wird, hat der deutsche Staat zwar einige seiner früher bestehenden Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten eingebüßt, durch den Schritt auf die europäische Ebene und die angesprochenen Maßnahmenpakete aber auch neue Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten erreicht, so dass es zu einer nahezu vollständigen Kompensation kam.

Weinzierl (2005) verdeutlicht in ihrer Arbeit die fortgesetzte und durch die EU ihrer Meinung nach auch bewusst intendierte Aushöhlung internationaler Schutzstandards. Sie stellt heraus, dass das EU-Flüchtlingsrecht auch als Ausgleichsmaßnahme für angebliche Kontrollverluste und Sicherheitsdefizite der EU benutzt werde (Weinzierl 2005: 24-25), es kaum Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle im EU-Flüchtlingsrecht gebe und eine klare übernationale gerichtliche Kontrolle ebenfalls fehle (Weinzierl 2005: 115-116, 281-283). Bendel (2006) und Leisering (2016) äußern sich in ihren detaillierten Darstellungen in gleicher Weise und verweisen beide auf die heute nur noch geringen und für viele Asylsuchende faktisch kaum noch existenten Möglichkeiten, in der EU überhaupt Schutz zu finden, oder sogar überhaupt territorialen Zugang zur EU zu erhalten, um innerhalb der EU auch tatsächlich einen Asylantrag stellen zu können.

3.3 Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik

Wichtige Beiträge zur territorialen Verlagerung von Grenzschutzmaßnahmen und dem Übertrag von Pflichten der Asylprüfung und Schutzgewährung auf Staaten außerhalb der EU liegen bereits aus den frühen 1990er Jahren vor. Jedoch wurden viele dieser Beiträge bisher kaum rezipiert. Sie sind allerdings relevant, um das EU-Grenz- und Asyl-/Flüchtlingsregimes bezüglich seiner Entstehung historisch nachzeichnen und bewerten zu können. Die vorhandenen Arbeiten zeichnen sich insgesamt durch eine starke Dominanz kritisch sozialwissenschaftlicher Forschung aus, die in vielen Fällen auf eigener empirischer Feldarbeit (qualitative ExpertInneninterviews, ethnographische Methoden etc.) der AutorInnen beruht.

In Busch 1991 findet sich eine erste ausführliche Thematisierung der tatsächlichen, für Flüchtlinge aus den Schengener und Dubliner Abkommen resultierenden negativen Konsequenzen. Polen, Ungarn und andere Nachbarstaaten, die in den 1990er Jahren noch nicht der EU angehörten, werden durch Busch 1991 als „Pufferstaaten“ thematisiert, die durch die EU gezielt dafür genutzt und „aufgerüstet“ würden, um Fluchtbewegungen bereits im Vorfeld der EU zu stoppen. Von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) liegt aus dem Jahr 1995 eine detaillierte Beschreibung und staats- und europakritische Diskussion der Verlagerung der deutschen und europäischen Asylpolitik und Grenzkontrollen nach Polen (FFM 1995) vor. Dieser Beitrag zeichnet sich dadurch aus, dass er auf zahlreichen, in Polen mit Flüchtlingen, Nichtregierungsorganisationen und auch Verwaltungs- und Regierungsstellen geführten Gesprächen beruht. Ähnliche Darstellungen finden sich in FFM 1996 zu Rumänien und in FFM 1997 zur Ukraine. Dietrich (1998) stellt die sich zu Beginn der 1990er Jahre zu intensivieren beginnende grenzübergreifende deutsch-polnische Polizeikooperation als wesentlichen „Schrittmacher“ einer kritikwürdigen EU-Grenz- und Asylpolitik und einen Testfall früher polnischer Integration in die EU heraus.

Die in den 1990er Jahren durch die FFM angeführte Kritik an der Einbeziehung von Drittstaaten in Abwehrstrategien setzt sich in dem ersten, durch Mitglieder des Netzwerks zur Kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung (*Kritnet*) herausgegebenen Sammelband *„Turbulente*

Ränder“ fort (Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Wichtige Einzelbeiträge aus diesem Sammelband, die die Bedeutung der Exterritorialisierung für das (restriktive) Asyl- und Migrationsregime der EU herausarbeiten, sind Hess/Karakayali (2007) und Römhild (2007). In ihnen werden ausgehend von empirischen, in Ost- und Südosteuropa gesammelten Befunden die Effekte der Verlagerungspolitik auf Flüchtlinge und MigrantInnen zur Sprache gebracht. Eine weitere wichtige Diskussion der Verlagerung und Intensivierung von Grenzkontrollen und den Auswirkungen dieser Maßnahmen auf Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen versuchen, von Nordafrika in die EU zu gelangen, bietet Etzold (2009). Während viele der Beiträge des Kritnet zunächst auf Osteuropa ausgerichtet waren, stellt dieser Beitrag die afrikanische Migration und die Routen der Migration in den Mittelpunkt, die sich in Reaktion auf die Grenzsicherungsmaßnahmen der europäischen Staaten verlagern und als ein wichtiger Beleg für die Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmtheit von MigrantInnen und Flüchtlingen gelten können.

Georgi (2007) belegt auf der Basis von Interviews und einer detaillierten Analyse des „Migrationsmanagements“ des *International Centre for Migration Policy Development* (ICMPD) die zentrale Rolle des ICMPD an der Verbreitung der Konzepte sichere Drittstaaten, restriktive Visaregelungen und Beförderungsbedingungen und Sanktionsandrohungen gegen Transportunternehmen - in Europa wie auch weltweit (Georgi 2007: 58). Wesentliche Beiträge zur Diskussion von Exterritorialisierung am Beispiel von Albanien, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine sind auch in Geiger (2007) und Geiger (2011) enthalten, in denen ebenfalls auf die maßgebliche Bedeutung von internationalen Regierungsorganisationen in der Verlagerung und Implementation von asyl-, migrations- und grenzschutzbezogenen Maßnahmen durch Externalisierung eingegangen wird. Zichner/Bruns (2011), Happ/Bruns (2016) und Bruns/Zichner (2016) knüpfen daran an, indem sie ebenfalls auf der Basis empirischer Feldforschung in der Ukraine und in Belarus auf die Verlagerung der Asylpolitik, die Rolle lokaler Akteure und des UNHCR und das Management von Migration und Flucht im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und Exterritorialisierungspolitik eingehen.

Aus den Rechtswissenschaften liegt mit Heißl (2007) ein wichtiger Beitrag zur Diskussion exterritorialer „Asylverfahrenslager“ dar. Die Analyse kommt zum Schluss, dass sowohl das bestehende EU-Gemeinschaftsrecht als auch die geltenden Gesetze der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten der Einrichtung von Asylverfahrenslagern außerhalb der EU eigentlich entgegenstehen.

Im ebenfalls durch Mitglieder des *Kritnet* herausgegebenen Bandes „*Grenzregime*“ (Hess/Kasperek 2010) finden sich mit Heck (2010) (zu Marokko), Speer (2010) (zur Ukraine), Kron (2007) (zu Mittelamerika) und Janicki/Böwing (2010) (zur Sahelzone) weitere wichtige Diskussionen zur Verlagerung von Grenzschutzmaßnahmen und ihrer negativen Effekte auf Flüchtlinge und MigrantInnen. Einige andere Beiträge im gleichem Band (Kasperek/Hess 2010; Cuttitta 2010; Hess/Tsianos 2010; Wagner 2010) bieten wichtige Impulse zur Etablierung einer kritisch die restriktiven EU-Flüchtlings- und Migrationspolitiken thematisierenden Perspektive auf die Exterritorialisierung von Grenzschutzmaßnahmen – einer Perspektive und Forschungsposition, die genuin an den Auswirkungen auf und am Schicksal von Flüchtlingen und MigrantInnen interessiert ist.

2014 entstand ein Folgeband („*Grenzregime II*“) des Netzwerks zur Kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung (Hess et al. 2014), in dem erneut eine Vielzahl von Einzelstudien zur Exterritorialisierung der Migrationskontrolle enthalten ist, die den Forschungsstand erweitern. Zu erwähnen ist unter anderem der Beitrag von Dünwald (2014) zur Externalisierung der EU-Grenz- und restriktiven Asylpolitik nach Mali. Der Beitrag von Kasperek/Tsianos (2014) verfolgt ergänzend die Argumentation, dass die Bemühungen der EU zur Verlagerung von

Grenzkontrollen sich eigentlich als einen vermeintlichen, jedoch hoffnungslosen Ausweg aus einer grundlegenden Krise des Schengener Systems darstellen. So habe das durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten geschaffene System zur Abwehr von Wanderungs- und Fluchtbewegungen entgegen aller Aussagen und ungeachtet der erheblichen finanziellen Investitionen in dieses System, das erklärte Ziel Grenzen zu sichern, allem Anschein nach nicht erreicht und sein Scheitern ist gerade im Zuge der „Flüchtlingskrise“ 2015/2016 deutlich zu Tage getreten.

3.4 Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik

In einem engen Zusammenhang mit der Diskussion zur Exterritorialisierung von Grenzkontrollen und der wesentlich auf Drittstaaten gestützten, räumlich verlagerten und restriktiven EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik steht die Thematisierung derjenigen Akteure, die im Prozess der Exterritorialisierung eine wesentliche Rolle einnehmen. Die Veröffentlichungen, die zu diesem Schwerpunktthema vorliegen, basieren vielfach auf empirischen, insbesondere auf Feldarbeit (unter anderem Interviews, teilnehmende Beobachtung etc.) beruhenden Befunden oder auf qualitativen Analysen bestehender und frei zugänglicher Primärquellen (vor allem Politikdokumente). Oft sind entsprechende Schriftquellen allerdings überhaupt nicht verfügbar oder stehen unter Verschluss. Empirische Feldforschung und eine Analyse der relativ wenigen vorhandenen und zugänglichen Primärtexte mit qualitativen Interpretationsverfahren sind daher in vielen Fällen unabdingbar, um die Perspektiven und Interessen der an Exterritorialisierung interessierten und arbeitenden Akteursgruppen herauszuarbeiten.

Auch zu den Akteuren der europäischen und internationalen Grenz- und Flüchtlingspolitik liegen viele Beiträge vor, in denen die AutorInnen dezidiert eigene politische Standpunkte und Kritiken an der Grenz-, Flüchtlings- und Migrationspolitik einfließen lassen. Busch (1990) befasst sich eingehend mit der bereits in den späten 1970er und 1980er Jahren gegründeten, der Öffentlichkeit und auch den meisten Politikern dennoch weitgehend unbekanntem, da stark durch gezielte Geheimhaltung bestimmten, intergouvernementalen Foren TREVI (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence Internationale) und der EG-Ad-Hoc-Gruppe Einwanderungsfragen. Die in diesem Beitrag erfolgte Beschreibung und (herrschafts-)kritische Diskussion bleibt weiterhin relevant, da bislang noch sehr wenig zur Rolle der Vielzahl von flucht- und grenzbezogenen EU-Gesprächsforen und Institutionen bekannt ist. Diederich (1991) diskutiert TREVI als standardbildendes Projekt für die Politik der EU zu Flucht, Migration und Grenzschutz. In der Tat sind TREVI und die Ad-Hoc-Gruppe nur zwei aus einer Vielzahl von institutionellen Entitäten, die bisher kaum untersucht, allerdings wesentlich an der Ausarbeitung sowohl des Schengener als auch des Dubliner Abkommens und auch insgesamt der innereuropäischen Zusammenarbeit im sogenannten Dritten Pfeiler (EG-Vertrag von Maastricht) und im Rahmen der Gemeinschaftskompetenz der EU (Amsterdamer Vertrag und Folgeverträge) beteiligt waren. Erst seit kurzer Zeit liegt in der deutschsprachigen Forschungsliteratur mit Oberloskamp (2017) eine tatsächlich ausführliche historische Studie zu TREVI vor.

Dominiert wird die Forschung zu den Akteuren des europäischen Grenz-, Asyl-/Flucht- und Migrationsregimes durch Veröffentlichungen, die sich fast ausschließlich mit der 2005 gegründeten EU-Grenzschutzagentur Frontex befassen. Zu vielen anderen Akteuren, darunter beispielsweise das historische Beispiel TREVI, aber auch die bedeutsamen flüchtlings- (UNHCR und andere) und grenzpolitisch-relevanten Organisationen (beispielsweise IOM), die bereits in den frühen 1950er Jahren gegründet wurden, liegen verhältnismäßig wenige Veröffentlichungen vor. Stattdessen beziehen sich die meisten Veröffentlichungen auf die

erst 2005 gegründete EU-Grenzschutzagentur Frontex, die für ihre Kritiker in Politik und Wissenschaft für die besonders restriktiven und quasi-militärischen Ausprägungen der EU-Politik im Umgang mit Wanderungsbewegungen steht und mitunter nahezu pauschal für die gesamte EU-Politik im Hinblick auf Migration und Grenz- und Flüchtlingspolitik verantwortlich gemacht wird.

Belina/Miggelbrink (2013) diskutiert Frontex als wichtigen Teil der durch die EU im Umgang mit Flucht- und Wanderungsbewegungen verfolgten Kalkulation und Depolitisierung von Risiken, um einen rational-technischen und effizienten Umgang mit Flucht und Asyl zu erreichen. Seehase (2013) stellt bislang eine der wichtigsten deutschsprachigen Forschungsarbeiten zu Frontex dar. In dieser Arbeit wird ausführlich auf die Entwicklung und die Aktivitäten von Frontex eingegangen, die EU-Grenzschutzagentur wird dabei als „Chance oder Bedrohung für den europäischen Flüchtlingsschutz“ diskutiert. Der Beitrag nimmt dezidiert Stellung für einen besseren und vollumfänglichen Schutz der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen. Statt allerdings rein in der Kritik zu verbleiben, wie es für viele andere Beiträge zu Frontex der Fall ist, zeichnet sich die Arbeit von Seehase dadurch aus, dass in ihrem Beitrag auch konkrete Vorschläge zur Reform von Frontex gegeben werden (u.a. effektivere parlamentarische und juristische Kontrolle, weniger Geheimhaltungsbefugnisse). Auf der Basis der vorgeschlagenen Reformen wäre es denkbar, dass Frontex in Zukunft tatsächlich selbst für einen Schutz der Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen eintreten könnte.

In einem weiteren wichtigen, aus dem Kreis der ‚kritischen Justiz‘ stammenden Beitrag von Weinzierl/Lisson (2007) wird detailliert herausgearbeitet, warum die europäische Grenzschutzagentur Frontex für systematisch erscheinende und gravierende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden kann. Der Beitrag plädiert wie der Beitrag von Seehase (2013) für eine stärkere parlamentarische und juristische Kontrolle von Frontex. Diese Forderung wird auch in Lehnert (2014) vertreten. Auf der Basis einer Demokratisierung und Refokussierung der Agentur besteht nach Meinung von Lehnert grundsätzlich eine Möglichkeit, den EU-Flüchtlingsschutz grundlegend zu überdenken. Er schließt sich der Meinung von Seehase und Weinzierl/Lisson an, dass Frontex im Interesse von Flüchtlingen, das heißt vor allem im Hinblick auf einen besseren und vollumfänglichen Schutz von Flüchtlingen, dringend zu reformieren sei.

Engelmann (2014) und Wissel (2015) befassen sich ebenfalls mit Frontex. In den beiden Arbeiten wird die EU-Grenzschutzagentur in den größeren thematischen Kontext und die allgemeine politik- und europawissenschaftliche Diskussion zu „informellem Regieren“ gestellt (Engelmann 2014). Bei Wissel (2015) wird sie zusätzlich, aus einer staats- und herrschaftskritischen Perspektive heraus, als (zentraler) Teil eines umfassenden „Apparate-Ensembles“ und neuen hegemonialen „Staatsprojekts Europas“ identifiziert. Die von NGOs, Flüchtlingen und Bürgern an Frontex geäußerte Kritik steht dabei paradigmatisch für den nach wie vor labilen und umkämpften Charakter dieses „Staatsprojekts“ EU (vgl. auch Buckel 2013).

Allerdings gehen nicht alle restriktiven und kritikwürdigen Abwehraktivitäten gegen Flüchtlinge von Frontex aus, zumal diese Agentur erst seit 2005 existiert. Weithin unreflektiert war bislang der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen und darunter auch humanitär-karitativen Organisationen, die ebenfalls eine wichtige Rolle im europäischen Asyl- und Flüchtlingsregime einnehmen und direkt oder zumindest indirekt, bewusst oder unbewusst, auch das Grenzregime der EU und die Abwehrstrategien der EU mittragen. Mratschkowski (2017) adressiert eine wichtige Forschungslücke und bietet erstmals eine empirisch fundierte Übersicht und Analyse der Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Rahmen europäischer Flüchtlingspolitik.

Die empirische Studie von Georgi (2007) zum ICMPD beschreibt detailliert, wie diese, der Öffentlichkeit und auch einer breiteren wissenschaftlichen Diskussion weitgehend unbekannt, Organisation einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung der Schengener und Dubliner Bestimmungen und Regelungen leistete. Deutlich wird auch die besondere Relevanz des ICMPDs in der Unterstützung (finanziert und beauftragt durch die EU) von Drittstaaten, um diesen die Übernahme von asyl- und flüchtlingspolitischen Funktionen zu ermöglichen (beispielsweise durch Trainings und den Entwurf neuer Gesetze) und den Grenzschutz, ebenfalls im Interesse der EU-Staaten, zu reformieren und auszubauen. Von Hess (2010) liegt eine weitere wichtige Arbeit zum ICMPD vor, die auf teilnehmender Beobachtung und einer ethnographischen Institutionsanalyse basiert und diskutiert, wie ICMPD steuerungsdienliches Wissen (Statistiken und eine virtuelle Karte) produziert, um damit die Abwehrstrategien der EU und ihrer Partnerstaaten anzuleiten und zu unterstützen.

Obwohl mit dem UNHCR üblicherweise das positive Image einer humanitären, Flüchtlinge rettenden und Unterstützung leistenden Organisation verbunden ist, führt der UNHCR auch Aktivitäten aus, für die er kritisiert wird. Als ein wichtiger Beitrag ist Scheel/Ratfisch (2014) zu erwähnen. Die beiden Autoren gehen detailliert auf die Teilnahme und Rolle des UNHCR bei der globalen Kontrolle von Fluchtbewegungen und der auf Abwehr ausgerichteten Exterritorialisierungsbemühungen ein. Deutlich wird in diesem Beitrag wie relevant auch der UNHCR für den Zusammenhang von Grenze und Flucht ist, denn auch der UNHCR trägt dazu bei, Flüchtlingsbewegungen zu begrenzen und zu steuern. Garnier (2014), Ratfisch/Scheel (2014) und Koch (2014) bieten weitere detaillierte Diskussionen der Rolle des UNHCR (und der Internationalen Organisation für Migration) im Zuge der restriktiven Flüchtlings- und Asylpolitik der EU und in anderen Weltregionen.

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) nimmt im europäischen und auch im globalen Flüchtlings-, Grenz- und Migrationsregime mittlerweile eine zentrale Rolle ein. Neben Frontex ist es vor allem die IOM, die seit 2010 eine starke wissenschaftliche Beachtung erfährt. In den meisten Nachbarstaaten der EU und in fast allen wichtigen Herkunfts- und Transitstaaten von Flüchtlingen und MigrantInnen hat die IOM maßgeblich Anteil am Aufbau lokaler Grenzverwaltungs- und Asylsysteme (vgl. u.a. Hess/Karakayali 2007; Geiger 2011; Speer 2010; Koch 2014). Sie trägt wie andere Organisationen erheblich zur bereits angesprochenen Exterritorialisierung von Grenz-, Flüchtlings- und Migrationspolitik bei.

3.5 Technologisierung von Grenzen und Flucht

Zum Zusammenhang zwischen der Technologisierung von Grenzen und Flucht liegen bisher noch relativ wenige Beiträge vor. In der Regel geht es bei den bisherigen Arbeiten um die Beschreibung des wachsenden Technologieeinsatzes und der Aufrüstung der Grenzen gegen Flüchtlinge. Detailliertere und tatsächlich empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen von Technologie auf Flüchtlinge und die „Wirksamkeit“ von technologisch ausgebauten Grenzschutzmaßnahmen im Hinblick auf eine mögliche Prävention und Unterbindung von Fluchtbewegungen fehlen allerdings bislang. Empirische Forschungsarbeiten, beispielsweise auf der Basis von Interviews, stellen sich in diesem Themenbereich allerdings auch sehr schwierig dar, da der Zugang zum Feld für WissenschaftlerInnen aufgrund der Vorbehalte von Sicherheitsindustrien und Regierungen oft verwehrt bleibt.

Gössner (1990) ging am Beispiel des Schengener Informationssystems (SIS) bereits frühzeitig auf die Technologisierung der europäischen grenz- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen ein. Das SIS Projekt wird vom Autor als wichtige Komponente eines künftigen „binneneuropäischen Sicherheits- und Überwachungsstaat“ thematisiert, der mit beträchtlichen negativen

Auswirkungen auf BürgerInnen- und Menschenrechte verbunden ist. Aus den späten 1990er Jahren liegen mit Busch 1998a und Busch 1998b zwei weitere kürzere Beiträge vor, in denen auf die zunehmend elektronisch erfolgende Überwachung und Abwehr von Flüchtlingen hingewiesen wird. Erneut wird dabei auch das SIS thematisiert. Maurer (1998) weist außerdem auf die Anwendung der in der Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität entwickelten Methoden der Schleier- und Rasterfahndung im Grenzschutz entlang der EU-Außengrenzen hin.

Die Thematisierung des steigenden Technologieeinsatzes im Rahmen des europäischen Grenzschutzes und der Flüchtlingspolitik wurde allerdings erst ab 2005 tatsächlich zu einem größeren Thema innerhalb des sich zeitgleich weiter herausbildenden Forschungsbereichs Grenze und Flucht. So befasste sich eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (Kietz/Maurer 2006) eingehender mit dem im Vertrag von Prüm (Implementierung des Schengener Abkommens) vereinbarten vereinfachten Datenaustausch zwischen europäischen Polizei- und auch Grenzschutzbehörden und dem sogenannten „europäischen Fingerabdruck“ und seiner digitalen Speicherung und Übermittlung (zum europäischen Fingerabdruck siehe auch Baumann 2006). Auch in Schiffauer (2006) und Jandl (2008) wurde der steigende Einsatz von Technologie beim Grenzschutz und im Binnenraum diskutiert. Jandl (2008) beschreibt unter anderem, wie die österreichische Außengrenze vor dem EU-Beitritt seiner direkten osteuropäischen Nachbarstaaten gezielt technologisch verstärkt wurde, obgleich diese im Zuge des Schengener Abkommens eigentlich zu einer Binnengrenze innerhalb der EU wurde.

In Belina (2010) und Bendel (2014) werden ebenfalls aktuelle und künftige Möglichkeiten des Technologieeinsatzes (unter anderem der Biometrie) diskutiert. Bendel (2014) thematisiert dabei insbesondere das sogenannte EUROSUR-Vorhaben der EU zur künftigen satelliten- und drohnengestützten Echtzeitüberwachung des Mittelmeerraumes. Auch das „Smart-Border“-Projekt der EU wird diskutiert. Dieses Projekt und EUROSUR sind unmittelbar für Flüchtlinge und Asylsuchende relevant, da zu erwarten ist, dass eine stärkere technologische Überwachung nicht zu einer Reduzierung von Fluchtbewegungen führen wird, sondern zu einer Verlagerung der Routen und zu Änderungen der Zugangsstrategien, die die Gefahr bergen, dass beim Versuch die EU zu erreichen noch mehr Flüchtlinge und MigrantInnen ihr Leben verlieren (siehe auch Sontowski 2017).

Sowohl in Belina (2010) als auch in Breljak (2017) wird diskutiert, wann und für welche Personen (bzw. Kategorien von Personen) Grenzen relevant und sichtbar werden, und diese Diskussion wird mit den neuen technologischen Möglichkeiten zur Kategorisierung, Identifizierung und Überwachung von Personen zusammengebracht. Neue Technologien unterstützen die Subjektivierung von bestimmten Personengruppen, beispielsweise Asylsuchende/Flüchtlinge, und steuern deren territorialen Zutritt. Das betrifft auch deren Rechtsposition und Exponiertheit gegenüber bestimmten Methoden und Interventionen des Grenzschutzes. Im Rahmen eines zunehmenden Technologieeinsatzes bilden sich demnach neue Formen von Grenzen (auch temporärer Art, wie in Sontowski 2017 besprochen) heraus, die zukünftig potentiell weitestgehend autonom überwachen, identifizieren, differenzieren und schließlich entscheiden, oder die Entscheidung zumindest vorbereiten werden, wer Zutritt erhält, abgewiesen oder beispielsweise in Haft genommen wird. IT-gestützte Systeme, wie beispielsweise Datenbanken, aber auch Überwachungssatelliten und andere Kontroll- und Abwehreinrichtungen transformieren die bisher bereits bestehende restriktive Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen grundlegend und erhöhen tendenziell deren Restriktivität weiter. Auf Basis von IT-gestützten, und einen konstanten Datenaustausch und -abgleich vornehmenden Systemen werden bereits Visa erteilt oder verweigert, Personen das Recht zum Besteigen eines Flugzeugs erlaubt oder verwehrt und auch über Asylanträge entschieden.

Tsianos (2015) und Tsianos/Kuster (2016a/b) stellen für die deutschsprachige Forschung ebenfalls sehr wichtige Beiträge dar, in denen der zunehmende Technologieeinsatz speziell im Fall von Asylsuchenden und Flüchtlingen diskutiert wird. Beide Beiträge setzen sich mit der EURODAC-Datenbank zur digitalen Erfassung, Speicherung, dem Austausch und Abgleich von Fingerabdrücken auseinander. Diese Datenbank ist für den Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik äußerst relevant, da durch sie geprüft werden kann, ob eine bestimmte Person bereits in einem anderen Staat einen Asylantrag gestellt hat, bereits abgeschoben worden ist oder ob zu dieser Person andere Informationen bereits erfasst sind, die für die Prüfung eines Asylverfahrens (nachtteilig) relevant sind. Tsianos (2015) und Tsianos/Kuster (2016) befassen sich mit den Möglichkeiten einer „digital deportability“ (digitalen Abschiebbarkeit). Es sind nicht nur der territoriale Zutritt und die territoriale Überwachung durch neue Technologien, die kritikwürdig und weiter zu erforschen sind, es sind zusätzlich auch die Möglichkeiten, die mittlerweile bestehen, Personen zu identifizieren und zu aktivieren, um dann aufenthaltsbeendende Maßnahmen (Abschiebungen) durchführen zu können (Tsianos/Kuster 2016: 183). In Tsianos/Kuster (2016a/b) wird außerdem auch die besondere Bedeutung privatwirtschaftlicher Unternehmen im Aufbau und im Management von EURODAC und anderen Datenbanken deutlich. Diese Unternehmen sind zu bestimmenden Teilen einer komplexen und netzwerkartig-diffusen, überall tendenziell relevant werdenden und digitalen Grenze geworden.

Heinemann/Weiß (2016) bietet zum Thema der „biotechnologischen Überwachung von Migration“ einen wichtigen Überblick und stellt eine der bisher umfassendsten Darstellungen zu verschiedenen Technologien und deren Einsatz im europäischen Grenz- und Asylregime dar. Den Autoren zufolge hat die EU in den letzten Jahren ein „biotechnologisches Grenzregime“ errichtet, das nun über ein nahezu totales Wissen zu Flüchtlingen und MigrantInnen wie auch zu eigenen Staatsbürgern verfügte. Der Beitrag kritisiert die EU, die beim Versuch ihre Grenzen zu verteidigen, den Verlust von Leben in Kauf nimmt und zur Abwehr von unerwünschten Zuwanderern und Flüchtlingen Methoden wie beispielsweise Handwurzelknochentests (etwa zur Bestimmung des Alters von Flüchtlingen und der Klärung ob es sich um unbegleitete Minderjährige handelt) einsetzt, die dann über den weiteren Verbleib, das Schicksal und eventuell auch das (Über-)Leben der betreffenden Personen (mit)entscheiden. In einer 2017 erschienenen Veröffentlichung geht Sontowski ebenfalls detailliert auf das biometrische Grenzregime der EU und den exkludierenden Charakter der „smart border“ ein, die für bestimmte Personengruppen (darunter meist Flüchtlinge) weiterhin eine „hard border“ bleibt, während andere Personengruppen (etwa hochqualifizierte MigrantInnen) durch sie einen schnellen und beinahe ungehinderten Zutritt erhalten können.

3.6 Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen

In Kritik zu einer über lange Zeit vor allem auf gesellschaftliche Integration und auf die Aufnahmegesellschaft ausgerichteten Forschung zu Migration, plädiert seit Ende der 2000er Jahre eine steigende Zahl von Beiträgen für eine Re-Fokussierung der Forschung zu Migration und Flucht. Diese Beiträge plädieren für eine Anerkennung der prinzipiellen Selbstbestimmtheit und Widerständigkeit (Autonomie) von Wanderungsbewegungen sowie der Handlungsfähigkeit von Asylsuchenden, Flüchtlingen und MigrantInnen („agency“). Die meisten Forschungsarbeiten entstanden zu diesem Thema innerhalb des Netzwerkes zur Kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung (*Kritnet*). Es fällt dabei auf, dass nur sehr wenige Beiträge direkt auf empirischer Arbeit (Befragungen, Interviews etc.) mit Flüchtlingen und MigrantInnen beruhen, viele Arbeiten noch eher eine stärker programmatische und „der Bewegung das Wort sprechende“ Tendenz besitzen.

Die Veröffentlichungen nehmen in ihrer Mehrzahl eine stark empathisch-unterstützende und solidarische Perspektive für Flüchtlinge und MigrantInnen ein. Ein enger Bezug besteht zur *no one is illegal-* oder *no border-*Bewegung, dem aktiven Widerstand und Protest gegen Grenzen und Grenzschutzmaßnahmen, und dem akademischen Diskurs zu globaler Bewegungsfreiheit (siehe u.a. Bauder 2013; Cassee 2016). Im Folgenden wird auch auf einige methodische Probleme hingewiesen, die sich aus der Fokussierung auf *Agency* und aus dieser Positionierung der ForscherInnen heraus ergeben können. Auffällig ist, dass viele der Beiträge, die aktuell bereits vorliegen, weiterhin auf der Ebene von Institutionen verbleiben, obwohl mit ihnen eigentlich für eine stärkere Berücksichtigung der Individuen, der Flüchtlinge und MigrantInnen, argumentiert werden soll. Bei den weiterhin verhältnismäßig wenigen empirischen Beiträgen (hier sind v.a. die Arbeiten von Klepp 2008/2012 zu erwähnen) kommen oft ethnographische Herangehensweisen zum Einsatz.

Zu den noch eher programmatisch gefassten, und für die wissenschaftliche Anerkennung der *Agency* und Autonomie von Flüchtlingen und MigrantInnen eintretenden Beiträge aus den frühen 2000er Jahren zählen Tsianos/Karakayali (2008), Tsianos/Karakayali (2010), im Fall von Arbeitsmigration und undokumentierter Arbeit Hess (2005), und speziell zu irregulärer Migration unter anderem Karakayali und Tsianos (2005) und Schwiertz (2011). Die Themen Flucht/Asyl und Grenze werden indirekt jeweils in diesen Beiträgen mitbetrachtet, so wenn beispielsweise wie in Hess (2005) der Widerstand gegen die „Festung Europa“ thematisiert wird und MigrantInnen als kreative Akteure in einer „Globalisierung von unten“ identifiziert werden (siehe dazu auch Karakayali/Tsianos 2005).

Nach Ansicht einiger AutorInnen zählen MigrantInnen und Flüchtlinge selbst als Teil des Grenzregimes. Ihr Widerstreben und „Kampf“ gegen die gezielten Praktiken der „Illegalisierung“, und die damit oft doppelt einhergehende soziale wie auch territoriale Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen, prägen dieses Regime mit. Obwohl Strategien der Grenzziehung und erhebliche Bemühungen (unter anderem Grenzschutzmaßnahmen) auf sie gerichtet sind, gelingt es in der Realität vielen Flüchtenden und MigrantInnen dennoch, diese Grenzen und Abwehrmaßnahmen zu überschreiten und Grenzpraktiken durch eigene Praktiken zu „re-kodieren“ (Tsianos/Karakayali 2008). Analysen zu Grenz- und Asylpraktiken müssen daher die Autonomie und Handlungsfähigkeit von Flüchtenden und MigrantInnen berücksichtigen und zu einem zentralen Gegenstand der Betrachtung machen. Viele der vorliegenden Beiträge versuchen die Prozesse und Interventionen zu Flucht, Asyl und Migration mit kritischen Analysen zu Gesellschaft, Weltwirtschaftsordnung bzw. der kapitalistischen Ordnung oder dem Charakter und der Entstehung eines übergeordneten „Staatsprojekt Europas“ (vgl. u.a. Buckel 2012/2013; Wissel 2015) zu verbinden.

In den letzten Jahren sind auch einzelne Beiträge entstanden, in denen empirisch die Handlungsmacht von Geflüchteten und MigrantInnen untersucht wird. So befasst sich beispielsweise Wilcke/Lambert (2015) mit den Protesten von Flüchtlingen am Oranienplatz in Berlin gegen das Instrument der Residenzpflicht, während Schwarz (2015) die Möglichkeiten und Taktiken des Widerstands darstellt, die in Zypern inhaftierte MigrantInnen und Flüchtlinge ergreifen, um sich gegen ihre Haftbedingungen und ihre drohende Abschiebung zur Wehr zu setzen. Zwick (2015) befasst sich mit saharischen Flüchtlingen und thematisiert deren Handlungsmacht wie auch deren Vulnerabilität gegenüber restriktiv-repressiven Maßnahmen und Politiken. Wie die beiden vorgenannten Arbeiten befasst sich auch Zwick (2015) mit der Handlungsfähigkeit und dem Protest gegen Grenzpolitik und territorial hergestellte Exklusionsformen. Die in diesen anderen neu entstandenen Veröffentlichungen zur Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen gegebenen Impulse gilt es weiter zu verfolgen, da der Forschungsbereich zu Handlungsfähigkeit, dem Protest und dem (möglichen) Widerstand von Flüchtlingen und Asylsuchenden gegen Grenzen und Grenzziehungen aktuell noch weitgehend am Beginn seiner Entwicklung steht.

4. Identifizierte Forschungsbedarfe

Ausgehend von der gesichteten deutschsprachigen Forschungsliteratur zu Grenze und Flucht wird im Folgenden auf die identifizierbaren Lücken der bisherigen Forschung und die sich stellenden Forschungsbedarfe eingegangen. Dabei wird auch ein Abgleich mit der internationalen englischsprachigen Wissenschaftsliteratur vorgenommen. Bislang wird die deutschsprachige Forschung in der englischsprachigen Forschungsliteratur noch kaum wahrgenommen, gleichzeitig ist auch die deutschsprachige Forschung zu Grenze und Flucht noch weitgehend auf sich selbst fokussiert und weitgehend selbstreferierend geblieben.

4.1 Übergeordnete Forschungsbedarfe zu Grenze und Flucht

4.1.1 International vergleichende und Mehrebenen-Forschung

Der Überblick hat deutlich gemacht, dass im Forschungsbereich Grenze und Flucht bislang, mit Ausnahme der zur Exterritorialisierung vorhandenen Beiträge zu Osteuropa und Nordafrika, noch keine tiefere Beschäftigung mit Ländern in Weltregionen außerhalb Westeuropas stattgefunden hat. Die bisherige Thematisierung anderer Fälle von Exterritorialisierung beispielsweise im Fall von Australien beschränkt sich auf kurze Abhandlungen, beispielsweise im *Journal iz3w* (Schmidt 2013). Aus dem Netzwerk *kritnet* liegen bislang die meisten Veröffentlichungen zu außereuropäischen Ländern vor (u.a. Dünnwald 2014 zu Mali; Heck 2010 zu Marokko; Klepp 2008 zu Libyen). Auch Forschungsarbeiten zu den USA und deren Umgang mit Flucht, Migration und Grenzkontrollen sind eher selten geblieben und mittlerweile auch nicht mehr aktuell (Vogel 2000; Dittgen 2009). Obwohl die EU weltweit sicherlich eines der wichtigsten oder vielleicht sogar das wichtigste 'Labor' zur Entwicklung und zum Test neuer Ansätze zu Flucht und Grenzschutz ist, ist es dringend erforderlich, die Forschung zu anderen Weltregionen und Staaten und deren Umgang mit Flucht rasch auszuweiten.

Neben der angesprochenen Notwendigkeit einer stärker pluri-lokalen, vergleichenden und andere Länderbeispiele und Weltregionen thematisierenden Forschung zu Grenze und Flucht ist außerdem angezeigt, dem ausgeprägten Mehrebenen-Charakter der EU-Politik in der Forschung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Studien wie Zichner/Bruns (2011) und Geiger (2011) verdeutlichen den oftmals auftretenden starken Gegensatz zwischen lokalem Handeln und den *grand strategies* der gesamteuropäischen Flucht- und Grenzpolitik. Neben Forschungsarbeiten, die mehrere Ebenen zugleich (z.B. *Headquarter*-Perspektive und lokales Handeln) analysieren, besteht grundsätzlich auch ein Bedarf nach mehr mikro-skalaren Studien, die sich beispielsweise auf der kommunalen/lokalen Ebene von Grenzgegenden bzw. -regionen mit Grenze und Flucht oder mit spezifischen Lokalitäten wie Aufnahmelagern, Transitzonen oder Abschiebezentren an Flughäfen befassen. Typischerweise machen sich Grenzen auch stark im Lokalen, Privaten und Tagtäglichen bemerkbar. Die Beiträge von Carstensen-Egwuom (2014) und Schammann (2015) bieten dafür aktuelle Beispiele und sehr gute Ausgangspunkte, die mit der Diskussion von Mehrebenen-Politik, Handeln oder Governance verbunden werden können. Innerhalb der deutschsprachigen Forschung zu Flucht und Migration wird die Diskussion von Mehrebenen-Politik und Governance zwar geführt (vgl. u.a. Dangschat 1998; Tomei 1997/2001; Bogumil et al. 2016; Hahlen/Kühn 2016; Lahusen 2016; Ette 2017), allerdings noch kaum im Hinblick auf den direkten Zusammenhang von Grenze und Flucht. Zu den Ausnahmen zählen Giegerich/Müller (2016) eine Arbeit zum Verwaltungshandeln in den sogenannten „hot spots“, den neuen EU-Asylentscheidzentren in Griechenland und Italien.

Der Bedarf an einer stärker international vergleichenden und auch den Mehrebenen-Charakter von grenz- und flüchtlingspolitischen Maßnahmen stärker Rechnung tragenden Forschung gilt über den deutschsprachigen Raum hinaus. Auch im Hinblick auf die internationale englischsprachige Forschung fällt auf, dass bislang überwiegend Einzel- und insbesondere Länderstudien vorliegen (siehe unter anderem Brees 2010; Hemsbergen/Daly 2017) und es auch in der englischsprachigen Forschungsliteratur noch relativ wenige vergleichende Studien gibt. Bei den Ausnahmen ist exemplarisch der Sammelband von Zaiotti (2016) zu nennen. Davon und von einigen anderen Beiträgen (beispielsweise Brunet-Jailly 2004) abgesehen, in denen der Mehrebenencharakter von Grenz- und Flüchtlingspolitik analytisch und auch im Fall außereuropäischer Staaten und Weltregionen diskutiert wird, bleibt das Gros der internationalen englischsprachigen Forschung auf das Fallbeispiel EU konzentriert (Euskirchen/Lehun/Ray 2007; Lavenex 2006). Zwar ist die EU sicherlich eines der interessantesten und wesentlichsten Fallbeispiele weltweit für *multi-level governance*, dennoch bei weitem nicht das einzige.

In Bezug auf die Forschung zur Umsetzung von EU-Grenz- und Flüchtlingspolitik in den Nachbarstaaten der EU sind deutschsprachige WissenschaftlerInnen im internationalen Vergleich tatsächlich WegbereiterInnen. Sofern in englischer Sprache erschienen, werden Beiträge deutschsprachiger ForscherInnen (unter anderem Hess 2010; Geiger 2010; Dünnwald 2014) auch international rezipiert (siehe beispielsweise de Jong 2016; Scott 2015; Sladkova 2016). Vor allem deutschsprachige WissenschaftlerInnen des *Kritnet* werden international stark wahrgenommen, unter anderem aufgrund der Internationalisierung des Netzwerkes *Kritnet* selbst sowie dessen Vernetzung beispielsweise mit dem internationalen *no border network*. Gerade Beiträge, die hier zur Exterritorialisierung und Externalisierung von Grenzschutzmaßnahmen, flüchtlingspolitischen Maßnahmen und der Relevanz internationaler Organisationen entstanden sind, werden international stark wahrgenommen und häufig zitiert (siehe unter anderem in Hall 2013; Brachet 2016; Casas-Cortes/Cobarrubias/Pickles 2016; Bradley 2017; Barber/Bryan 2017). Von einigen Ausnahmen abgesehen sind es allerdings vor allem Einzel- und insbesondere Länderstudien, die Beachtung finden, da wichtige Übersichtsbeiträge und auch historisch angelegte Forschungsarbeiten (beispielsweise Pudlat 2013) bisher entweder noch nicht in Englisch oder erst in jüngster Zeit erschienen sind und daher auch noch kaum international wahrgenommen wurden.

4.1.2 Historisierende und methodisch reflektierende Forschung

Die Durchsicht der bestehenden Forschungsliteratur hat außerdem deutlich gemacht, dass Forschungsergebnisse aus den 1990er Jahren teilweise überhaupt nicht rezipiert worden sind (und auch weiterhin nicht werden) und die Forschungsliteratur zu Flucht und Grenzen vor allem darauf fokussiert ist, die jeweils aktuellsten Rechts- und Politikentwicklungen aus einer rechtswissenschaftlich-gesetzgeberischen oder EU-integrationsbezogenen Perspektive heraus zu diskutieren. Des Weiteren fehlen eingehendere historische Darstellungen zu Grenze und Flucht. Ausnahmen existieren zu Sonderthemen, etwa die Flucht über die innerdeutsche Grenze (Bethlehem 1982). Aus neuester Zeit sind als Ausnahmen die Beiträge zu TREVI (Oberloskamp 2017) oder dem Schengener Grenzschutzsystem (Pudlat 2013) und seiner diskursiven Verhandlung (Siebold 2013) zu nennen.

Während aus den Rechtswissenschaften eine Vielzahl von einseitig normativ und auf Rechtsvergleiche angelegten Beiträgen vorliegen, sind die meisten aktuelleren Forschungsarbeiten aus den Politik-, Gesellschafts- und Sozialwissenschaften stark auf empirische Einzelbeispiele oder Sonderfälle ausgerichtet. Bei diesen Einzelstudien stellt sich

stets die Frage nach Vergleichbarkeit und Generalisierbarkeit. Das Problem verschärft sich dadurch, dass die meisten Studien zugleich auch wenig auf historische Zusammenhänge und Entwicklungen eingehen und es versäumen aktuelle(re) Betrachtungen und Diskussionen nicht nur in einen übergeordneten thematischen, sondern auch in einen größeren zeitlich Gesamtkontext zu stellen.

Eine stärker historisch angelegte bzw. historisierende, vergleichende und verallgemeinerbare Forschung erscheint dringend angezeigt. Dies gilt ebenso für eine intensiviertere methodologische Reflexion über den Fokus und die gewählte Perspektive, nicht zuletzt auch über den gewählten Zeitrahmen der Betrachtung. Letztlich wird erst dadurch ein Verständnis der derzeitigen Prozesse und eine Prognose künftiger Entwicklungen möglich.

So wäre es beispielsweise ein Trugschluss, dass sich die EU-Flüchtlings- und Grenzpolitik erst mit der Gründung von Frontex 2005 zu verschärfen begann. Das Hauptaugenmerk der Kritik an der EU-Grenz- und Flüchtlingspolitik liegt allerdings oft und fast ausschließlich auf gerade dieser Institution. Dadurch wird der Anschein erweckt, dass es vor Frontex noch keine anderen Akteure zu Grenze und Flucht gegeben habe, während zugleich fast der Eindruck entsteht, Frontex sei die einzige Institution der EU, der eine „Schuld“ an gewissen politischen Entwicklungen und Misereen der Flüchtlingspolitik gegeben werden könne. Statt den Rat oder die Kommission oder andere Institutionen der EU in den Blick zu nehmen und an diese ebenfalls Kritik zu richten, beschäftigen sich viele der wissenschaftlichen Abhandlungen einzig und allein auf Frontex. Gerade im Hinblick auf den Gesamtkomplex „EU“ besteht eine erhebliche Forschungslücke in Bezug auf historisch informierte bzw. kontextualisierende Beiträge, bei denen beispielsweise wie in Pudlat (2013) tatsächlich auf die „longue durée“ der Herausbildung des Schengener Abkommens und der institutionellen Architektur des Schengener Grenzschutzsystems eingegangen wird.

Es ist außerdem auffällig, dass sich gerade in den letzten Jahren viele WissenschaftlerInnen zu Wort meldeten, die in den Politikwissenschaften oder anderen Disziplinen bisher kaum als Flüchtlings- oder MigrationsforscherInnen aufgetreten sind (siehe unter anderem Schwarz 2017). In ihren Aussagen und Einschätzungen finden sich Kommentare, die darauf schließen lassen, dass es schlichtweg ganz allgemein an einem Transfer der bisherigen Forschungsergebnisse nicht nur in die Öffentlichkeit, sondern ebenfalls innerhalb der Disziplinen und den allgemeinen *Mainstream* anderer Forschungsrichtungen mangelt. Die Kritik am postulierten Unvermögen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten lediglich am Jahr 2015 anzusetzen und nicht in eine längere historische Betrachtung einzubetten, ist schlicht ungeeignet, um die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion sowie die politische Praxis tatsächlich weiter zu bringen. Auch aus diesem Grund erscheint eine stärkere historische Orientierung sowie eine stärkere methodische Reflexion der wissenschaftlichen Forschungspraxis zu Grenze und Flucht dringend angezeigt.

In Bezug auf die englischsprachige internationale Forschungsarbeit lässt sich ebenfalls ein erheblicher Bedarf nach stärker historischen und in größere zeitliche Zusammenhänge eingebettete Analysen ausmachen. Auch in der englischsprachigen Forschung zu Grenze und Flucht liegt der Fokus der wissenschaftlichen Diskussion überwiegend auf neuesten Entwicklungen und umfasst nur einzelne Bestandteile der Gesamtdiskussion. Erneut fällt die starke, häufig gar ausschließliche Konzentration vieler Beiträge auf die EU-Agentur Frontex auf (Mungianu 2013; Pallister-Wilkins 2015). Auch in der internationalen englischsprachigen Literatur liegen nur sehr wenige Forschungsarbeiten vor, die analog etwa zu Pudlat (2013) oder Vollmer (2012) zumindest in Ansätzen eine auf längere Zeiträume angelegte Perspektive zur Herausbildung eines EU-Grenz- und Flüchtlingsmanagements ermöglichen (siehe

beispielsweise Geddes 2005). Die wenigen Beiträge, die bislang in der deutschsprachigen Forschung entstanden sind (siehe u.a. Pudlat 2010/2013) werden bislang international noch kaum wahrgenommen.

4.2. Spezifische Forschungsbedarfe zu bisherigen Schwerpunktthemen

4.2.1 Konstruktion und Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge und Flucht

Trotz der in der deutschsprachigen Forschung intensiv geführten und sogar durch sie mit initiierten Diskussion zur Konstruktion des Raumes und der Transnationalisierung von Gesellschaft und Migration (Pries 1997; Faist 1995; Hard 2002; Pott 2005/2007) bleiben die meisten Forschungsarbeiten zu Grenze und Flucht stark einer staatszentristischen und auf Nationalstaaten und deren Grenzen fokussierten Perspektive verhaftet. 1995 hatte Vobruba bereits für seine Disziplin den Hinweis gegeben, dass die Soziologie sich zwar mittlerweile eingehender mit der Transnationalisierung der sozialen Welt beschäftigt, bei ihren Betrachtungen aber oft noch immer in der Gesellschaft als Nationalgesellschaft gefangen sei. Die „implizite Anlehnung soziologischer Begrifflichkeit[en] an Staatsgrenzen“ berge die Gefahr, dass „durch Nicht-Thematisierung [der Grenzen] Konstanz-Annahmen gemacht werden“, die in einer stark durch Transnationalisierung geprägten modernen Gesellschaft nicht mehr haltbar seien (Vobruba 1995: 326).

Die traditionelle „Containerraum-Perspektive“, das Problem eines „methodologischen Nationalismus“ (Glick-Schiller/Wimmer 2003) auch innerhalb der Forschung zu Flucht, Migration sowie zu Grenzen könnten mit Hilfe der interdisziplinären Transnationalismusforschung und der mittlerweile vorliegenden Ansätze der Soziologie (siehe unter anderem Pries 1997; Löw 2010) und Sozialgeographie überwunden werden. Gerade in der letztgenannten Forschungsdisziplin ist in Abkehr von Raumvergegenständlichung und in Ergänzung zu aktors- und handlungsbezogenen Ansätzen (siehe u.a. Hard 2002; Werlen 1995) in den letzten Jahren eine intensive Diskussion zur Konstruktion und Reflexion über Raumkategorien geführt worden, die unter anderem durch system- und diskurs-/kommunikationstheoretische Ansätze angeleitet ist (unter anderem Miggelbrink/Redepenning 2004; Pott 2005/2007; Reuber/Wolkersdorfer 2001). Intensiv wurde diskutiert, warum räumliche Differenzierungen, Repräsentationen, Leitbilder und Diskurse/Narrative (anwendbar zum Beispiel auf die ‚Festung Europa‘ oder die Metapher vom „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“) gesellschaftlich und politisch so bedeutsam sind. Die Frage ‚Wozu Raum?‘ (und im logischen Anschluss dazu: ‚Wozu Grenze?‘) ist in den bisher vorliegenden Arbeiten, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen (zum Beispiel Belina 2010; Belina/Miggelbrink 2013; Geiger 2011), allerdings bislang noch kaum in Bezug zu Grenze und noch weniger in Bezug auf Flucht gestellt oder mit bedacht worden. Gleiches gilt auch für die Transnationalismusforschung und die bereits seit den 1990er Jahren geführte Diskussion zu transnationalen Räumen und transnationaler Migration (unter anderem Pries 1997; Faist 1995): Zwar wird immer auf Grenzen (mit) referiert, von wenigen Ausnahmen abgesehen (siehe unter anderem Hess/Tsianos 2007) ist die Transnationalismusdebatte allerdings in der deutschsprachigen Wissenschaft noch kaum in Bezug auf Flucht und den Zusammenhang Grenze und Flucht geführt worden.

Im Hinblick auf die in der deutschsprachigen Forschung schon lange bestehende Diskussion zur Konstruktion von Identitäten und ‚Figuren‘ der Flucht und Migration oder allgemein des ‚Fremden‘ (vgl. u.a. Simmel 1903; Arendt 1943; Waldenfels 1990; Seukwa 2006; Karakayali 2008; Niedrig/Seukwa 2010; Bade 2015) fällt umgekehrt wiederum auf, dass diese bislang noch kaum auch im Hinblick auf territoriale Grenzen und deren Konstruktion geführt worden ist

(vgl. u.a. Hess/Tsianos 2010; Römhild 2007; Bitterli 2004; Friese 2017; Schulze Wessel 2017). Die Konstruktion von Grenzen und deren Relevanz für Flüchtlinge und das Thema Flucht wird darüber hinaus selten im Hinblick auf die tatsächlich ‚Betroffenen‘ von Grenzen, die Flüchtlinge selbst, spezifiziert (als Ausnahme siehe unter anderem Klepp 2012). Auch fehlen weitere Erkenntnisse dazu, wie Grenzen heute überall und teilweise sogar willkürlich in Erscheinung treten und „aktiviert“ werden können (vgl. u.a. Belina 2014; Eigmüller 2006; Sontowski 2017). Die oftmals *ad-hoc*, aber strategisch in Erscheinung tretenden bzw. aktivierten Grenzen und Kontrollen wären spezifisch zu Flucht und Asyl herauszuarbeiten und bezüglich deren Relevanz für das europäische Flucht- und Grenzregime wie auch im Hinblick auf deren Konsequenzen auf Flüchtlinge, Vertriebene, MigrantInnen sowie Gesellschaft im Allgemeinen zu diskutieren.

Mit Bös (1997), Bauböck (1997), Mackert (1999), Seifert (2000) und Bommers/Halfmann (1998) liegen bereits grundlegende theoretische Diskussionen vor, die sich mit der sozialen und oft territorial umgesetzten Schließung von modernen Nationalstaaten befassen. Es wäre notwendig, diese Diskussionen und Theorieangebote spezifisch auf den Bereich Flucht zu übertragen, da sich die genannten Beiträge meist allgemein auf Migration und nicht spezifisch auf Flucht beziehen. Mackert (1999) bietet interessante Ansätze, die dafür geeignet wären, insbesondere die zur Autonomie und Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen und MigrantInnen begonnenen theoretischen Überlegungen zu ergänzen und auszubauen. Er betrachtet den „Kampf um Zugehörigkeit“ von MigrantInnen als Aushandlungsprozess, der neben der Handlungsfähigkeit staatlicher und nichtstaatlicher Akteure (auf unterschiedlichen politischen Ebenen) auch die Partizipation von MigrantInnen und deren Handlungsfähigkeit betont. Dieser Ansatz könnte sehr gut auf die Autonomie- und *Agency*-Diskussion zu Flüchtlingen übertragen werden. Gleichzeitig könnte er mit den bereits angesprochenen aktors- und handlungsbezogenen Konzepten zur Konstruktion von Raum (und Grenzen) bzw. der Infragestellung von Räumen und deren Grenzen verbunden werden, wie sie beispielsweise in der Sozialgeographie durch Werlen (vgl. u.a. Werlen 1995) entwickelt worden sind. Dessen Konzept des ‚Geographie-Machens‘ ließe sich hierbei gut anwenden und das ‚Grenzen-Machen‘ durch individuelle, kollektive oder korporative Akteure böte Anschluss an die Diskussion der Akteure in der Flucht- und Grenzpolitik, während zugleich die Infragestellung von Grenzen und der Widerstand oder ‚Kampf‘ (*contestation*) gegen Grenzen ebenfalls berücksichtigt werden könnten.

Auch in Bezug auf die englischsprachige internationale Forschung lässt sich festhalten, dass die meisten Arbeiten zu Grenze und Flucht weiterhin stark einer staatszentristischen und auf Nationalstaaten und deren Grenzen fokussierten Perspektive verhaftet bleiben. Die Transnationalismus-Diskussion wird im Vergleich zur deutschsprachigen Literatur allerdings weitaus stärker auch in Bezug auf Flucht (und Grenzen) geführt (siehe unter anderem Mascini et al. 2012), obwohl wesentliche Impulse zur Diskussion von Transnationalisierung und transnationaler Migration eigentlich von der deutschsprachigen Forschung ausgegangen waren. Die Arbeiten von Pries (siehe unter anderem Pries 1997) und Faist (unter anderem Faist 1995) werden international rezipiert - auch bezüglich des Zusammenhangs Grenze und Flucht (siehe beispielsweise Al-Ali et al. 2010), während dies umgekehrt im deutschsprachigen Raum noch kaum der Fall ist.

International betrachtet gibt es im Vergleich zur deutschsprachigen Forschungsliteratur bereits viele Beiträge zur Konstruktion von Grenzen und der Relevanz von Grenzen für Flüchtlinge (siehe u.a. Haddad 2008; Bosworth 2008; Hansen 2014; Carr 2016; Jones 2016). Nur wenige der im deutschsprachigen Raum erschienenen theoretischen Arbeiten zum Ein- und Ausschluss von ZuwandererInnen und prinzipiell auch Flüchtlingen (beispielsweise Bommers/Halfmann 1998) sind bislang überhaupt international rezipiert worden (siehe unter anderem

Geddes 2007; Andersson/Nilsson 2011). Andere deutschsprachige Theoriebeiträge zu Inklusion oder Exklusion, Aushandlungsprozessen zu Flucht und Migration (unter anderem Mackert 1999) und zur Konstruktion von Grenzen und Räumen (beispielsweise Werlen 1995) wären zwar ebenfalls geeignet, die internationale Forschung zu bereichern und zu informieren, wurden allerdings international bislang kaum rezipiert. Die Notwendigkeit einer stärkeren Theoretisierung stellt sich somit nicht nur in Bezug auf die deutschsprachige Forschung, sondern auch international.

Abgesehen von einigen international stark beachteten und rezipierten Beiträgen, darunter Arendt (1943) und Simmel (1903), werden neuere deutschsprachige Arbeiten zur sozialen Konstruktion von Flüchtlingen oder des „Fremden“ in der englischsprachigen internationalen Forschungsliteratur kaum beachtet. Im Unterschied zur deutschsprachigen Literatur (u.a. Schulze Wessel 2017) gibt es bereits Arbeiten, die sich tatsächlich auch konkreter mit der Konstruktion der Figur des Flüchtlings und des Zusammenhangs von Grenze und Flucht befassen (Betts/Loescher 2011; Gundogdu 2015).

Sowohl in der deutschsprachigen als auch der internationalen englischsprachigen Forschung gilt es das theoretische Verständnis von Grenze und Flucht zu fördern, und die bereits in der internationalen Forschung etablierten Felder der *border studies* und *refugee studies* (vgl. u.a. Black 2001; Kolosov 2005; Parker et al. 2009; Chimni 2009; Houtum 2012; Kireev/Yachin 2017) konzeptionell weiter zu entwickeln.

Im Hinblick auf die Temporalität, den teilweise kurzzeitlichen oder zeitlich beschränkten und willkürlichen Charakter von Grenzziehungen in Bezug auf Flucht liegen in der englischsprachigen Literatur bereits einige wichtige Beiträge vor (siehe unter anderem Hari 2014; Vosko et al. 2014). Deutschsprachige Veröffentlichungen zum neuen oder geänderten Charakter von Grenzen (Willkürlichkeit, Relokalisierung von Grenzen, Grenzen im Innern etc.) werden dagegen bislang nicht besonders stark in der anglophonen Literatur beachtet, unter anderem deshalb, weil diese auch erst in jüngerer Zeit (beispielsweise Belina/Miggelbrink 2013; Sontowski 2017) erschienen sind. Zudem befassen sich die bisher vorliegenden deutschsprachigen Beiträge oder englischsprachigen Veröffentlichungen deutschsprachiger VerfasserInnen in ihrer Mehrzahl eher mit Migration als mit Flucht und Grenze.

Die tatsächlichen Wirkungen von Grenzen auf Flüchtlinge und die Diskussion von Grenzschutzmaßnahmen, die unter dem Stichwort der 'humanitären Grenze' propagieren, in erster Linie dem Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen zu dienen und nicht den Interessen von Nationalstaaten, Migration und Fluchtbewegungen abzuwehren, stellt international einen neuen wichtigen Forschungszweig dar (siehe u.a. Amooore 2006; Walters 2011a/b; Squire 2014; Williams 2015). Bislang wird dieser in der deutschsprachigen Diskussion allerdings noch kaum verfolgt, während die wenigen bisher bereits vorliegenden deutschsprachigen Beiträge (siehe unter anderem Treptow 2018) international noch nicht stark rezipiert worden sind.

4.2.2 Entstehung und Weiterentwicklung des EU-Grenz- und Flucht-/Asylregimes

Rechtswissenschaften haben im deutschsprachigen Raum lange Zeit die Diskussion zu Grenze und Flucht dominiert. Der Fokus lag weithin einseitig auf der Weiterentwicklung des europäischen Gemeinschaftsrechts, der Implementierung neuer europäischer Vorgaben in nationales Recht und die Herausbildung eines supranationalen Grenz-, Flucht- und Asylregimes auf Ebene der EU. Es liegt eine Vielzahl von Beiträgen vor, die sich mit den sogenannten Ausgleichsnotwendigkeiten und konkreten Kompensationsmaßnahmen

zum Schengener Abkommen (vgl. u.a. Knoche 1990; Taschner 1990), den Änderungen des deutschen Asylrechts und den Folgen aus der fortschreitenden europäischen Integration für das deutsche Rechtssystem sowie die Praxis anderer EU-Staaten (Hailbronner 1993; Weber 1993) befassen. Insgesamt lässt sich sagen, dass die vorliegenden rechtlichen Analysen und Kommentare den notwendigerweise abzudeckenden Bereich der rechtlichen Herausbildung eines übergeordneten Rechtsregimes weitestgehend adressiert haben und dies auch bezüglich der aktuellen und künftigen rechtlichen Entwicklungen weiterhin tun (vgl. u.a. Hailbronner/Thym 2016, Haedrich 2017).

Trotz einer steigenden Zahl von Beiträgen, unter anderem aus dem Umfeld der „Kritischen Justiz“ (Weinzierl 2005; Buckel 2012/2013; Lehnert 2014; Seehase 2013), die sich neben der Rechtssetzung auch mit den Konsequenzen von (neuen) rechtlichen Entwicklungen und Setzungen für Flüchtlinge und Flucht auseinandersetzen, besteht in diesem Bereich weiterer Forschungs- und Veröffentlichungsbedarf.

Im Vergleich mit der internationalen englischsprachigen Forschungsliteratur fällt auf, dass die vornehmlich in den 1990er Jahren entstandene und für diesen Zeitraum charakteristische Forschung zur rechtlichen Fortentwicklung des EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylregimes bereits international vernetzt war und bis heute starke Rezeption erfährt (siehe beispielsweise Hailbronner/Martin/Motomura 1998; Fitzpatrick 2000; Phuong 2003; Hailbronner/Thym 2016). Für die internationale Rezeption förderlich war unter anderem der Umstand, dass mehrere der durch Kay Hailbronner und KollegInnen vorgelegten Arbeiten unmittelbar in englischer Sprache publiziert wurden, und mehrere Sammelbände aus den Rechtswissenschaften als direktes Produkt internationaler Vernetzung und unter Beteiligung renommierter englischsprachiger WissenschaftlerInnen veröffentlicht worden sind. Bei den neueren Veröffentlichungen, die seit etwa 2005 aus dem Kreis der „Kritischen Justiz“ heraus entstanden sind (unter anderem Weinzierl 2005; Buckel 2012/2013; Lehnert 2014; Seehase 2015) behindert der Umstand, dass diese wichtigen Veröffentlichungen lediglich auf Deutsch erschienen sind, unzweifelhaft eine stärkere Rezeption in der internationalen Forschung. Abgesehen von wenigen Beiträgen, die direkt auf Englisch erschienen sind oder später auch übersetzt wurden und in englischsprachige Arbeiten eingeflossen sind (unter anderem Joppke 1997/1998; Bauböck 1997/2004), liegen kaum Veröffentlichungen vor, die sich eingehender mit der Steuerungs- und Kontrollfähigkeit von Staaten bezüglich Migration und Fluchtbewegungen und der These des Verlusts nationalstaatlicher Macht über Grenzen auseinandersetzen. Obwohl die zu politischer Steuerung, Regieren und „Governance“ im deutschsprachigen Raum bestehende allgemeine Wissenschaftsdiskussion auch in der englischsprachigen Literatur stark beachtet wird und international mit als führend anerkannt wird, (siehe beispielsweise die theoretischen Grundlegungen von Mayntz 1997; Scharpf 2006 sowie unter anderem Blatter 2001), haben sich diese Arbeiten nicht mit dem Zusammenhang Grenze und Flucht befasst und sind nicht zuletzt deshalb wohl auch bisher nicht in der englischsprachigen Literatur im Hinblick auf Grenze und Flucht rezipiert worden.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Thematisierung von Grenze und Flucht in der deutschsprachigen Forschungsliteratur zu Governance, Regieren und auch Mehrebenen-Politik in der EU insgesamt bisher kaum geführt worden ist. International gibt es hierzu zahlreiche Veröffentlichungen (vgl. u.a. Loescher 1993; Lippert 1999; Betts 2009; Milner 2017), die in deutschsprachigen Veröffentlichungen auch häufig rezipiert werden (siehe unter anderem Geiger 2011; Happ/Bruns 2016).

4.2.3 Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik

Die Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik hat seit 2010 starke Beachtung erfahren. Es bestehen dennoch weitere Forschungsbedarfe sowie die Notwendigkeit einer besseren Verknüpfung mit anderen Themenfeldern und Wissenschaftsdiskussionen. Mit Dietrich (1998) und verschiedenen anderen Beiträgen der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (beispielsweise FFM 1995 und FFM 1996) lagen bereits frühzeitig Befunde zu den Exterritorialisierungstendenzen und -prozessen der EU- bzw. frühen EG-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik vor. Ein wesentliches Problem bestand darin, dass diese wichtigen Beiträge in den folgenden Jahren kaum rezipiert wurden. Heute sind sie als „empirische Spuren“ für ein besseres zeitgeschichtliches Verständnis der Exterritorialisierung aber außerordentlich wertvoll.

Zwischen den frühen Arbeiten der FFM und den fast zwanzig Jahren später vor allem im Kontext der zweiten und dritten Osterweiterung der EU und der Nachbarschaftspolitik der EU entstandenen Beiträgen (siehe u.a. Zichner/Bruns 2011, Geiger 2011 sowie Happ/Bruns 2016 und Bruns/Zichner 2016) wurde in der deutschsprachigen Wissenschaft fast überhaupt nicht zum Exterritorialisierungsprozess und dessen Folgen auf Flüchtlinge (und auch MigrantInnen) publiziert., obwohl sich die EU in diesem Zeitraum dynamisch und entscheidend weiter entwickelt, vergrößert und ihren Einfluss auf andere Staaten erheblich ausgebaut hat.

Eine Forschungsnotwendigkeit besteht darin, stärker als bislang die teils sehr rasante und dynamische Politikentwicklung der EU im Blick zu behalten, direkt zu reflektieren, sowie historische einzuordnen. Hier fällt das bereits erwähnte Fehlen stärker historisierender und historischer Analysen besonders auf. Zu den wenigen Ausnahmen zählen die Arbeiten von Pudlat (2010/2013) zur Veränderung des Grenzschutzes in Deutschland und Europa sowie der historischen Evolution des Schengener Grenzschutzsystems. Ein überwiegender Teil der aktuellen Exterritorialisierungsdiskussion fokussiert außerdem eher auf die *grand strategies* der EU (beispielsweise die Europäische Nachbarschaftspolitik). In den vergangenen Jahren sind allerdings in kurzer Abfolge sehr viele neue und oft kleinteiligere Politikprozesse entstanden, die ebenfalls räumlich orientiert sind – etwa die sogenannten Mobilitätspartnerschaften (siehe unter anderem Brocza/Paulhart 2015) – und sich ebenfalls auch auf Flüchtlinge und Grenzschutz auswirken. Diese sind allerdings in der bisherigen Exterritorialisierungsforschung noch nicht eingehender thematisiert worden.

Das Thema der Exterritorialisierung der EU-Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik nimmt unter den in diesem Bericht identifizierten Schwerpunktthemen sicherlich eine Sonderrolle ein. Die frühzeitig verfassten Arbeiten (z.B. FFM 1995), sind vornehmlich auf Deutsch und als graue Literatur, also nicht in wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht worden. Ihre Rezeption blieb daher innerhalb wie außerhalb des deutschsprachigen Raumes stark begrenzt. Anders die deutschsprachige Forschungsliteratur zur Exterritorialisierung von Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik. Viele dieser Beiträge sind direkt oder ebenfalls auf Englisch verfasst worden (Geiger 2010; Hess 2010; Georgi 2010; Zichner/Bruns 2011; Happ/Bruns 2016; Bruns/Zichner 2016) und werden in der internationalen englischsprachigen Forschungsliteratur stark rezipiert (siehe unter anderem Hall 2013; de Jong 2016; Zaiotti 2016; Bradley 2017). Zugleich basieren sie auf englischsprachiger Wissenschaftsliteratur und stehen damit exemplarisch für den in diesem Themenbereich erreichten Vernetzungsgrad der deutschsprachigen Forschung. Ein wesentlicher Bedarf besteht darin, diese Expertise auch auf nicht-europäische bzw. nicht durch die EU vorangetriebene Politikentwicklungen und Exterritorialisierungsbestrebungen auszuweiten. So gibt es bislang, von wenigen Ausnahmen abgesehen (beispielsweise Garnier 2014; Koch 2014) kaum deutschsprachige WissenschaftlerInnen, die sich beispielsweise mit

Exterritorialisierung im australischen oder US-amerikanischen Fall befassen (siehe Weber 2007, McAdam 2013, Frelick et al. 2016, Zaiotti 2016 für einige Beispiele der englischsprachigen Literatur).

4.2.4 Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik

Seit ca. 2010 hat sich die Forschung zu den Akteuren der europäischen und internationalen Grenz- und Asylpolitik erheblich ausgeweitet und intensiviert. Die erste Phase einer Beforschung der grenz-, flüchtlings- und migrationspolitischen Akteure und Institutionen in den frühen 1990er Jahren, angelegt in den Beiträgen unter anderem von Busch (1990) und Diederich (1991), ist allerdings ohne größere Rezeption geblieben. Dies erschwert eine stärker historisierende Diskussion und ein tieferes Verständnis der Herausbildung der für die EU so charakteristischen Externalisierung, dem Übertrag von Steuerungsaufgaben auf Nicht-EU-Akteure – unter anderem mit dem Ziel der Exterritorialisierung, der räumlichen Verlagerung von Steuerung.

Die Forschung zu Frontex bleibt dominant und es liegt mittlerweile eine umfassende Diskussion und ein tiefer gehendes Verständnis dieser erst 2005 gegründeten Agentur vor, die der Kalkulation (aber auch strategisch intendierten De-Politisierung von ‚Risiken‘ – gemeint sind Fluchtbewegungen/Migration, und damit Grenzübertritte) (Belina/Miggelbrink 2013) bis hin zur Rolle von Frontex bei Seerettung (Seehase 2015) reichen.

Ein wesentlicher Forschungsbedarf besteht im Hinblick auf die Rolle und Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die bislang weitestgehend unerforscht geblieben sind, insbesondere was deren Rolle innerhalb des Grenzregimes und ihren eventuellen Beitrag zu Abwehr- und *Containment*-Strategien anbelangt. Der Sammelband Mratschkowski (2017) adressiert als eine der ersten in Deutschland erschienenen Übersichten eine wichtige Forschungslücke, denn es sind vor allem NGOs, die direkt mit Flüchtlingen arbeiten, bzw. sich für diese einsetzen. Zugleich stellen NGOs die wichtigsten Kooperations- und Implementationspartner internationaler Organisationen wie beispielsweise IOM und UNHCR dar. Vor Ort, in Drittstaaten, sind es vor allem NGOs, die unterstützt durch spezifische Mittelzuweisungen der EU, Aktivitäten der EU umsetzen. Hierzu zählen sowohl humanitäre als auch steuerungs- und abwehrorientierte Aktivitäten (u.a. Rückkehr und Umsiedlung von Flüchtlingen, Unterstützung von Opfern des Menschenhandels). Unerforscht sind insbesondere die Rolle und die Aktivitäten privatwirtschaftlicher Unternehmen im Bereich Flucht und Grenze. Auch in Bezug auf deren Engagement besteht dringender Forschungs- und Nachholbedarf, da diese mittlerweile stark in die Vergabe von Reisedokumenten sowie die biometrische Erfassung von Flüchtlingen in Aufnahmelagern, deren ‚Bewachung‘ und Management involviert sind.

In Ergänzung zu Forschungsarbeiten zu NGOs, privaten Unternehmen, der weiteren kritischen Begleitung von Frontex, einer weitergeführten Analyse von IOM, UNHCR und anderen internationalen Akteuren erscheint auch eine gewisse ‚Renationalisierung‘ der Forschung zu Institutionen angezeigt. Mit der intensiven Forschung zu Frontex und zur EU ist fast in Vergessenheit geraten, dass Frontex entlang den europäischen Grenzen weiterhin mit nationalen Grenzschutzbehörden operiert und auf diese angewiesen bleibt; Grenz-, Flüchtlings- und Migrationspolitik wird in erster Linie auch in den Mitgliedsstaaten gesteuert und dort umgesetzt. Nur wenige Arbeiten liegen dagegen zu anderen Institutionen vor, etwa dem deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Zu dessen Funktion bei der Produktion von Wissensbeständen zu Migration, Asyl und Flucht liegen wichtige

Arbeiten von Schneider (2010) und Boswell (2012) vor. In Bezug auf Arbeitsmigration bietet Parusel 2010 eine relevante Studie, die das Zusammenspiel zwischen EU-Institutionen in diesem Politikbereich herausarbeitet. Es wäre interessant, eine ähnliche Studie auch für den Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu erstellen, um weitere EU-Institutionen (und nicht nur Frontex), allen voran die Europäische Kommission, und deren Rolle und Aktivitäten im Bereich Grenze und Flucht herauszuarbeiten. Mit der „Selbstlegitimation“ der EU-Kommission im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik geht die Dissertation von Katerkamp (2016) erste wichtige Schritte in diese Richtung. Auch Beiträge wie Giegerich/Müller (2016) zum Einsatz deutscher Beamter zur Bearbeitung von Asylanträgen in den sogenannten *hot spots*, zur „Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise“ (und Beobachtungen zur „Agilität des deutschen Verwaltungssystems“) bei Hahlen/Kühn (2016), zum „soziologischen Blick auf Verborgenes“ bei der Verwaltung und Entscheidung über Asylanträge (Dahlvik 2016) oder zu der Frage, ob sich im Zuge des Europäischen Asylsystems ein neues europäisches Verwaltungsfeld herausbildet (Lahusen 2016), stellen wichtige Ergänzungen und Ausgangspunkte zur Erweiterung der Exterritorialisierungs- und akteursbezogenen Diskussion dar, die ein besseres Verständnis der sogenannten *street-level politics* zu Flucht und Grenze ermöglichen.

Im internationalen Vergleich nimmt die deutschsprachige Forschungspraxis zum Schwerpunktthema der Akteure europäischer und internationaler Grenz- und Flüchtlingspolitik ebenso wie die bereits angesprochene Diskussion zu Exterritorialisierung eine Sonderstellung ein. Auf sie wird international in der englischsprachigen Literatur häufig verwiesen, im Wesentlichen erneut dadurch begünstigt und ermöglicht, dass viele Beiträge entweder direkt oder später auch auf Englisch erschienen (beispielsweise Hess 2010; Kasperek 2010; Cuttitta 2010; Geiger 2010), und viele dieser Forschungsarbeiten unmittelbar selbst aus einer mittlerweile stark vernetzten gemeinsamen internationalen Forschung mit englischsprachigen KollegInnen hervorgegangen sind. Viele wichtige Beiträge (unter anderem Seehase 2015; Lahusen 2016; Mratschkowski 2017) sind bisher allerdings nicht stärker international rezipiert worden, viele dieser Beiträge entstanden auch erst kürzlich, in den vergangenen drei bis fünf Jahren, und wurden ausschließlich auf Deutsch verfasst.

Trotz des Umstands, dass die deutschsprachige Forschung auf dem Gebiet der Erforschung der Akteure des europäischen und internationalen Grenz- und Flüchtlingsregimes eine starke Beachtung erfährt und sogar führend ist, fällt auf, dass sich deutschsprachige AutorInnen in ihren englischsprachigen Beiträgen bislang kaum eingehender mit Nichtregierungsorganisationen oder privatwirtschaftlichen Unternehmen und deren Rolle auseinandergesetzt haben, der Fokus bislang stark auf Arbeiten zu internationalen Organisationen (Fokus IOM, ICMPD und UNHCR: siehe unter anderem Georgi 2010; Hess 2010) lag, während es in der englischsprachigen Literatur zu diesen Akteursgruppen bereits mehrere, auch in der deutschsprachigen Literatur stark rezipierte Beiträge gibt (Lahav 2000; Lester 2005; Scholten/Minderhoud 2008; Libal/Harding 2011; Wolff 2016).

4.2.5 Technologisierung von Grenzen und Flucht

In Bezug auf das Thema der Technologisierung, des steigenden Technologieeinsatzes an Grenzen und der technologischen „Aufrüstung“ von Grenzen, und den Konsequenzen auf Flucht und Flüchtlinge lässt sich feststellen, dass die bereits in den 1990er Jahren erschienenen Kurzbeiträge und kritischen Darstellungen zur Technologisierung des europäischen Grenz- und Asylregimes (beispielsweise durch die FFM und einzelne kritische Rechts- und Kriminalwissenschaftler) bislang kaum Rezeption erfahren haben. Die Beiträge von Gössner (1990) und Busch (1998a/1998b) erlauben beispielsweise, die ersten Schritte zum Schengener Informationssystem nachzuvollziehen. Auch aufgrund der fehlenden Rezeption früherer Forschung bleibt die Technologisierung von Grenzen in der deutschsprachigen Forschung das noch mit Abstand am wenigsten entwickelte Thema zu Grenze und Flucht.

In vielen Beiträgen wird zwar auf den steigenden Technologieeinsatz im europäischen Grenz- und Flucht-/Asylregime eingegangen (siehe unter anderem Bendel 2014), die Diskussion von Technologien und Technologiefolgen ist bislang allerdings noch kaum in den Mittelpunkt gestellt worden. Die wenigen Veröffentlichungen, die sich tatsächlich eingehender mit Grenzschutztechnologien und der Entstehung neuer technologischer Grenzen (Breljak 2017), etwa am Beispiel der EURODAC-Datenbank (Tsianos 2015; Tsianos/Kuster 2016) oder mit der Entwicklung einer „smart border“ (Sontowski 2017) auseinandersetzen, verweisen auf die dringende Notwendigkeit, diesen Technologieeinsatz stärker zu reflektieren. Nur durch eine intensivere Forschungsarbeit, wie etwa in Heinemann/Weiß (2016) (dem ersten Sammelband zur biotechnologischen Überwachung im spezifischen Fall Migration und Flucht) vorgeschlagen, kann die Wissenschaft überhaupt in die Lage versetzt werden, zu diesen Entwicklungen Stellung zu beziehen und den weiteren Technologieeinsatz und -aufbau kritisch zu begleiten.

Die insgesamt verhältnismäßig wenigen Veröffentlichungen, die bislang in der deutschsprachigen Forschung zur Technologisierung von Grenzen und Flucht vorliegen, werden in der englischsprachigen Forschung bislang noch kaum wahrgenommen. Dies hat u.a. damit zu tun, dass diese Arbeiten, unter ihnen auch englischsprachige Beiträge (siehe unter anderem Sontowski 2017) erst vor relativ kurzer Zeit entstanden sind. Insgesamt zählt die Technologisierung von Grenzen darüber hinaus auch in der englischsprachigen Literatur zu einem der erst seit jüngster Zeit tatsächlich eingehender diskutierten Themenfelder (Dijstelbloem et al. 2011, Bigo et al. 2012, Amicelle et al. 2015, Lehtonen/Aalto 2017), obwohl einige wegweisende und in der deutschsprachigen Literatur auch rezipierte Beiträge (vgl. unter anderem Heinemann/Weiß 2016; Tsianos/Kuster 2016a/b) bereits in den frühen 2000er Jahren entstanden sind, darunter unter anderem Walters (2004) und Broeders (2007).

4.2.6 Handlungsfähigkeit von Flüchtlingen, Protest und Widerstand gegen Grenzen

Wie das Thema Grenztechnologie stellt auch die Diskussion zu Selbstbestimmtheit und Handlungsfähigkeit (Autonomie und *Agency*) von MigrantInnen und Flüchtlingen eine erst seit jüngerer Zeit intensiver verfolgte Forschungsrichtung dar. Trotz des Anspruchs der „kritischen“ Migrations- und Grenzregimeforschung, MigrantInnen und Flüchtlinge in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen (siehe unter anderem Hess 2005, Tsianos/Karakayali 2008/2010), liegen auch aus dem *Kritnet* überwiegend Arbeiten vor, die sich eher oder ausschließlich mit Institutionen (EU, Frontex, IOM etc.) oder größeren Politikprozessen befassen. Von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. u.a. Klepp 2008/2012, Andrijasevic 2007) tendieren viele Beiträge dazu, weiterhin das Bild von Flüchtlingen als Objekten oder „Spielbällen“ der Politik zu reproduzieren anstatt das Zusammenspiel von Institutionen und den eigentlichen Akteuren des Fluchtgeschehens, den Flüchtlingen, empirisch zu untersuchen, und Flüchtlinge tatsächlich in den Mittelpunkt der Forschung zu stellen. Es besteht eine ausgeprägte Forschungslücke zu der Frage, wie Institutionen tatsächlich versuchen, die Handlungsautonomie und Selbstständigkeit von Flüchtlingen steuernd zu beeinflussen und welche Möglichkeiten Flüchtlinge besitzen, sich dem zu entziehen.

Kaum herausgearbeitet wurde bisher auch das Verhältnis der *Agency*- und Autonomiebezogenen Forschung zu und der Relevanz ihrer Ergebnisse für die schon seit Jahrzehnten bestehende *no border*-Diskussion (vgl. u.a. Bauder 2013 und Cassee 2016) insbesondere in Bezug auf deren Engagement für Flüchtlinge und gegen restriktive Grenzschutzmaßnahmen. Es fehlen weitgehend noch Arbeiten dazu, inwieweit die Diskussion zur Auflösung von Grenzen die Handlungsautonomie und Selbstbestimmtheit von Flüchtlingen und MigrantInnen einbezieht, und es ist gleichzeitig unklar, ob und inwieweit die *Agency* und Handlungsautonomie-Diskussion überhaupt auch eine *no border*-Diskussion ist.

Ein weiterer wichtiger Forschungsbedarf besteht außerdem für die Frage, wie sich die Diskussion um *Agency* und Autonomie von Flüchtlingen und MigrantInnen zur Entstehung neuer ‚humanitärer Grenzen‘ und der Transformation von restriktiv-repressiven Akteuren des Grenz- und Asylregimes hin zu (quasi-)humanitären ‚Rettungsorganisation‘ (beispielsweise Frontex) verhält. Frontex hat sich, nach langer Zeit der Kritik unter anderem auch vonseiten der internationalen Forschung zu Grenzen, Flucht und Migration, ein Konsultativforum mit Nichtregierungsorganisationen gegeben, um in Zukunft den Menschen- und Flüchtlingsrechten zu entsprechen bzw. besser Rechnung zu tragen (Keßler 2016). Hier ist und bleibt die kritische wissenschaftliche Forschung weiter gefragt: Sind solche Entwicklungen und Orientierungen tatsächlich als neue humanitäre Ausrichtungen und bisherige Grenzakteure wie Frontex nun auch als humanitäre Organisationen aufzufassen, und was bedeutet dies sowohl politisch als auch wissenschaftlich? Sind Institutionen wie Frontex wirklich aufgrund der jahrelangen Kritik unter anderem der Wissenschaft, in ihren Aktivitäten stärker am Schutz der Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen orientiert und zu humanitären Akteuren geworden?

In der internationalen englischsprachigen Literatur werden die bislang im deutschsprachigen Raum entstandenen Beiträge zur Handlungsfähigkeit und dem Protest von Flüchtlingen gegen Grenzschutzmaßnahmen kaum wahrgenommen, obwohl einige Beiträge auch auf Englisch erschienen sind (siehe unter anderem Papadopoulos/Tsianos 2008; siehe außerdem auch Bauder 2013; Siebold 2017). Flüchtlinge und deren Handlungsfähigkeit, Protest und Widerstand gegen Grenzschutzmaßnahmen als ein zusammenhängendes Themenfeld stehen allerdings auch international noch weitgehend am Anfang einer tatsächlichen Entwicklung und intensiveren Thematisierung (unter anderem Brees 2010; Stock 2013; Sampson/Gifford/Taylor 2016). Die internationale englischsprachige Forschung und die Forschung deutschsprachiger WissenschaftlerInnen sind bislang noch weitgehend unverbunden, es bedarf eines stärkeren Wissenstransfers in beide Richtungen.

5. Ausblick und forschungspolitische Konsequenzen

Wie der vorliegende Bericht deutlich macht, ist in der deutschsprachigen Forschung erst sehr zögerlich ein Forschungsbereich zu Grenze und Flucht entstanden. Während allerdings mittlerweile wichtige, auch international rezipierte Beiträge zur rechtlichen Entwicklung des EU-Grenz- und flüchtlingspolitischen Regimes, zur Exterritorialisierung von Grenz- und flüchtlingsbezogenen Maßnahmen und auch zu den Akteuren der europäischen und internationalen Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik vorliegen, sind einzelne andere Teilaspekte (beispielsweise Technologisierung von Grenzen, Konsequenzen von Technologisierung auf Flucht und Flüchtlinge), noch weitgehend unbeachtet.

Insgesamt wird die deutschsprachige Forschung bislang nur ansatzweise international wahrgenommen und rezipiert. Teilweise liegt dies daran, dass die meisten Beiträge zu aktuelleren Entwicklungen erst vor kurzem veröffentlicht worden sind, in vielen Fällen ist die mangelnde Rezeption deutschsprachiger Forschung aber auch vor allem darauf zurückzuführen, dass WissenschaftlerInnen aus dem deutschsprachigen Raum über lange Zeit hinweg ausschließlich auf Deutsch veröffentlicht haben und auch heute noch wichtige Beiträge ausschließlich auf Deutsch erscheinen. Englische Publikationen erscheinen dagegen meist verzögert oder in Kurzform. Gleichzeitig verlaufen Diskussionen innerhalb der deutschsprachigen Forschung in vielen Fällen noch weitgehend unabhängig von der internationalen Forschung. Eine Ausnahme stellt das Netzwerk zur kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung „Kritnet“ dar, das mittlerweile stark international vernetzt ist, in zunehmendem Maße auch auf Englisch publiziert und stark auf englischsprachige Arbeiten Bezug nimmt.

Wie ausführlich in diesem Bericht herausgearbeitet, bestehen auf mehreren Feldern größere Forschungslücken und Forschungsbedarfe. Insbesondere besteht

(1) die Notwendigkeit einer vermehrt international vergleichenden und dem Mehrebenen-Charakter von Grenz- und Flüchtlingspolitik stärker Rechnung tragenden Forschung. Bislang dominieren in der deutschsprachigen Forschung Einzel- und typischerweise Länderstudien, die vorrangig auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten bezogen sind. Forschungsarbeiten zu außereuropäischen Ländern und komparative Arbeiten sind auszuweiten, während zugleich stärker als bisher berücksichtigt werden sollte, dass Grenz-, Flüchtlings- und Asylpolitik in zunehmendem Maße nicht mehr alleine durch die nationalstaatliche Ebene bestimmt wird, sondern sich typischerweise als das Resultat von Mehrebenenprozessen und transnationalen Prozessen darstellten.

(2) Im Anschluss daran besteht außerdem ein Bedarf an stärker historisierender und methodisch reflektierender Forschung: Ein Großteil der bislang vorliegenden Arbeiten zeichnet sich durch Perspektiven aus, die noch zu wenig an größeren thematischen insbesondere auch längeren zeitlichen Einbettungen der Forschungsergebnisse interessiert sind. Beispielsweise ist es zwar wichtig, die Aktivitäten von Frontex zu erforschen und zu diskutieren. Diese Forschung gilt es aber auf andere Akteure der europäischen Grenz- und Flüchtlingspolitik auszuweiten, darunter andere maßgebliche und teilweise weitaus relevantere Institutionen (unter anderem Rat und Kommission) sowie die EU-Mitgliedstaaten und deren Institutionen (u.a. Grenzschutzagenturen) selbst. Bisher versäumt es die Forschung auch, die zahlreichen „Vorstufen“ der Frontex-Entwicklung (etwa TREVI) mit zu betrachten. Viele bereits vorhandene Forschungsergebnisse der deutschsprachigen und internationalen Literatur (beispielsweise der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration in den 1990er Jahren) bleiben bisher unberücksichtigt. Letztlich ermöglicht erst ein thematisch und zeitlich breiter angelegter Zugang das Verständnis der aktuellen Entwicklungen und Bestimmungsfaktoren von Grenz- und Flüchtlingspolitik, und daraus abgeleitete sachlich fundierte Aussagen und Prognosen für künftige Entwicklungen.

(3) Zusätzlich sollte sich deutschsprachige Forschung in den kommenden Jahren stärker als bisher an der internationalen und insbesondere englischsprachigen Forschung beteiligen. Es mangelt zunächst aber auch selbst innerhalb der deutschsprachigen Forschung noch an der Rezeption früherer deutschsprachiger Veröffentlichungen (beispielsweise aus den 1990er Jahren zu Grenzschutzmaßnahmen). Dazu tritt erschwerend noch dazu, dass in der deutschsprachigen Forschung eigentlich (mit) initiierte Forschungsrichtungen (etwa zu neuen Regierungsweisen, Governance, Raum- und Grenzkonstruktion, Transnationalisierung etc.) noch nicht oder nur in sehr wenigen Beiträgen auf die Diskussion zu Grenze und Flucht übertragen worden sind. Während außerdem, wie bereits angesprochen, die deutschsprachige Forschung noch zu wenig an der internationalen englischsprachigen Forschungsdiskussion beteiligt ist. Viele Beiträge erschienen bislang ausschließlich auf Deutsch und es ist in vielen Fällen ausschließlich die „jüngere“ Forschungsgeneration oder auch direkt die „Kritnet“-Generation, die seit 2010 verstärkt auf internationalen Tagungen Forschungsbeiträge zu Grenze und Flucht diskutiert und regelmäßig auch auf Englisch und in anderen Sprachen veröffentlicht.

Angesichts der hohen Investitionen in Grenzschutzmaßnahmen und der sehr ernsten, teilweise sogar tödlichen Konsequenzen von Grenzschutzmaßnahmen und -technologien für Flüchtlinge ist es erforderlich, dass sich die deutschsprachige Forschung stärker als bisher mit dem Zusammenhang zwischen Grenze und Flucht befasst. Zugleich hat gerade die Diskussion der europäischen Flüchtlings- und Migrations- aber auch *Grenzkrise* von

2015-2016 gezeigt, wie außerordentlich relevant die Forschung zu Grenze und Flucht ist und welche übergeordnete politische und vor allem gesellschaftliche Bedeutung diesem Themenzusammenhang zukommt.

Forschungspolitisch ergibt sich daher ganz deutlich die Notwendigkeit einer stärkeren und gezielteren Förderung der Forschung zu Grenze und Flucht. Erst dann wird Wissenschaft tatsächlich in die Lage versetzt, der Komplexität und Relevanz des Zusammenhangs Grenze und Flucht gerecht werden und ihr Wissen mit Politik, Praxis und Öffentlichkeit teilen zu können. Der in diesem Bericht dargelegte Forschungsstand, die großen bestehenden Lücken, die Defizite fehlender Vernetzung und internationaler Rezeption sind letztlich gerade darauf zurückzuführen, dass die Flüchtlingsforschung im deutschsprachigen Raum allgemein (siehe Kleist 2017) noch in den Kinderschuhen steckt und dieses Problem insbesondere auch den Zusammenhang Grenze und Flucht betrifft, zu dem bislang noch weitaus weniger als zu Flucht allgemein geforscht und publiziert worden ist.

Die mittlerweile eingetretene, unmittelbar durch die gesellschaftliche und politische Flüchtlings- und Grenzdiskussionen der Jahre 2015/2016 ausgelöste massive Zunahme von wissenschaftlichen Forschungsprojekten zu Flucht (siehe Kleist 2018) ist aufgrund der hohen Relevanz des Themas zu begrüßen. Allerdings schließt sich der Verfasser der Meinung von Kleist 2018 an, der betont, dass Flüchtlingsforschung längerfristig anzulegen ist. Forschungsprojekte sind in aller Regel auf kurze Dauer angelegt und viele der neu initiierten und derzeit laufenden Projekte zeichnen sich erneut dadurch aus, dass diese thematisch oft sehr stark fokussiert und auf einzelne Teilaspekte „verengt“ sind, während es weiterhin an Projekten mangelt, die längerfristig angelegt sind und thematisch größere Zusammenhänge abdecken.

Der Komplexität und hohen Relevanz des Themenzusammenhangs Grenze und Flucht kann die deutschsprachige Forschung nur dadurch besser gerecht werden, wenn sie längerfristig aufgebaut, ausgeweitet, nachhaltig vernetzt und insgesamt auch finanziell und personell (unter anderem Schaffung von Lehrstellen zu Grenze und Flucht) stärker als bislang unterstützt wird.

Literaturverzeichnis

Ackermann, Volker (1995), *Der „echte“ Flüchtling: deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961*, Osnabrück.

Algieri, Franco (1992), Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union. Probleme und Perspektiven nach Maastricht, *Integration*, 15 (4), 246-250.

Al-Ali, Nadjeh/Black, Richard/Koser, Khalid (2010), The limits to 'transnationalism': Bosnian and Eritrean refugees in Europe as emerging transnational communities, *Ethnic and Racial Studies*, 578-600.

Amicelle, Anthony et al. (2015), Questioning security devices: performativity, resistance, politics, *Security dialogue*, 46 (4), 293-306.

Amoore, Louise (2006), Biometric borders: Governing mobilities in the war on terror, *Political Geography*, 25, 336-351.

Andersson, Hans/Nilsson, Susana (2011), Asylum Seekers and Undocumented Migrants' Increased Social rights in Sweden, *International Migration*, 49 (4), 167-188.

Andrijasevic, Rutvia (2007), Das zur Schau gestellte Elend. Gender, Migration und Repräsentation in Kampagnen gegen den Menschenhandel, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, 121-140.

Angenendt, Steffen (2000), Globalisierung und Wanderungsbewegungen. Zusammenhänge, Probleme und Handlungsmöglichkeiten, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.), *Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung*, Opladen, 32-46.

Angenendt, Steffen/Parkes, Roderick (2009), *EU-Migrationspolitik nach Lissabon und Stockholm. Neue Kompetenzen, Bessere Politik?*, Berlin.

Arendt, Hannah (1943), *Wir Flüchtlinge*, Nachdruck in: Knott, Marie Luise (Hrsg.) (1999): *Zur Zeit. Politische Essays*, 7-22.

Bach, Maurizio (2010), Die Konstitution von Räumen und Grenzbildung in Europa. Von verhandlungsresistenten zu verhandlungsabhängigen Grenzen, in: Eig Müller, Monika/Mau, Steffen (Hrsg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Wiesbaden, 153-178.

Bade, Klaus J. (1992) (Hrsg.), *Deutschland im Ausland. Fremde in Deutschland*, München.

Bade, Klaus K. (1994), *Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandaufnahme*, München.

Bade, Klaus J. (2015), Zur Karriere und Funktion abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25, 3-8.

Barber, Pauline Gardiner/Bryan, Catherine (2017), International Organization for Migration in the field: 'walking the talk' of global migration management in Manila, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 44 (10), 1-18.

Bartels, Dietrich (1968), Türkische Gastarbeiter aus der Region Izmir. Zur raumzeitlichen Differenzierung der Bestimmungsgründe ihrer Aufbruchentschlüsse, *Erdkunde*, 22, 313-324.

Bauböck, Rainer (1997), Notwendige Öffnung und legitime Schließung liberaler Demokratien, *European Journal of Sociology*, 38 (1), 71-103.

Bauböck, Rainer (2004), Migration und innere Sicherheit. Komplexe Zusammenhänge, paradoxe Effekte und politische Simplifizierungen, *österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33 (1), 49-66.

Bauder, Harald (2013), The Possibilities of Open and No Borders, *Social Justice*, 39 (4), 76-128.
Baumann, Mechthild (2006), *Der deutsche Fingerabdruck. Die Rolle der deutschen Bundesregierung bei der Europäisierung der Grenzpolitik*, Baden-Baden.

Belina, Bernd (2010), Wie und warum Staat Sicherheit produziert. Dargestellt anhand der Versicherunglichung grenzüberschreitender Mobilität seitens der EU und der so produzierten Räume des Risikos, *Geographica Helvetica*, 65 (3), 189-187.

Belina, Bernd (2014), Sicherheit durch Grenzen überall?, *Geographische Rundschau*, 66 (9), 30-36.

Belina, Bernd/Miggelbrink, Judith (2013), Risk as a technology of power. FRONTEX as an example of the de-politicization of EU migration regimes, in: Müller-Mahn, Detlef (Hrsg.), *The spatial dimension of risk. How geography shapes the emergence of risks*, London, 124-136.

Bendel, Petra (2006), Herausforderungen der EU-Migrationspolitik nach der Osterweiterung, in: Sturm, Roland (Hrsg.), *Die Neue Europäische Union. Die Osterweiterung und ihre Folgen*, Opladen, 145-156.

Bendel, Petra (2014), Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Menschenrechte?, Zugang zum Territorium und zu einem fairen Asylverfahren in der Europäischen Union, *Zeitschrift für Menschenrechte*, 8 (2), 84-101.

Bethlehem, Siegfried (1982), *Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiterzuwanderung: Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart.

Betts, Alexander (2009), *Protection by Persuasion, International Cooperation in the Refugee Regime*, Cornell.

Betts, Alexander/Loescher, Gil (2011), *Refugees in International Relations*, Oxford.

Bigo, Didier et al. (2012), Justice and home affairs databases and a smart borders system at EU external borders, an evaluation of current and forthcoming proposals, in: Bigo, Didier et al. (Hrsg.), *CEPS paper in liberty and security in Europe*, Brüssel, 1-90.

Bitterli, Urs (2004), *Die ‚Wilden‘ und die ‚Zivilisierten‘. Grundzüge einer Geistes- und Kulturgeschichte der europäisch-überseeischen Begegnung*, München.

Black, Richard (2001), Fifty Years of Refugee Studies: From Theory to Policy, *The International Migration Review*, 35 (1), 57-78.

Blatter, Joachim (2001), Debordering the World of States: Towards a Multi-Level System in Europe and a Multi-Polity System in North America?, *Border Regions European Journals of International Relations*, 7 (2), 175-209.

Bogumil, Jörg (2016), Verwaltungshandeln in der Flüchtlingskrise. Die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und die Zukunft des Verwaltungsvollzugssystems Asyl, *Verwaltung und Management*, 22 (3), 126-136.

Bös, Mathias (1997), *Migration als Problem offener Gesellschaften. Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika*, Wiesbaden.

Bommes, Michael/Halfmann, Jost (1998), Einführung. Migration, Nationalstaat, Wohlfahrtsstaat. Eine theoretische Herausforderung für die Migrationsforschung, in: Bommes, Michael/Halfmann, Jost (Hrsg.), *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und Vergleichende Untersuchungen*, Osnabrück, 9-45.

Bosworth, Mary (2008), Border Control and the Limits of State Sovereignty, *Social & Legal Studies*, 2, 199-215.

Brachet, Julien (2016), Policing the desert: The IOM in Libya beyond war and peace, *Antipode*, 48 (2), 272-292.

Bradley, Megan (2017), The International Organization for Migration (IOM): gaining power in the forced migration regime, *Refuge: Canada's Journal on Refugees*, 33(1), 97-106.

Brees, Inges (2010), Refugees and Transnationalism on the Thai-Burmese Border, *Global Networks*, 10 (2), 282-299.

Breljak, Anja (2017), Subjektivierungsgefüge Grenzkontrolle. Warten, sich ausweisen, weitergehen?, *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 3 (1), 205-214.

Brocza, Stefan/Paulhart, Katharina (2015), EU mobility partnerships: a smart instrument for the externalization of migration control, *European Journal of Futures Research*, 3-15.

Broeders, Dennis (2007), The new digital borders of Europe: EU databases and the surveillance of irregular migrants, *International Sociology*, 22 (1), 71-92.

Brunet-Jailly, Emmanuel (2004), NAFTA, economic integration, and the Canadian-American security regime in the post-September 11, 2001 era: Multi-Level Governance and Transparent Border?, *Journal of Borderlands Studies*, 19 (1), 123-142.

Buckel, Sonja (2012), Managing Migration. Eine intersektionale Kapitalismusanalyse am Beispiel der Europäischen Migrationspolitik, *Berliner Journal für Soziologie*, 22 (1), 79-100.

Buckel, Sonja (2013), „Welcome to Europe“ – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. *Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“*, Bielefeld.

Bühl, Walter L. (1990), Deutschland als föderativer und transnationaler Staat, *Zeitschrift für Politik*, 37 (3), 233-263.

Bühl, Walter L. (1995), Internationale Regime und europäische Integration, *Zeitschrift für Politik*, 42 (2), 122-148.

Bürkner, Hans-Joachim et al. (1997), Geographische Aussiedlerforschung in den achtziger und neunziger Jahren, in: Güßefeldt, Jürgen (Hrsg.), *Geographie in der Grundlagenforschung und als Angewandte Wissenschaft*, Göttingen, 215-231.

Bruns, Bettina/Zichner, Helga (2016), That's what friends are for. External migration management of the European Union in its eastern neighbourhood, in: Axyonova, Vera (Hrsg.), *European engagement under review. Exporting values, rules, and practices to the post-Soviet space*, Stuttgart, 151-176.

Busch, Heiner (1990), Europa. Ein Mekka der Kriminalität? EG-Grenzöffnung und internationale Polizeikooperation, *Kritische Justiz*, 23 (1), 1-13.

Busch, Heiner (1991), Schengener Abkommen, *Bürgerrechte und Polizei/Cilip*, 40 (3), 9-14.

Busch, Heiner (1998a), Die elektronischen Instrumente der Abschiebung, *Bürgerrechte und Polizei/Cilip*, 59 (1), 17-23.

Busch, Heiner (1998b), Hart an der Grenze, *Bürgerrechte und Polizei/Cilip*, 60 (2), 20-28.

Carr, Bridget (2016), Refugees Without Borders: Legal Implications of the Refugee Crisis in the Schengen Zone, *Michigan Journal of International Law*, 38 (1), 137-160.

Carstensen-Egwuom, Inken (2014), Exklusion durch eingeschränkte Bewegungsfreiheit. „Residenzpflicht“ für Asylsuchende und Geduldete in Deutschland, *Geographische Rundschau*, 66 (10), 38-42.

Casas-Cortes, Maribel/Cobarrubias, Sebastian/Pickles, John (2016), Good neighbours make good fences': Seahorse operations, border externalization and extra-territoriality, *European Urban and Regional Studies*, 23(3), 231-251.

Cassee, Andreas (2016), *Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen*, Berlin.

Chimni, B. S. (2009), The Birth of a 'Discipline': From Refugee to Forced Migration Studies, *Journal of Refugee Studies*, 22 (1), 11-29.

Classen, Claus Dieter (1995), Der Verweis auf Drittstaaten. Eine offene Flanke der europäischen Asylrechtsabkommen?, *Archiv des Völkerrechts*, 33 (1-2), 219-244.

Cremer, Hans-Joachim (1998), Internal Controls and Actual Removals of Deportable Aliens. The Current Legal Situation in the Federal Republic of Germany, in: Hailbronner, Kay/Martin, David A./Motomura, Hiroshi (Hrsg.), *Immigration Controls. The Search for Workable Policies in Germany and the United States*, Providence, 45-115.

Cuttitta, Paolo (2010), Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 23-40.

Dangschat, Jens (1998), Warum ziehen sich Gegensätze nicht an?: Zu einer Mehrebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Die Krise der Städte: Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*, Frankfurt, 21-96.

Dahlvik, Julia (2016), Asylanträge verwalten und entscheiden: der soziologische Blick auf Verborgenes, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 2016, Vol.41(Supplement 2), 191-205.

de Jong, Sara (2016), Converging Logics? Managing Migration and Managing Diversity, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 24 (3), 341-358.

Dietrich, Helmut (1998), Deutsch-polnische Polizeikooperation, *Bürgerrechte und Polizei/Cilip*, 59 (1), 47-58.

Dijstelbloem, Huub et al. (2011), The migration machine, in: Dijstelbloem, Huub et al. (Hrsg.), *Migration and the new technological borders in Europe*, Basingstoke, 1-21.

Dittgen, Herbert (2009), Globalisierung und die Grenzen des Nationalstaats, in: Kessler, Johannes/Steiner, Christian (Hrsg.), *Facetten der Globalisierung. Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur*, Wiesbaden, 160-171.

Dünnwald, Stefan (2014), Blick von Bamako auf die europäische Grenze, in: Heimeshof, Lisa-Marie et al. (Hrsg.), *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*, Berlin, 58-74.

Dutta, Sanjoy (1997), *Luftverkehr und Asylrecht*, Frankfurt am Main.

Ette, Andreas (2017), *Migration and Refugee Policies in Germany. New European Limits of Control?*, Wiesbaden.

Eigmüller, Monika (2006), Soziologische Grenzbeobachtungen. Die Markierung von Differenzen durch Staatsgrenzen, in: Rehberg, Karl-Siegbert/Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München*, Frankfurt am Main, 4127-4134.

Eigmüller, Monika (2007), *Grenzsicherungspolitik. Funktion und Wirkung der europäischen Außengrenze*, Wiesbaden.

Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (2006a), Einleitung. Warum eine Soziologie der Grenze?, in: Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hrsg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden, 7-11.

Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hrsg.) (2006b), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden.

Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (2016a), Einleitung. Warum eine Soziologie der Grenze?, in: Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hrsg.), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden, 7-11.

Eigmüller, Monika/Vobruba, Georg (Hrsg.) (2016b), *Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes*, Wiesbaden.

Engelmann, Claudia (2014), Informelles Regieren in der europäischen Asylpolitik, in: Bröchler, Stephan/Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.), *Von Government zu Governance. Informelles Regieren im Vergleich*, Wiesbaden, 169-192.

Etzold, Benjamin (2009), *Illegalisierte Migration in der Flüssigen Moderne: Migranten aus Afrika und die europäische Grenzsicherungspolitik*, Berlin.

Euskirchen, Markus/Lehun, Henrik/Ray, Gene (2007), From Borderline to Borderland: The Changing European Border Regime, *Monthly Review*, 56 (6), 41-52.

Faist, Thomas (1995), *A preliminary analysis of political institutional aspects of international migration. Internationalization, transnationalization, and internal globalization*, Bremen.

Fitzpatrick, Joan (2000), Temporary Protection of Refugees: Elements of a Formalized Regime, *American Journal of International Law*, 94 (2), 279-306.

FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) (1995), *Gegen die Festung Europa. Polen. Vor den Toren der Festung Europa*, Berlin.

FFM (1996), *Rumänien. Vor den Toren der Festung Europa*, Berlin.

FFM (1997), *Ukraine. Vor den Toren der Festung Europa - Die Vorverlagerung der Abschottungspolitik*, Berlin.

Frelick, Bill et al. (2016), The Impact of Externalization of Migration Controls on the Rights of Asylum Seekers and Other Migrants, *JMHS*, 4 (4), 190-220.

Friese, Heidrun (2017), *Flüchtlinge: Opfer – Bedrohung – Helden. Zur politischen Imagination des Fremden*, Bielefeld.

Gärditz, Klaus F. (2016), Die Ordnungsfunktion der Staatsgrenze: Demokratizität, Liberalität und Territorialität im Kontext, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), *Der Staat in der Flüchtlingskrise. Zwischen gutem Willen und geltendem Recht*, Paderborn, 105-122.

Garnier, Adele (2014), Migration Management and Humanitarian Protection: The UNHCR's 'Resettlement Expansionism' and Its Impact on Policy-making in the EU and Australia, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40 (6), 942-959.

Geddes, Andrew (2005), Europe's Border Relationships and International Migration Relations, *Journal of Common Market Studies*, 43 (4), 787-806.

Geddes, Andrew (2007), The Europeanization of What? Migration, Asylum and the Politics of European Integration, in: Faist, Thomas/Ette, Andreas (Hrsg.), *The Europeanization of National Policies and Politics of Immigration*, London, 49-70.

Geiger, Martin (2007), Internationale Regierungsorganisationen und die Steuerung von Migration: die Ukraine im Vorfeld der Europäischen Union, *IMIS-Beiträge*, 32, 61-87.

Geiger, Martin (2010), Mobility, Development, Protection, EU Integration! The IOM's National Migration Strategy for Albania, in: Geiger, Martin/Pécoud, Antoine (Hrsg.), *The Politics of International Migration Management*, Basingstoke, 141-159.

Geiger, Martin (2011), *Europäische Migrationspolitik und Raumproduktion. Internationale Regierungsorganisationen im Management von Migration in Albanien, Bosnien-Herzegowina und der Ukraine*, Baden-Baden.

Georgi, Fabian (2007), *Migrationsmanagement in Europa. Eine kritische Studie am Beispiel des International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)*, Saarbrücken.

Georgi, Fabian (2010), For the Benefit of Some: The International Organization for Migration and its Global Migration Management, in: Geiger, Martin/Pécoud, Antoine (Hrsg.), *The Politics of International Migration Management*, Basingstoke, 45-72.

Gerig, Uwe (1989), *Morde an der Mauer*, Böblingen.

Giegerich, Thomas/Müller, Kristina (2016), Der Einsatz deutscher Verwaltungsbeamter zur Bearbeitung von Asylanträgen nach deutschem Recht in Erstaufnahme-Hotspots anderer EU-Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen, in: Bungenberg, Marc/Giegerich, Thomas/Stein, Torsten (Hrsg.)

Asyl und Migration in Europa - rechtliche Herausforderungen und Perspektiven, Seite 221 - 234.

Glick-Schiller, Nina/Wimmer, Andreas (2003), Methodological Nationalism, the Social Sciences, and the Study of Migration: An Essay in Historical Epistemology, *International Migration Review*, 37 (3), 576-610.

Gössner, Rolf (1990), Gemeinschaft der Inneren Sicherheit, *Neue Kriminalpolitik*, 2 (3), 26-30.

Gundogdu, Ayten (2015), *Rightlessness in an Age of Rights: Hannah Arendt and the Contemporary Struggle of Migrants*, Oxford.

Haddad, Emma (2008), *The Refugee in International Society*, Cambridge.

Haedrich, Martina (2017) (Hrsg.), *Flucht, Asyl und Integration aus rechtlicher Perspektive*, Tübingen.

Hahlen, Johann/Kühn, Hannes (2016), Die Flüchtlingskrise als Verwaltungskrise – Beobachtungen zur Agilität des deutschen Verwaltungssystems in: *VM Verwaltung & Management*, 157-167, VM, Heft 3, Jahrgang 22.

Hailbronner, Kay (1989), *Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Koordinierung des Einreise- und Asylrechts. Ihre Auswirkungen auf das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden.

Hailbronner, Kay (1993), *Die Rechtsstellung der De-facto-Flüchtlinge in den EG-Staaten. Rechtsvergleichung und europäische Harmonisierung*, Baden-Baden.

Hailbronner, Kay (1995a), Ausweisung und Abschiebung in der neueren Rechtsprechung und Gesetzgebung, *JuristenZeitung*, 50 (3), 127-138.

Hailbronner, Kay (1995b), BVerwG, 18. 1. 1994. 9 C 48.92. Zum Abschiebungsschutz wegen politischer Verfolgung, *JuristenZeitung*, 50 (5), 246-252.

Hailbronner, Kay (1996), *Rückübernahme eigener und fremder Staatsangehöriger. Völkerrechtliche Verpflichtungen der Staaten*, Heidelberg.

Hailbronner, Kay/Martin, David A./Motomura, Hiroshi (1998), Conclusion. Immigration Admissions and Immigration Controls, in: Hailbronner, Kay/Martin, David A./Motomura, Hiroshi (Hrsg.), *Immigration Controls. The Search for Workable Policies in Germany and the United States*, Providence, 203-224.

Hailbronner, Kay/Thym, Daniel (2016) (Hrsg.), *EU immigration and asylum law. A commentary*, München.

Hailbronner, Kay/Weil, Patrick (1999) (Hrsg.), *Von Schengen nach Amsterdam. Auf dem Weg zu einem europäischen Einwanderungs- und Asylrecht*, Trier.

Hain, Karl (1998), Zur Frage der Kostentragung für die Unterbringung von Asylbewerbern im Flughafenverfahren, *JuristenZeitung*, 53 (4), 693-701.

Hall, Nina (2013), Moving beyond its mandate? UNHCR and climate change displacement, *Journal of International Organizations Studies*, 4 (1), 91-108.

Hansen, Randall (2014), *State Controls: Borders, Refugees, and Citizenship*, Oxford.

Happ, Dorit/Bruns, Bettina (2016), The EU and its ring of friends. Eye-level or top-down relationships? How the EU's external governance is perceived by local experts in Belarus and Ukraine, *Problems of Post-Communism*, 1-12.

Hard, Gerhard (2002), *Landschaft und Raum*, Osnabrück.

Hari, Amrita (2014), Temporariness, Rights, and Citizenship: The Latest Chapter in Canada's Exclusionary Migration and Refugee History, *Refuge - Canada's Journal on Refugees*, 30 (2), 35-44.

Haupt, Michael (1981), *Die Berliner Mauer: Vorgeschichte, Bau, Folgen. Literaturbericht und Bibliographie zum 20. Jahrestag des 13. August 1961*, München.

Haushofer, Karl (1935), *Geopolitische Grundlagen*, Berlin.

Heck, Gerda (2010), Migrationsmanagement und migrantische Strategien am Beispiel Marokkos, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 43-56.

Heckmann, Friedrich (1981), *Die Bundesrepublik, ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität*, Stuttgart.

Heidemeyer, Helge (1994), *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer*, Düsseldorf.

Heinemann, Torsten/Weiß, Martin G. (2016), Biotechnologie Grenzregime, in: Heinemann, Torsten/Weiß, Martin G. (Hrsg.), *An der Grenze. Die biotechnologische Überwachung von Migration*, Frankfurt am Main, 7-22.

Heißl, Gregor (2007), *Rechtliche Überlegungen zum Konzept der Asylverfahrenslager außerhalb Europas*, Innsbruck.

Hemsbergen, Luke/Daly, Angela (2017), Leaking Boats and Borders: The Virtu of Surveilling Australia's Refugee Population, *Surveillance and Society*, 15 (3), 389-396.

Hess, Sabine (2005), Transnationale Räume. Widerständige soziale Sphären oder neue Form der globalen Zurichtung von Arbeitskraft?, *Peripherie*, 25 (97-98), 151-171.

Hess, Sabine (2010), We are Facilitating States! An Ethnographic Analysis of the ICMPD, in: Geiger, Martin/Pécoud, Antoine (Hrsg.), *The Politics of International Migration Management*, Basingstoke, 96-118.

Hess, Sabine et al. (2016) (Hrsg.), *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III*, Berlin.

Hess, Sabine/Karakayali, Serhat (2007), New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, 39-56.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin.

Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2007), Europeanizing Transnationalism! Provincializing Europe! Konturen eines neuen Grenzregimes, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, 23-38.

Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2010), Ethnographische Grenzregimeanalyse als Methodologie der Autonomie der Migration, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime: Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin. 243-264.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1970), *Migration. Ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung*, Berlin.

Houtum, Henk van (2012), Remapping Borders, in: Donnan, Hastings/Wilson, Thomas M. (Hrsg.), *A Companion to Border Studies*, Oxford, 405-418.

Jones, Reece (2016), *Violent Borders: Refugees and the Right to Move*, New York.

Jandl, Michael (2008), Report from Austria, in: Doomernik, Jeroen/Jandl, Michael (Hrsg.), *Modes of Migration Regulation and Control in Europe*, Amsterdam, 27-44.

Janicki, Jill Jana/Böwing, Thomas (2010), Europäische Migrationkontrolle im Sahel, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 127-144.

Joppke, Christian (1997), Asylum and state sovereignty: A comparison of the United States, Germany, and Britain, *Comparative Political Studies*, 30 (3), 259-298.

Joppke, Christian (1998), Why Liberal States Accept Unwanted Immigration, *World Politics*, 50 (2), 266-293.

Karakayali, Serhat (2008), *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld.

Kasperek, Bernd (2010), Borders and Populations in Flux: Frontex's Place in the European Union's Migration Management, in: Geiger, Martin/Pécoud, Antoine (Hrsg.), *The Politics of International Migration Management*, Basingstoke, 141-159.

Kasperek, Bernd/Hess, Sabine (2010), Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 7-22.

Kasperek, Bernd/Tsianos, Vassilis (2014), Whatever works! Kontinuität und Krise des Schengener Systems, in: Heimeshoff, Lisa et al. (Hrsg.), *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen, Transnationale Perspektiven*, Berlin, 41-57.

Katerkamp, Mareike (2016), *Die Selbstlegitimation der Europäischen Kommission im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik*, Dissertation, Osnabrück.

Keßler, Stefan (2016), Das Konsultativforum für Menschenrechte bei Frontex, in: Barwig, Klaus et al. (Hrsg.), *Gerechtigkeit in der Migrationsgesellschaft. Hohenheimer Tage zum Ausländerrecht 2015*, Baden-Baden, 249-256.

Kietz, Daniela/Maurer, Andreas (2006), *Von Schengen nach Prüm. Sogwirkungen verstärkter Kooperation und Anzeichen der Fragmentierung in der EU*, Berlin.

Kimminich, Otto (1974), *Fluchthilfe und Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland. Staats- und völkerrechtliche Beurteilung von Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland nach den Vereinbarungen mit der DDR, insbesondere nach dem Grundvertrag und dessen Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht*, Hamburg.

Kireev, Anton A./Yachin, Sergei E. (2017), Paradigms of Border Studies and the Metacultural Approach, *Journal of Borderlands Studies*, 1-18.

Klepp, Silja (2008), Zwischen Skylla und Charybdis. Der Weg der Flüchtlinge von Libyen nach Europa, *Geographische Rundschau*, 60 (6), 48-53.

Klepp, Silja (2012), On the high seas, things are a little bit delicate. Die Politik der Europäischen Union auf dem Mittelmeer zwischen Grenzkontrolle und Flüchtlingsschutz, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregimeanalyse. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 201-218.

Kleist, J. Olaf (2017), *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Bestandsaufnahme und Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung* (Policy Brief 01. Projekt „Flucht: Forschung und Transfer“), Osnabrück, <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/FFT-PB1-Kleist-Flucht-und-Flüchtlingsforschung-in-Deutschland.pdf>.

Kleist, J. Olaf (2018), *Flucht- und Flüchtlingsforschung in Deutschland: Akteure, Themen und Strukturen* (State-of-Research Papier 01. Projekt „Flucht: Forschung und Transfer“), Osnabrück, <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2018/02/State-of-Research-01-J-Olaf-Kleist-web.pdf>.

Knoche, Meinhard (1990), *Binnenmarkt ,92. Innere Sicherheit und Asylrecht im Europa ohne Grenzen*, Koblenz.

Koch, Anne (2014), The Politics and Discourse of Migrant Return: The Role of UNHCR and IOM in the Governance of Return, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40 (6), 905-923.

Kolossov, Vladimir (2005), Border Studies: Changing Perspectives and Theoretical Approaches, *Geopolitics*, 10 (4), 606-632.

-Kost, Klaus (1988), *Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie und ihrer Terminologie unter besonderer Berücksichtigung von Militär- und Kolonialgeographie*, Bonner Geographische Abhandlungen 76, Bonn.

Kreienbrink, Axel (2004), Bestimmungsfaktoren spanischer Einwanderungspolitik, *Bayreuther geowissenschaftliche Arbeiten*, 24, 45-60.

Kron, Stefanie (2007), Orderly Migration. Der Puebla-Prozess und die Transnationalisierung der Migrationspolitik in Mittelamerika, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 73-86.

Lahav, Gallya (2000), The rise of non-state actors in migration regulation in the United States and Europe, in: Foner, Nancy et al. (Hrsg.), *Immigration Research for a New Century: Multidisciplinary Perspectives*, New York, 215-241.

Lahusen, Christian (2016), Auf dem Weg zu einem europäischen Verwaltungsfeld? Zur Soziologie der Bürokratisierung Europas am Beispiel des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, *Berliner Journal für Soziologie*, March 2016, Volume 26, Issue 1, pp 109-133.

Lavenex, Sandra (2006), Shifting up and out: The foreign policy of European immigration control, *West European Politics*, 29 (2), 329-350.

Laube, Lena (2010), *Wohin mit der Grenze? Die räumliche Flexibilisierung von Grenzkontrolle in vergleichender Perspektive*, Bremen.

-Lehtonen, Pinja/Aalto, Pami (2017), Smart and secure borders through automated border control systems in the EU? The views of political stakeholders in the Member States, *European Security*, 26 (2), 207-225.

Lehnert, Matthias (2014), *Frontex und operative Maßnahmen an den europäischen Außengrenzen, Verwaltungskooperation. Materielle Rechtsgrundlagen, institutionelle Kontrolle*, Baden-Baden.

Lehnguth, Gerold (1998), *Rückführung und Rückübernahme. Die Rückübernahmeabkommen der Bundesrepublik Deutschland. Textsammlung mit Einführung und Erläuterungen*, Starnberg.

Leisering, Britta (2016), *Menschenrechte an den europäischen Außengrenzen, Das Ringen um Schutzstandards für Flüchtlinge*, Frankfurt.

Lester, Eve (2005), A place at the table: The role of NGOs in refugee protection, *Refugee Survey Quarterly*, 24 (2), 125-142.

- Libal, Kathryn/Harding, Scott (2011), Humanitarian Alliances: Local and International NGO Partnerships and the Iraqi Refugee Crisis, *Journal of Immigrant and Refugee Studies*, 9 (2), 162-178.
- Lichtenberger, Elisabeth (1982), Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften. Erste Ergebnisse eines bilateralen Forschungsprojekts in Wien, *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 124, 28-65.
- Lienau, Cay (1976), *Bevölkerungsabwanderung, demographische Struktur und Landwirtschaftsform in West-Peloponnes. Räumliche Ordnung, Entwicklung und Zusammenhänge von Wirtschaft und Bevölkerung in einem mediterranen Abwanderungsgebiet*, Gießen.
- Lienau, Cay (1977), *Geographische Aspekte der Gastarbeiterbewegungen zwischen Mittelmeerlandern und europäischen Industrieländern mit einer Bibliographie*, Düsseldorf.
- Lippert, Randy (1999), Governing Refugees: The Relevance of Governmentality to Understanding the International Refugee Regime, *Alternatives: Global, Local, Political*, 24 (3), 295-328.
- Loescher, Gil (1993), *Beyond Charity: International Cooperation and the Global Refugee Crisis*, Oxford.
- Löw, Martina (2010), Raumdimensionen der Europaforschung. Skalierungen zwischen Welt, Staat und Stadt, in: Eigmüller, Monika/Mau, Steffen (Hrsg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Wiesbaden, 142-152.
- Luhmann, Niklas (1970), *Soziologische Aufklärung I: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*, Opladen.
- Mackert, Jürgen (1999), *Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung*, Wiesbaden.
- Mascini, Peter/Fermin, Alfons/Snick, Hilde (2012), Transnationalism of Burundian Refugees in The Netherlands: The Importance of Migration Motives, in: *International Journal of Population Research*.
- Mau, Steffen et al. (2008), Grenzen in der globalisierten Welt. Selektivität, Internationalisierung, Exterritorialisierung, *Leviathan*, 36 (1), 123-148.
- Maurer, Albrecht (1998), Schleierfahndung im Hinterland, *Bürgerrechte und Polizei/Cilip*, 59 (1), 51-57.
- Mayntz, Renate (1997), *Soziale Dynamik und politische Steuerung: theoretische und methodologische Überlegungen*, Wiesbaden.
- McAdam, Jane (2013), Australia and Asylum Seekers, *International Journal of Refugee Law*, 25 (3/1), 435-448.
- Meyer, Hans (1893), *Die Entwicklung unsrer Kolonien*, Leipzig.

- Michl, Walther (2016), Dysfunktionale Außengrenze und binnenstaatliche Reaktion. Zur unionsrechtlichen Zulässigkeit einseitiger Maßnahmen in Zeiten großer Migrationsströme, in: Bungenberg, Marc et al. (Hrsg.), *Asyl und Migration in Europa. Rechtliche Herausforderungen und Perspektiven*, Baden-Baden, 161-184.
- Miggelbrink, Judith/Redepenning, Marc (2004), Die Nation als Ganzes?, Zur Funktion national-staatlicher Semantiken, *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 78 (3), 313-337.
- Milner, James (2017), Power and Influence in the Global Refugee Regime, *Refugee*, 33 (1), 1-6.
- Mratschkowski, Anna (Hrsg.) (2017), *Asylum Related Organisations in Europe. Networks and Institutional Dynamics in the Context of a Common European Asylum System*, Baden-Baden.
- Mungianu, Roberta (2013), Frontex: Towards a Common Policy on External Border Security, *European Journal of Management and Law*, 15 (4), 359-385.
- Nanz, Klaus-Peter (1992), Der 3. Pfeiler der Europäischen Union. Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, *Integration*, 15 (3), 126-140.
- Nanz, Klaus-Peter (1994), Das Schengener Übereinkommen: Personenfreizügigkeit in integrationspolitischer Perspektive, *Integration*, 17 (2), 92-108.
- Niedrig, Heike/Seukwa, Henri (2010), Die Ordnung des Diskurses in der Flüchtlingskonstruktion. Eine postkoloniale Re-Lektüre, *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 5 (2), 181-193.
- Nuscheler, Franz (1995), *Internationale Migration, Flucht und Asyl*, Wiesbaden.
- Oberloskamp, Eva (2017), *Codename TREV. Terrorismusbekämpfung und die Anfänge einer europäischen Innenpolitik in den 1970er Jahren*, Berlin.
- Offe, Claus (1998), Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unterm Streß der europäischen Integration, in: Streeck, Wolfgang (Hrsg.), *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, Frankfurt am Main, 99-136.
- Ohmae, Kenichi (1995), *The End of the Nation State. The Rise of Regional Economies*, New York.
- Opitz, Peter J. (1997) (Hrsg.), *Der globale Marsch: Flucht und Migration als Weltproblem*, Wiesbaden.
- Pallister-Wilkins, Polly (2015), The Humanitarian Politics of European Border Policing: Frontex and Border Police in Evros, *International Political Sociology*, 9 (1), 53-69.
- Parker, Noel et al. (2009), Lines in the Sand? Towards an Agenda for Critical Border Studies, *Geopolitics*, 14 (3), 582-587.
- Parusel, Bernd (2010), *Abschottungs- und Anwerbestrategien. EU-Institutionen und Arbeitsmigration*, Wiesbaden.
- Penck, Albrecht (1937), Das deutsche Kolonialproblem, *Petermanns Geographische Mitteilungen*, 8, 261-263.

Peters, Tilmann (2004), *Anlassunabhängige Personenkontrollen. Zur Verfassungsmäßigkeit der entsprechenden Ermächtigungsgrundlagen in den Polizeigesetzen der Länder und im Bundesgrenzschutzgesetz*, Hamburg.

Phuong, Catherine (2003), Enlarging 'Fortress Europe': EU Accession, Asylum, and Immigration in Candidate Countries, *International and Comparative Law Quarterly*, 52 (3), 641-663.

Pott, Andreas (2005), Migration und Grenzen, *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 79 (2-3), 227-240.

Pott, Andreas (2007), *Orte des Tourismus. Eine raum- und gesellschaftstheoretische Untersuchung*, Bielefeld.

Pudlat, Andreas (2010), Perceptibility and Experience of Inner-European Borders by Institutionalised Border Protection, *Quaestiones Geographicae*, 29 (4), 7-13.

Pudlat, Andreas (2013), *Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa*, Hildesheim.

Pries, Ludger (1997), *Transnationale Migration*, Baden-Baden.

Ratzel, Friedrich (1897), *Politische Geographie*, München.

Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter (2001), Die neuen Geographien des Politischen und die neue Politische Geographie. Eine Einführung, *Heidelberger Geographische Arbeiten*, 112, 1-16.

Richter, Hans Werner (1961) (Hrsg.), *Die Mauer oder der 13. August*, Reinbek.

Rittstieg, Helmut (1997), BVerwG, 19. 11. 1996. 1 C 6.95. Zur Berücksichtigung von Bürgerkriegsgefahren bei Ausweisung und Abschiebung, *JuristenZeitung*, 52 (10), 508-512.

Röll, Werner/Lehmann, Albert (1982), Lombok. Staatlich gelenkte inner- und inter-insulare Umsiedlungsmaßnahmen. Ein Beitrag zum Transmigrationsproblem in Indonesien, *Erdkundliches Wissen*, 58, 132-145.

Römhild, Regina (2007), Alte Träume, neue Praktiken. Migration und Kosmopolitismus an den Grenzen Europas, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld, 211-228.

Rühle, Jürgen (1981), *13. August 1961: Die Mauer von Berlin*, Köln.

Sampson, Robyn/Gifford, Sandra/Taylor, Savitri (2016), The myth of transit: the making of a life by asylum seekers and refugees in Indonesia, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 42 (7), 1135-1152.

Santel, Bernhard (1995), *Migration in und nach Europa. Erfahrungen, Strukturen, Politik*, Opladen.

Santel, Bernhard (2001), Italien und Spanien: Einwanderung zwischen Abwehr und Normalität, in: Bade, Klaus (Hrsg.), *Einwanderungskontinent Europa. Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Osnabrück, 105-115.

- Sassen, Saskia (1996), *Losing Control? Sovereignty in the Age of Globalization*, New York.
- Schammann, Hannes (2015), Wenn Variationen den Alltag bestimmen. Unterschiede lokaler Politikgestaltung in der Leistungsgewährung für Asylsuchende, *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 9 (3), 161-182.
- Scharpf, Fritz W. (2006), *Interaktionsformen: Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Wiesbaden.
- Scheel, Stephan/Ratfisch, Philipp (2014), Refugee Protection Meets Migration Management: UNHCR as a Global Police of Populations, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 40 (6), 924-941.
- Schiffauer, Werner (2006), Verwaltete Sicherheit – Präventionspolitik und Integration, in: Bomes, Michael/Schiffauer, Werner (Hrsg.), *Migrationsreport 2006. Fakten, Analysen, Perspektiven*, Frankfurt am Main, 113-164.
- Schmidt, Till (2013), Australien. Ab auf die Inseln. Australien setzt gegenüber Bootsflüchtlingen auf Abschreckung, *iz3w*, 335, 19-21.
- Schöller, Peter (1957), Wege und Irrwege der Politischen Geographie und Geopolitik, *Erdkunde*, 11, 1-20.
- Scholten, Sophie/Minderhoud, Paul (2008), Regulating Immigration Control: Carrier Sanctions in the Netherlands, *European Journal of Migration and Law*, 10, 123-147.
- Scholz, Fred (1972), Karachi. Beispiel für die Bewältigung des Flüchtlingsproblems in Pakistan, *Geographische Rundschau*, 24 (8), 309-320.
- Schulze Wessel, Julia (2017), *Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings*, Bielefeld.
- Schwarz, Nina Violetta (2015), Widerstand im Warten. Migration und Inhaftierung in der Republik Zypern, *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1 (2).
- Schwarz, Hans-Peter (2017), *Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten*, München.
- Schwartz, Helge (2011), *Foucault an der Grenze. Mobilitätspartnerschaften als Strategie des europäischen Migrationsmanagements*, Münster.
- Scott, Sam (2015), Venues and filters in managed migration policy: The case of the United Kingdom, in: *International Migration Review*, 51 (2), 375-415.
- Seehase, Juliane (2013), *Die Grenzschutzagentur Frontex: Chance oder Bedrohung für den europäischen Flüchtlingsschutz*, Baden-Baden.
- Seifert, Wolfgang (2000), *Geschlossene Grenzen - offene Gesellschaften? Migrations- und Integrationsprozesse in westlichen Industrienationen*, Frankfurt.
- Seukwa, Louis Henri, (2006), *Der Habitus der Überlebenskunst. Zum Verhältnis von Kompetenz und Migration im Spiegel von Flüchtlingsbiographien*, Münster.

Siebold, Angela (2013), *ZwischenGrenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven*, Paderborn.

Siebold, Angela (2017), Open borders as an act of solidarity among peoples, between states or with migrants: changing applications of solidarity within the Schengen process, *European Review of History: Revue européenne d'histoire*, 24 (6), 991-1006.

Sievers, Wilhelm (1903), *Südamerika und die deutschen Interessen*, Stuttgart.

Simmel, Georg (1903), Soziologie des Raumes, in: Schmoller, Gustav (Hrsg.), *Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich*, Leipzig, 27-71.

Simmel, Georg (1908), Der Raum und die räumliche Ordnung der Gesellschaft, in: Simmel, Georg (Hrsg.), *Soziologie* (Bd. XI, Simmel-Gesamtausgabe), Frankfurt am Main.

Sladkova, Jana (2016), Stratification of undocumented migrant journeys: Honduran case, *International Migration*, 54 (1), 84-99.

Speer, Marc (2010), Die Ukraine als migrantisch genutztes Transitland, in: Hess, Sabine/Kasparek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 57-72.

Squire, Vicki (2014), Desert 'trash': posthumanism, border struggles, and humanitarian politics, *Political Geography*, 39, 11-21.

Stock, Inka (2013), *Transit to nowhere: how Sub-Saharan African migrants in Morocco confront life in forced immobility*, Dissertation, University of Nottingham.

Strassoldo, Raimondo (1982), Boundaries in Sociological Theory: A Reassessment, in: Strassoldo, Raimondo/Delli Zotti, Giovanni (Hrsg.), *Cooperation and Conflict in Border Areas*, Mailand, 245-271.

Taschner, Hans Claudius (1990), *Schengen oder die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EG*, Saarbrücken.

Tohidipur, Timo/Fischer-Lescarno, Andreas (2009), Europäisches Grenzmanagement. Handlungsrahmen der Grenzschutzagentur Frontex, in: Möllers, Martin H. W./von Ooyen, Robert Chr. (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009*, Frankfurt, 505-516.

Tomei, Verónica (1997), *Europäische Migrationspolitik zwischen Kooperationszwang und Souveränitätsansprüchen*, Bamberg.

Tomei, Verónica (2001), *Europäisierung nationaler Migrationspolitik. Eine Studie zur Veränderung von Regieren in Europa*, Stuttgart.

Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.) (2007), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld.

Treibel, Annette (1999), *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht*, Weinheim/München.

- Treptow, Rainer (2018), Anforderungen an humanitäre Hilfe für Flüchtlinge heute. Ambivalenzen, Dilemmata, Prinzipien, in: Bröse, Johanna/Faas, Stefan/Stauber, Barbara (Hrsg.), *Flucht. Herausforderungen für soziale Arbeit*, Wiesbaden, 223-234.
- Tsianos, Vassilis (2015), Die (Un-) Durchlässigkeit der europäischen Außengrenzen für Geflüchtete. Der Fall Eurodac, *Soziale Probleme*, 26 (2), 189-204.
- Tsianos, Vassilis/Karakayali, Serhat (2005), Figuren der Migration, in: Institut für Kulturanthropologie und europäische Ethnologie/DOMID/Kölnischer Kunstverein (Hrsg.), *Projekt Migration*. Ausstellungskatalog. Köln, 416-424
- Tsianos, Vassilis/Karakayali, Serhat (2008), Die Regierung der Migration in Europa. Jenseits von Inklusion und Exklusion, *Soziale Systeme*, 14 (2), 329-348.
- Tsianos, Vassilis/Karakayali, Serhat (2010), Transnational Migration and the Emergence of the European Border Regime: An Ethnographic Analysis, *European Journal of Social Theory*, 13(3), 373-387.
- Tsianos, Vassilis/Hess, Sabine (2010), Ethnographische Grenzregimeanalyse, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregimeanalyse. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin, 243-264.
- Tsianos, Vassilis /Kuster, Brigitta (2016a), Eurodac in Times of Bigness: The Power of Big Data within the Emerging European IT Agency, *Journal of Borderlands Studies*, 31 (2), 235-249.
- Tsianos, Vassilis /Kuster, Brigitta (2016b), Black Box Eurodac! Eine Akteur-Netzwerk-theoretische Untersuchung der digitalen Deportabilität, in: Heinemann, Torsten/Weiß, Martin G. (Hrsg.), *An der Grenze. Die biotechnologische Überwachung von Migration*, Frankfurt am Main, 183-204.
- Ulmer, Mathias (1996), *Asylrecht und Menschenwürde. Zur Problematik der „Sicheren Drittstaaten“ nach Art. 16 a Abs. 2 und 5 GG und die Harmonisierung des Asylrechts in Europa*, Frankfurt am Main.
- Vobruba, Georg (1995), Die soziale Dynamik von Wohlstandsgefällen. Prolegomena zur Transnationalisierung der Soziologie, *Soziale Welt*, 46 (3), 326-341.
- Vogel, Dita (2000), Migration control in Germany and the United States, *The International Migration Review*, 34 (2), 390-422.
- Vollmer, Bastian (2012), Making light of borders the case of the external EU border, *Migration Letters*, 9 (2), 131-140.
- Vosko, Leah/Preston, Valerie/Latham, Robert (2014) (Hrsg.), *Liberating Temporariness? Migration, Work, and Citizenship in an Age of Insecurity*, Montreal.
- Waldenfels, Bernhard (1990), *Der Stachel des Fremden*, Frankfurt am Main.
- Walters, William (2004), Secure Borders, Safe Haven, Domopolitics, *Citizenship Studies*, 8 (3), 237-260.

Walters, William (2011a), Foucault and Frontiers: Notes on the Birth of the Humanitarian Border, in: Bröckling, Uwe et al. (Hrsg.), *Governmentality: Current Issues and Future Challenges*, London, 138-164.

Walters, William (2011b), Rezoning the Global: Technological Zones, Technological Work, and the (Un-)Making of Biometric Borders, in: Squire, Vicky (Hrsg.), *The Contested Politics of Mobility: Borderzones and Irregularity*, London, 51-73.

Wagner, Fabian (2010), Let's talk about the State. Anmerkungen zu Migration und materialistischer Staatstheorie, in: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hrsg.), *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*, 229-242.

Weber, Peter (1982), *Geographische Mobilitätsforschung*, Stuttgart.

Weber, Albrecht (1993), Die Harmonisierung der europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik, *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 26 (5), 170-173.

Weber, Albrecht (1999), Amsterdam und die Folgen. Wege zu einem europäischen Asylrecht, in: Rat für Migration (Hrsg.), *Migrationspolitik in Deutschland. Eine Zwischenbilanz*, Würzburg, 25-33.

Weber, Leanne (2007), Policing the Virtual Border: Punitive Preemption in Australian Offshore Migration Control, *Social Justice*, 34 (2), 77-93.

Werlen, Benno (1995), *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen Bd. 1: Zur Ontologie von Gesellschaft und Raum*, Stuttgart.

Weinzierl, Ruth (2005), *Flüchtlinge: Schutz und Abwehr in der erweiterten EU. Funktionsweise, Folgen und Perspektiven der europäischen Integration*, Baden-Baden.

Weinzierl, Ruth/Lisson, Urszula (2007), *Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie*, Berlin.

Wendt, Hartmut (1991), Übersiedler aus der DDR 1950 bis 1990. Ursachen, Verlauf, Strukturen, *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 65 (1), 203-222.

Wilcke, Holger/Lambert, Laura (2015), Die Politik des O-Platzes. (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung, *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1/2.

Wille, Manfred (1997) (Hrsg.), *50 Jahre Flucht und Vertreibung: Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*, Magdeburg.

Williams, Jill M. (2015), From humanitarian exceptionalism to contingent care: Care and enforcement at the humanitarian border, *Political Geography*, 47, 11-20.

Wissel, Jens (2015), *Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union*, Münster.

Wolf, Klaus-Dieter (1991), Das neue Deutschland. Eine Weltmacht?, *Leviathan*, 19 (2), 247-260.
Zeit Online (2016), Innenminister will Bootsflüchtlinge nach Afrika zurückschicken, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/thomas-de-maiziere-fluechtlinge-mittelmeer-nordafrika>, 30.10.2018.

Wolff, Sarah (2016), *Migration and Refugee Governance in the Mediterranean: Europe and International Organisations at a Crossroads*, https://www.clingendael.org/sites/default/files/pdfs/Migration_and_refugee_governance_Med_final.pdf.

Zaiotti, Ruben (Hrsg.) (2016), *Externalizing migration management: Europe, North America and the spread of remote control*, London.

Zichner, Helga/Bruns, Bettina (2011), Within a ring of secure third countries. Regional and local effects of the extraterritorial engagement or the European Union in Belarus, Ukraine and the Republic of Moldova, *Eurolimes*, 11, 78-88.

Zwick, Maja (2015), Transnationale Migration. Eine dauerhafte Perspektive? Saharaische Flüchtlinge zwischen agency und vulnerability, *Peripherie*, 35 (138-139), 260-280.

Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Forschungsprojekt

Seit dem Beginn des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik 2011 ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise in Politik, Administration, Praxis, Medien und Öffentlichkeit kontinuierlich gestiegen. In diesem Kontext ist die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der geringe Grad an Aufbereitung wissenschaftlicher Herangehensweisen und Einsichten sowie der mangelnde Transfer der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politischen und öffentlichen Debatten. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt drei Ziele:

1. die Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft,
2. die Bündelung der Wissensbestände und
3. den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit.

Hierzu ist eine umfassende Datenbank zu relevanten Forschungsprojekten erstellt und mit einer interaktiven Forschungslandkarte zugänglich gemacht worden. Zudem werden in zehn Themenbereichen, von Fluchtursachen über Gewalterfahrungen und (Im)mobilität bis zur (Re-)Integration von Flüchtlingen, der Forschungsstand aufbereitet und Handlungsempfehlungen entwickelt. Workshops und Tagungen mit Wissenschaftlern sowie mit Vertretern aus Politik, Praxis und Medien dienen der Vernetzung und dem Transfer der Forschungsergebnisse. Das Vorhaben führt also das verfügbare Wissen zusammen und bietet weiterführende Perspektiven der Erörterung und Aufklärung des wissenschaftlichen Problems Flucht. Darüber hinaus bereitet es wissenschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse für die politische, mediale und öffentliche Debatte auf.

Kontakt

Flucht: Forschung und Transfer
J. Olaf Kleist

IMIS / Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
D – 49069 Osnabrück

Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de



www.flucht-forschung-transfer.de

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung